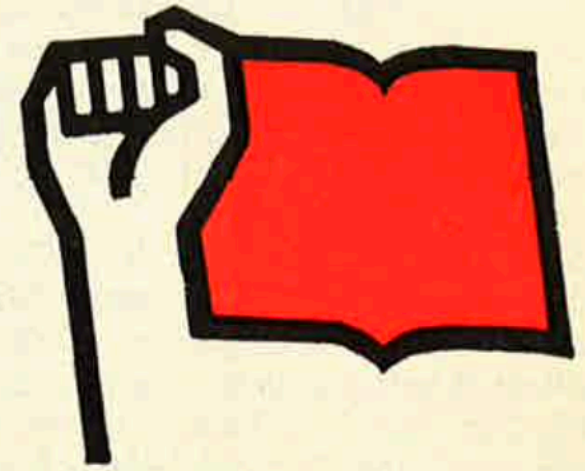


rote blätter 10

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus



**2. Bundeskongreß
Hamburg Februar 1973
MSB SPARTAKUS**

In diesem Heft:

- Die Lage in Vietnam
- Zur Regierungserklärung
- Vor 30 Jahren: Ermordung der Geschwister Scholl
- Volkseinheit in Frankreich
- 1 Jahr Berufsverbote
- X. Weltfestspiele
- Studentenaktionen in der ganzen BRD



KLAUS GÖRKE: Das beredte Schweigen der Bundesregierung

Die Einstellung der Bombardierungen Nordvietnams durch die US-Luftwaffe ist ein gewaltiger Erfolg des entschlossenen langwierigen Kampfes des vietnamesischen Volkes. Diese Einstellung ist auch ein Erfolg der weltweiten Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk, die in den letzten Monaten bisher nicht gekannte Ausmaße und Intensität erreichte.

Selbst Regierungen von NATO-Staaten sahen sich unter dem Druck der öffentlichen Bewegung gegen die US-Aggression gezwungen, distanzierende Erklärungen zu den Bombenangriffen abzugeben.

Allein Friedensnobelpreisträger Brandt hüllte sich in vornehme Zurückhaltung, täuschte staatsmännische Gelassenheit vor, wo viele Menschen ein deutliches Wort der Verurteilung, zumindest der Distanzierung erwarteten. Während er auf einem Esel auf einer spanischen Insel spazierenritt, zerplatzten die Hoffnungen vieler, die noch im Wahlkampf auf einen Friedenskanzler Brandt gesetzt hatten. Gerade auch viele Studenten glaubten, eine sozialdemokratische Regierung würde doch zumindest zu den größten Verbrechen, zu imperialistischer Gewalt und Terror eine deutliche Position beziehen. Sie sind getäuscht worden.

Das Schweigen der Bundesregierung macht klar: Selbst die barbarischen Verbrechen der US-Aggressoren sind für die Bundesregierung und ihren Kanzler kein Anlaß, von ihrer Nibelungentreue zur US-Regierung abzulassen. Das kann auch nicht die sozialdemokratische „Frankfurter Rundschau“ vertuschen mit ihrer kolportierten, als Versuch der Ehrenrettung verbreiteten Meldung, Brandt habe auf diplomatischem Wege, heimlich sozusagen, gegen die Bombardierung protestiert.

Auch diese sozialdemokratische Bundesregierung bleibt fest verankert im imperialistischen Bündnissystem. Sie ist eifrig um seine Festigung bemüht. Das machte die Rede des stellvertretenden sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Schmidt besonders deutlich. Er brachte seine Bedenken zur Kriegspolitik vor. Nicht weil er die jahrzehntelange Unterdrückung der südvietnamesischen Bevölkerung, weil er die grausame Bombardierung von Wohn- und Krankenhäusern verurteilt, oder gar weil er den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes unterstützen würde. Schmidt ist von der Sorge bewegt, daß die Menschen in Europa den aggressiven und gefährlichen Charakter des Imperialismus erkennen, daß ihre Illusionen von den USA als dem Wunderland der „freien Welt“ wie eine Seifenblase zerplatzen. Schmidt nennt das die „drohende Gefahr der Entfremdung“. Er fürchtet, daß die Bevölkerung erkennt, wer die Kriegstreiber sind, welche Kräfte immer wieder ihr Interesse an der Unterdrückung ganz Indochinas anmelden und durchsetzen wollen: das Monopolkapital und seine Rüstungsindustrie. Sie sind die wahren Kriegstreiber, die Feinde einer Friedensregelung. In den USA wie auch in Europa sind sie es, die am Krieg ihre unermeßlichen Profite einstreichen. Die führenden Vertreter der BRD haben sich auf die Seite der imperialistischen USA gestellt, weil sie selber Vertreter eines imperialistischen Staates sind.

Die demokratische Bewegung in der BRD hat mit der Einstellung der Bombenflüge als Teil der weltweiten Solidaritätsbewegung für Vietnam einen Erfolg errungen. Das Volk von Vietnam braucht unsere Solidarität, braucht unsere politische und materielle Hilfe. Wir werden weder Herrn Nixon noch Herrn Schmidt den Gefallen tun, in unserer Wachsamkeit nachzulassen.

3 Was bringt der 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus?

BRD

- 5 Zur Regierungserklärung
- 6 Ein Jahr Politik der Berufsverbote
- 8 Für wen gilt das Grundgesetz?
- 10 Zur ÖTV-Tarifrunde
- 12 Dieses Jahr in Berlin:
Das größte Fest der Weltjugend
- 18 Antifaschistische Tradition an der Münchner Universität

Hochschule

- 22 Knapp zwei Jahre MSB Spartakus
- 25 Der Kampf der Fachhochschüler in NRW
- 27 Die Polizei-Aktion an der Heidelberger Universität
- 29 Streik gegen Bayerns Kasernenordnung
- 30 Aktionen gegen die Rahmenprüfungsordnung in Hamburg
- 32 Studienreglementierung und Ausländerstudium
- 34 Formierungsmodell Bundeswehrhochschule
- 36 Linkssektierer auf BuF-Kurs

Ausland

- 39 Vietnam: Solidarität hilft siegen
- 42 Interview mit Studentenfunktionär aus Chile
- 44 Der „nationale Kampf“ im Baltikum

Theorie

- 45 In Frankreich „droht“ ein Wahlsieg der vereinigten Linken
Auszüge aus George Marchais' Vorwort zum gemeinsamen Regierungsprogramm von FKP und SP

Kultur

- 49 Die roten blätter bei Floh de Cologne
- 54 Lit-Tips

55 Leserbrief

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur: Hartmut Schulze (verantwortlich)

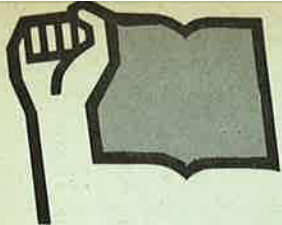
Redaktion:
MSB SPARTAKUS

53 Bonn, Postfach

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Auflage: 18 000

Diesem Heft liegt ein Spendenaufruf des MSB Spartakus-Bundesvorstandes und eine Werbekarte der Deutschen Volkszeitung bei.



Spendenauftrag

Ende Februar wird der MSB SPARTAKUS in Hamburg seinen 2. Bundeskongreß durchführen.

Dieser Kongreß steht unter der Losung

Für die Interessen der Studenten —

Für das Bündnis mit der Arbeiterklasse —

Für die Solidarität im antiimperialistischen Kampf:

Macht den SPARTAKUS stark!

Auf diesem Kongreß kommen die gemeinsamen Interessen der Studenten mit der arbeitenden Bevölkerung zur Sprache. Denn Arbeiter und Angestellte sind ebenso von der Bildungsmisere betroffen, wie die Studenten:

Ihren Kindern wird in überfüllten Schulklassen die Zukunft verbaut, weil zuwenig Lehrer ausgebildet werden. Sie haben unter dem Ärztemangel zu leiden. Sie haben mit uns das Interesse, daß das Bildungswesen ausgebaut wird, daß die ausschließlich friedliche Nutzung der Wissenschaft gesichert wird, daß das Bildungswesen demokratisiert wird, daß das Bildungsprivileg der Herrschenden gebrochen wird.

Auf diesem Kongreß wird diskutiert, wie die Lage der Studenten gebessert werden kann, welchen Beitrag wir Studenten für den gesamtgesellschaftlichen Kampf, für Frieden und Abrüstung, für die Solidarität mit allen Völkern, die gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, Rassismus und Faschismus kämpfen, heute leisten müssen. Der MSB SPARTAKUS, der für die Brechung der Macht des Großkapitals und für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpft, wird von Großkapital und Reaktion erbittert angegriffen, weil die Herrschenden wissen: wenn es ihnen gelingt, den MSB zu schwächen, wird die gesamte

Studentenbewegung getroffen. Weil sie wissen: Je stärker der MSB, um so wirksamer der Kampf der Studenten, um so größer die Möglichkeit, Sektiererei und Isolierung der Studentenbewegung von der arbeitenden Bevölkerung zu überwinden.

Doch weder Berufsverbote und andere Unterdrückungsmaßnahmen, noch Verleumdungsfeldzüge der Springerredaktionen konnten verhindern, daß die Zahl derer zugenommen hat, die wissen: wer kämpfen will, braucht Genossen, muß sich organisieren.

Der MSB SPARTAKUS ist stärker geworden. Immer mehr Studenten sehen im MSB eine initiiierende, organisierende und vereinheitlichende Kraft.

Aber wer politisch arbeiten will, braucht auch die notwendigen materiellen Mittel dazu. Plakate, Flugblätter und Zeitungen kosten Geld.

Hinter dem SPARTAKUS stehen keine finanzstarken Großkonzerne, und auch die Mittel aus dem Bundesjugendplan werden dem SPARTAKUS durch die Bundestagsparteien verweigert. Wir finanzieren uns durch die Beiträge, durch die vielen finanziellen Opfer unserer Mitglieder, durch den Verkaufserlös unserer Materialien und durch den Erlös aus Veranstaltungen. Aber dies reicht nicht. Immer stärker sind wir auf die materielle Solidarität derer angewiesen, die bereit sind, uns zu unterstützen.

Deshalb wenden wir uns mit diesem Aufruf an alle Studenten und Hochschulangehörigen, an Schüler und Eltern, an Arbeiter und Angestellte, an alle, die im Interesse der demokratischen Bewegung ein Interesse an der Stärkung des MSB haben.

Unterstützt die Arbeit des MSB SPARTAKUS durch Eure Spende!

FÖRDERT DEN MSB SPARTAKUS!

DM

Pf

Postscheckkonto Nr.

2711 87-503

Absender
der Zahlkarte

Für Vermerke des Absenders

SPENDE

Postscheckkonto Nr.

PSchA

Postscheckkonto Nr.

Postscheckteilnehmer

Das PSchA sendet diesen Abschnitt
dem Gutschriftempfänger

Zahlkarte/Postüberweisung

Stark umrandete Felder bitte nur bei Verwendung als Postüberweisung ausfüllen
(Erläuterung siehe Rückseite)

Postscheckkonto Nr.

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM

Pf

DM

Pf

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

DM

Pf

Postscheckkonto Nr.

2711 87-503

Absenderangabe (mit Postleitzahl)

für
**Marxistischer Studentenbund
SPARTAKUS (MSB Spartakus)
- Bundesvorstand -**

in
53 Bonn

Postscheckkonto Nr.

2711 87-503

Postscheckamt

Köln

Postscheckkonto Nr.

2711 87-503 Kln

für
**Marxistischer Studentenbund
SPARTAKUS (MSB Spartakus)
- Bundesvorstand -
53 Bonn
Sternenburgstr. 73**

Verwendungszweck

SPENDE

Ausstellungsdatum

Unterschrift

Postvermerk

Postvermerk

Wichtig für die ganze Studentenbewegung

Welche Probleme müssen gelöst werden?

Die Studentenbewegung existiere nicht mehr, so äußerten sich sogenannte „verantwortliche Politiker“ während des Bundestagswahlkampfes. Der Einfluß „radikaler“ Organisationen sei stark zurückgegangen. Daß der Wunsch der Vater derartiger Gedanken war, ließ sich jedoch nicht lange übersehen, die Hoffnungen der Herrschenden, sie könnten ihre Reformversprechungen in aller Ruhe begraben, wurde enttäuscht. Ihre Erwartung, die Studenten würden nicht bemerken, daß mit jeder neuen bildungspolitischen Maßnahme, seien es Hochschulgesetz-Entwürfe, Prüfungsordnungen oder Finanzbeschlüsse, der Bildungsnotstand festgeschrieben wird, daß die Rechte der Studenten weiter eingeschränkt werden, erfüllten sich nicht.

Das haben die Massenaktionen der letzten Wochen gezeigt. Das wird auch der 2. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS zeigen, der v. 19.—22. Februar in Hamburg stattfindet. Die mehr als 300 Delegierten, die auf den Mitgliederversammlungen der SPARTAKUS-Gruppen gewählt worden sind, werden auf dem Kongreß die Öffentlichkeit über die wirkliche Lage an den Hochschulen informieren. Sie werden darüber berichten, wie die Studenten sich gegen unzumutbare Studienbedingungen und Verschlechterung ihrer Ausbildung zur Wehr gesetzt haben. Welche Erfolge dabei erzielt worden sind und wie eines der wichtigsten Ziele des SPARTAKUS erreicht werden kann: noch mehr Studenten zu eigenständigem politischen Handeln zu veranlassen, sie in den Kampf um ihre Interessen einzubeziehen. D. h. — es wird nicht nur Bestandsaufnahme gemacht. Hinter uns liegen 19 Monate, die eine Menge politischer Erfahrung mit sich gebracht haben. 19 Monate, in denen uns erst durch die Praxis viele Probleme bewußt wurden, die auf dem 1. Bundeskongreß für uns noch gar nicht existierten und die der 2. Bundeskongreß lösen muß.

Das sind einmal Probleme, die mit der Entwicklung unserer Massenarbeit zusammenhängen; wir können und wollen nicht



Knapp zwei Jahre sind seit dem Gründungskongreß im Mai 1971 in Bonn vergangen. Der Spartakus hat seine Mitgliederzahl in dieser Zeit verdreifacht.



über die Köpfe der Studenten hinweg Politik machen oder stellvertretend für sie ihre Interessen wahrnehmen. Das können sie nur selber tun.

Aber nicht immer gelingt es uns schon ausreichend, eine Sprache zu finden, die alle Studenten verstehen, auf die Fragen eine Antwort zu geben, die sie an den SPARTAKUS haben.

Eine marxistische Studentenorganisation sein — und davon sind wir immer ausgegangen —, heißt eben keineswegs, alles zu wissen und die Masse der Studenten nur noch als Objekt von Propaganda zu behandeln. Unser Ziel muß es sein, viel mehr Studenten als bisher schon in die Erarbeitung unserer Politik einzubeziehen, von ihnen zu lernen, gemeinsam mit den Studenten die nächsten Schritte in der Hochschulpolitik zu diskutieren und in Verbindung damit eine marxistische Kritik am kapitalistischen System zu leisten, die konkret und nachvollziehbar ist.

Da ist zum anderen die notwendige Konkretisierung unserer Politik. Auf diesem Gebiet haben wir durch die Erarbeitung des Programmentwurfs, der jetzt an den Hochschulen verkauft wird, einen großen Schritt nach vorne getan. Bei der abschließenden Diskussion des Programms auf dem Kongreß wird es schon darum gehen, von „den Massen zu lernen“. Die Ergebnisse aus der öffentlichen Diskussion des Entwurfs, die Meinungen und Auffassungen der Studenten müssen bei

der Verabschiedung mit verarbeitet werden.

Konkrete demokratische Alternativen zur Politik der herrschenden Klasse insgesamt, vor allem aber zur Hochschul- und Bildungspolitik, zu entwickeln, ist erforderlich, um viele Studenten zu mobilisieren. Die Zustände nur zu beklagen, reicht dazu nicht aus. Diese Konkretisierung ist auch erforderlich, um der arbeitenden Bevölkerung zu zeigen, daß die Forderungen, die Studenten stellen, von ihnen unterstützt werden können, weil sie auch ihren Interessen entsprechen, weil auch sie vom Bildungsnotstand betroffen sind.

Drittens wird der Kongreß die notwendig gewordene Analyse der aktuellen Entwicklung des Imperialismus, sowohl national als auch international, leisten müssen. Die neuen Tendenzen in der Bildungspolitik der Herrschenden, die die Verschärfung der Lage an den Hochschulen hervorgerufen haben, müssen untersucht werden. Die Diskussion über die Krise der bürgerlichen Ideologie, die ja eine gesteigerte Unzufriedenheit vieler Studenten mit dem, was inhaltlich im Studium geboten wird, hervorgerufen hat, muß geführt werden. Der stärker werdende Einfluß des Marxismus auf die bürgerliche Wissenschaft muß behandelt werden.

Die Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes in der Welt, die internationale Rolle des BRD-Imperialismus, die Ereignisse in Vietnam, Chile oder auch in

Frankreich, die Rolle der Studenten im Kampf gegen den Imperialismus — all das werden Themen des Kongresses sein. Die Kongreßdiskussion wird sowohl im Plenum als auch in Arbeitsgruppen stattfinden.

Die Themen der AGs:

1. Die Entwicklung der Bildungspolitik der herrschenden Klasse und der demokratische Kampf der Studenten
2. Marxismus kontra bürgerliche Ideologie — Studenten in die Auseinandersetzung mit der imperialistischen Wissenschaft einbeziehen
3. Für die Solidarität im Kampf gegen den Imperialismus — Die Aufgaben des marxistischen Studentenbundes.

Zusammen mit Vertretern der Jugend- und Studentenorganisationen aus sozialistischen Ländern, Genossen aus den anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern und Vertretern der nationalen Befreiungsbewegungen wird der SPARTAKUS zum Abschluß des Kongresses am 24. Februar um 16.00 Uhr ein antiimperialistisches Massenmeeting veranstalten, das unter der Losung steht, die auch die Losung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, der Hauptstadt der DDR, ist:

FÜR ANTIIMPERIALISTISCHE SOLIDARITÄT — FÜR FRIEDEN UND FREUND-SCHAFT!

Zu dieser Veranstaltung rufen wir alle Genossen, alle Freunde des SPARTAKUS auf, nach Hamburg zu kommen.

Zur Regierungserklärung

Als „Klassenkampf von oben“ wurden im Bundestagswahlkampf die Aktivitäten der Konzernherren bezeichnet. Nicht anders denn als Willenserklärung der SPD/FDP-Regierung, die Profit- und Machtinteressen gegen alle Widerstände durchzusetzen, ist jetzt die Regierungserklärung, die Bundeskanzler Brandt vor dem Bundestag abgab, zu bezeichnen.

Wo man noch im Wahlkampf versucht hat, die Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach grundlegenden Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen, die Forderungen der Studenten nach einer Überwindung der Hochschulmisere, anzusprechen und in Wählerstimmen für SPD und FDP umzumünzen, dort finden wir jetzt den Versuch, alle aus dem kapitalistischen System erwachsenen Schwierigkeiten und Lasten auf die Schultern der Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Dazu einige Beispiele:

- Während die Arbeiterklasse immer wieder aufgefordert wird, mehr zu leisten und härter zu arbeiten und als Ausgleich dafür den Konsum weiter einschränken soll, während Bundeskanzler Brandt, wiederum gerichtet an die arbeitende Bevölkerung, von der Notwendigkeit spricht, die Staatseinnahmen zu erhöhen und dabei eine Erhöhung der Massensteuern anpeilt, ist in der Regierungserklärung kein Wort, geschweige denn eine Maßnahme zu finden gegen die Preistreiberei der Großkonzerne, gegen Mietwucher und gegen Profitmacherei.
- Von einer Hochschul- und Bildungsreform ist nichts weiter geblieben als eine bloße Verkürzung der Ausbildungszeiten, sowohl im Schul- als auch im Hochschulwesen, als die Einführung des Studienjahres an den Hochschulen. Wenn gesagt wird: „Über Erkenntnisse und Wahrheiten kann nicht mit Mehrheit entschieden werden“, so ist dies wohl kaum als erkenntnistheoretischer Lehrsatz aufzufassen, gegen den man nichts einwenden könnte, sondern als Hinweis darauf, daß an den Hochschulen demokratische Prinzipien keine Anwendung finden sollen. Von der dringend notwendigen Verbesserung der Studienbedingungen, von einer qualifizierten Ausbildung, die den Anforderungen des Berufs gerecht wird, ist in der Erklärung nicht mit einem Wort die Rede. Die Misere bleibt bestehen, nur der Druck auf die Studenten soll weiter zunehmen.

Wo es sich nicht vermeiden ließ, auf die Forderungen der Arbeiterklasse einzugehen, wie z. B. in der Frage der Mitbestimmung, so wird daraus eine „Reform“, die nur einem Zweck dienen soll: Die bestehenden Machtverhältnisse zu

stabilisieren. Aus der Mitbestimmung – für die Gewerkschaften ein Mittel zur Veränderung der Gesellschaft – wird in der Regierungserklärung ein „Ordnungselement im Arbeitsleben“.

Wer geglaubt hatte, im außenpolitischen Teil seiner Rede werde der Bundeskanzler den Aggressor im Vietnamkrieg doch wenigstens in milder Form verurteilen, der wurde enttäuscht. Im Gegenteil. Während der Kanzler auf der einen Seite seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, daß dieser „schreckliche Konflikt“ nun „hoffentlich ein Ende finde“, bekräftigte er auf der anderen Seite seine Auffassung, die USA und die BRD müßten sozusagen arbeitsteilig verfahren: Während sich „unsere Interessen auf unseren Kontinent“ konzentrieren, seien die amerikanischen Verpflichtungen „weltweit“. Welcher Art diese weltweiten Verpflichtungen der USA sind, das zeigt uns Vietnam täglich.

Von Abrüstung und einer Kürzung des Rüstungsetats, die durch die erreichte Entspannung in Europa möglich und zur Finanzierung von Reformen dringend notwendig wäre, ist überhaupt nicht die Rede. Der Ausbau der Bundeswehr und der NATO aber sind ausdrücklich vorgesehen.

Während allen fortschrittlichen Menschen bei der Rede Barzels klar wurde, daß von der CDU/CSU auch weiterhin eine große Gefahr für Frieden und Entspannung, für die Demokratie und den gesellschaftlichen Fortschritt ausgeht, sprach der Kanzler von den „Brücken des Zueinander und des Miteinander“, die er zu dieser Partei schlagen wolle.

Diese Regierungserklärung der SPD/FDP-Regierung ist ein sehr deutlicher Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse, daß die Studenten von dieser Regierung keine Erfüllung ihrer Forderungen zu erwarten haben. Wir Studenten müssen im Gegenteil vorbereitet sein auf die Auseinandersetzung mit einem Hochschulrahmengesetz, das gekennzeichnet sein wird durch die Reglementierung des Studiums und den weiteren Abbau demokratischer Rechte. Die Massenkämpfe der Studenten in den letzten Monaten haben aber gezeigt, daß die Bereitschaft der Studenten, ihre Interessen solidarisch im Kampf zu vertreten, wächst.

„Für die eigenen Interessen kämpfen – mit der Arbeiterklasse verbünden“, das ist mehr als der Titel des Studentenprogramms des Spartakus, es muß die Antwort der Studenten auf die Politik der Herrschenden werden. Wenn wir diese Regierungserklärung verstehen als Aufforderung zu gemeinsamem Handeln und zur Herstellung der Aktionseinheit der Studenten, dann tun wir das, was jetzt politisch notwendig ist.

Ein Jahr Berufsverbote-Erlaß



Die streitbare Demokratie des Otto A. Friedrich

Vor einem Jahr, am 28. Januar 1972, einigten sich die Ministerpräsidenten der BRD in größter Koalition auf den sogenannten Ministerpräsidentenerlaß. Zusammen mit der antikommunistischen und antisowjetischen Hetze insbesondere der Rechtskreise, mit den Antikommunismusbeschlüssen der SPD-Führung und mit der in den Massenmedien zu verzeichnenden verschärften Hetze gegen die demokratischen Aktivitäten der Arbeiterklasse bildet der Berufsverbotserlaß eine groß angelegte Einheitsaktion der Herrschenden gegen jedwede demokratische Betätigung der Bevöl-

kerung.

Im letzten Jahr wurde deutlich sichtbar, daß die herrschenden Kreise in der BRD nicht nur im pädagogischen Bereich mit Berufsverbotsdrohungen und -praktiken arbeiten, sondern daß ihre Angriffe gegen alle demokratischen Kräfte und insbesondere gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen geführt werden. Mit dem Kasseler Maulkorb-Urteil, bei dem Vorgehen in der Bundeswehr, im Bereich des öffentlichen Dienstes und der Kirchen wurde die Ausweitung auf andere gesellschaftliche Bereiche deutlich sichtbar.

Die Grundtendenz bei allen Berufsverbotsmaßnahmen ist die, daß sich Ministerien und Gerichte auf das KPD-Urteil aus dem Jahre 1956 stützen. Dies wird besonders deutlich im Fall Holzer. In der schriftlichen Urteilsbegründung, mit der das Verwaltungsgericht in Bremen die Klage auf Ernennung zum Professor der

Universität Bremen bei gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit im November des letzten Jahres abgewiesen hat, zieht das Gericht aus der Tatsache, daß Holzer Mitglied der DKP ist und sich daher wie diese zur Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und zur Theorie des wissenschaftlichen

Sozialismus bekenne, die Schlußfolgerung, dies sei, wie schon das Bundesverfassungsgericht (BVerfG.) im KPD-Urteil festgestellt habe, mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (f. d. G. O.) nicht vereinbar. Dabei muß es als äußerst alarmierend für die gesamte demokratische Bewegung

angesehen werden, wie das Verwaltungsgericht den Begriff der f. d. G. O. definiert. Das Gericht führt aus, daß die freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes an die „Traditionen des liberalen bürgerlichen Rechtsstaates anknüpfe“, und „die bestehenden Verhältnisse als gegeben“ hinnehme. Das Gericht folgt damit der jahrelang praktizierten Methode in der Regierungs- und Gerichtspraxis, den Abbau demokratischer Rechte im politischen und gesellschaftlichen Leben der BRD dadurch voranzutreiben, daß die Unterdrückung von Bestrebungen, die zum Ziel haben, mehr Demokratie zu erkämpfen, damit begründet wird, daß diese Bestrebungen gegen die „Freiheit“ gerichtet seien. Für das Gericht ist bereits der ein Feind der Demokratie, der nicht für die Erhaltung der politischen und ökonomischen Macht der Monopole eintritt. Das Gericht folgt damit den Forderungen des BDA, daß es „... wieder zum natürlichen Gehalt des öffentlichen Bewußtseins werden (muß), daß privatwirtschaftliche Freiheit gleichbedeutend ist mit politischer Freiheit“ (Otto A. Friedrich auf einer Geschäftsführerkonferenz der BDA in Baden-Baden).

Wie ein Hohn klingt es, wenn das Gericht weiterhin erklärt, die Demokratie der BRD sei die einer „streitbaren Demokratie“, und daher könne es nicht allein dem BVerfG überlassen werden, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst auszuschalten, wie das in Art. 21,2 GG für politische Parteien und in Art. 18 GG für einzelne Bürger vorgesehen sei.

Auch hierbei folgt das Gericht den juristischen Ratgebern der Bundesregierung, die mit der der bürgerlichen Rechtssprechung eigenen Logik eine Unterscheidung zwischen „Verfassungswidrigkeit“ und „Verfassungsfeindlichkeit“ konstruiert haben. Es wird argumentiert, daß das BVerfG laut GG nur für die Definition der Verfassungswidrigkeit zuständig sei, während die der Verfassungsfeindlichkeit auch auf anderen Ebenen erfolgen könne.

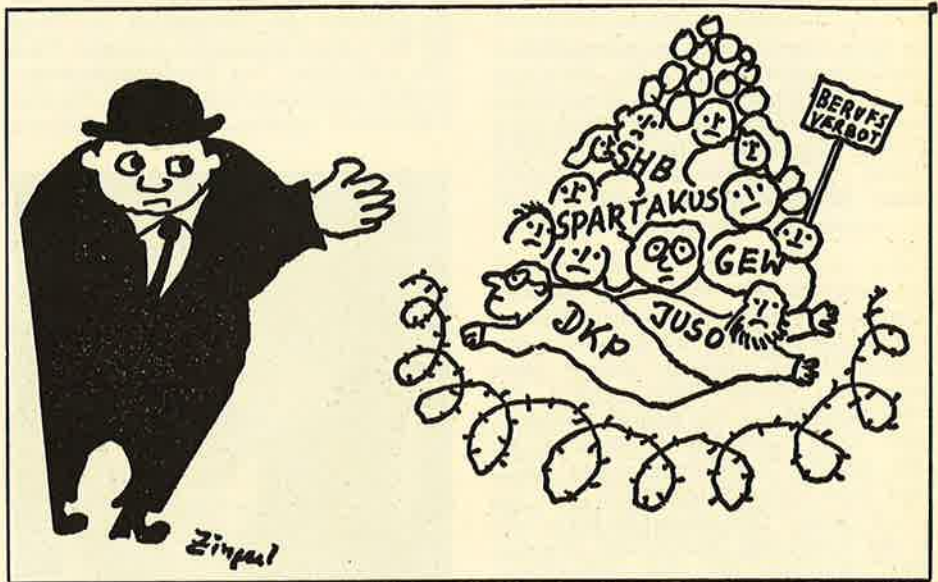
„Treue zur Verfassung habe der Staat in Deutschland von seinen Beamten immer gefordert“, so heißt es im Urteil weiter, und das Gericht gibt damit zu verstehen, daß es sich traditionsbewußt auch zum Nazigesetz „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ bekennt, in dem allerdings nicht die Treue zur Verfassung, sondern die Treue zum „nationalen Staat“ gefordert wurde. Aber hier macht das Gericht auch kaum einen Unterschied, definiert es doch gerade, daß das Bekenntnis zur f. d. G. O. identisch sei mit dem Bekenntnis zur Sicherung der „bestehenden Verhältnisse“, d. h. mit dem Bekenntnis zum monopolkapitalistischen Staat.

Das Gericht spricht weiterhin „von dem besonderen Interesse des Staates“, Beamte fernzuhalten, bei denen es „zweifelhaft“ sei, ob sie die Gewähr bieten, jederzeit für die f. d. G. O. einzutreten. Als Verfassungsfeind gilt also der, der nicht mit dem bürgerlichen Erziehungsziel, der Erziehung zum sozialen Wohlverhalten, übereinstimmt. Verfassungsfeind ist der, der die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht als gegeben und unveränderbar im Rahmen des GG hinnehmen will. Dabei wurde im Flensburger Prozeß um den Programmwurf der KPD in der Urteilsbegründung festgestellt: „Da für die Wirtschaftsordnung der BRD, soweit sie im GG überhaupt

einen Niederschlag gefunden hat, keine Form vorausbestimmt ist, erscheint der Sozialismus als solcher mit einer freiheitlichen Demokratie im Sinne des GG nicht unvereinbar.“

Der Ministerpräsidentenerlaß ist unzweifelhaft eine Reaktion auf den wachsenden politischen und ideologischen Einfluß des Sozialismus auch in der BRD. Und nichts kennzeichnet die imperialistische Politik der BRD besser als die Tatsache, daß die Bundesregierung in ihrer außenpolitischen Haltung gegenüber den sozialistischen Staaten den „freien Austausch von Ideen, Meinungen und Personen“ propagiert, innenpolitisch jedoch, gestützt auf

Dieser Rechtsschutz sollte unbedingt in Anspruch genommen werden, denn unüberlegte Aktionen, Erklärungen usw. der Betroffenen können nicht nur ihnen selbst, sondern auch allen anderen schaden. Ein Rechtsbeistand ist vor allem auch dann nützlich und notwendig, wenn von Berufsverboten Betroffene zu einem sog. „Anhörungsverfahren“ geladen werden, in dem festgestellt werden soll, ob ein Bewerber für die Übernahme in das Beamtenverhältnis politisch geeignet ist. Obwohl die GEW die am direktesten betroffene Gewerkschaft ist, hat sie sich in der letzten Zeit in der Frage des Kampfes gegen die Berufsverbote teil-



„Der Lehrerberg wird immer größer!“

antikommunistische und antisowjetische Positionen, den Anspruch erhebt, daß nur eine Idee zur Entfaltung kommen darf, die der Ausbeutung und der Profitmaximierung dient.

Die Breite der Bewegung

Die Bewegung gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote und ihre Drahtzieher hat in dem einen Jahr eine große Breite und Vielfalt erreicht. In einzelnen Fällen konnten Teilerfolge errungen werden. Wenn trotz der Anstrengungen der verschiedenen Länderministerien, einheitliche Ausführungsbestimmungen zu erlassen, diese noch nicht veröffentlicht und noch nicht praktiziert werden, so ist auch dies ein Erfolg der demokratischen Massenaktionen.

Auf Gewerkschaftsebene gibt es eine ganze Reihe positiver Aussagen, die die Aufhebung des Erlasses fordern. Der GEW-Hauptvorstand hat in einer Protesterklärung erklärt, daß er allen Betroffenen Rechtsschutz gewähren werde.

weise sehr zurückhaltend verhalten. Mit der Begründung, daß auf juristischem Wege versucht werden soll, vor dem BVerfG ein Präzedenzurteil gegen den Erlaß zu erreichen, wird die politische Aktivität gebremst. Aber gerade der politische Kampf ist die wichtigste Seite. Die Einleitung von juristischen Schritten und der politische Massenkampf müssen eine Einheit bilden, aus den juristischen Maßnahmen müssen immer wieder Impulse für den politischen Kampf gewonnen werden. Denn nicht zuletzt das Holzer-Urteil zeigt, daß die Gerichte bestrebt sind, mit den Mitteln der Justiz eine antidemokratische Politik weiter voranzutreiben. Die Erkenntnis, daß nicht nur Kommunisten von den Berufsverboten betroffen werden, sondern gleichermaßen Sozialdemokraten, Liberale und alle anderen fortschrittlichen Kräfte, die Erkenntnis, daß die Berufsverbote nicht nur für den Bildungsbereich gelten, hat allgemein die Bereitschaft, aktiv für die Zurücknahme des Erlasses und für die Aufhebung des KPD-Verbotes zu kämpfen, gebracht. Besonders in der SPD selbst ist der Protest deutlich angewachsen. Nur wenn es gelingt, diese Möglichkeiten zu nutzen, um breit angelegte Aktionen und Initiativen regional und überregional in Gang zu setzen oder bereits vorhandene zu verstärken, kann der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte erfolgreich geführt werden.

FÜR WEN GILT DAS GRUNDGESETZ?

DAS BEISPIEL HOLZER

Der Richterdienst-Senat des Hanseatischen Oberlandesgerichts hat die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gegen den Hamburger NPD-Funktionär Stäglich abgelehnt. Stäglich ist selbst Richter am Finanzgericht. Nach Ansicht seiner Kollegen gibt es keinen Anlaß, an seiner Verfassungstreue zu zweifeln...

Zur gleichen Zeit wird die schriftliche Urteilsbegründung des Bremer Verwaltungsgerichts im Fall des Soziologie-Professors Holzer bekannt: Holzer hatte gegen den Bremer Senat geklagt, der seine Berufung an die Bremer Uni abgelehnt hatte, weil Holzer Mitglied der DKP ist. Das Verwaltungsgericht bestätigte jetzt diese Entscheidung und beschied, einem DKP-Bewerber fehle „die in der streitbaren Demokratie erforderliche Eignung für den öffentlichen Dienst“. Als Kronzeuge wird SPD-Opa Carlo Schmid zitiert, der 1949 im Parlamentarischen Rat erklärt hatte, das Grundgesetz müsse jeden Versuch verhindern, „die Demokratie wissenschaftlich zu unterlaufen“. Die Bindung der Lehrfreiheit an die Treue zur Verfassung solle politisierende Wissenschaftler treffen, die unter dem Deckmantel einer wissenschaftlichen Kritik eine „hinterhältige Politik“ verbergen.

Diese „hinterhältige“ Politik“ hat das Gericht Holzer bescheinigt: Wesentlicher als die DKP-Mitgliedschaft sei für die Entscheidung, daß Holzer sich zu den

Begriff zu gebrauchen, doch es sei klar erkennbar, daß die Partei nach wie vor die Diktatur des Proletariats im Sinne des Marxismus-Leninismus anstrebe. Nach dem KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, auf das sich die Bremer Verwaltungsrichter berufen, wird die Diktatur



Horst Holzer

des Proletariats im leninistischen Sinne „als die höchste Form der Demokratie verstanden, denn die Arbeiterklasse und die Werktätigen, die diese Diktatur ausüben, seien die überwältigende Mehrheit des Volkes. Es handelt sich also um die Diktatur einer Mehrheit über eine Minderheit, während es sich bei unserer augenblicklichen Staatsform, der bürgerlichen Demokratie, um die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit handelt.“ So „hinterhältig“ also sind Holzers Absichten.

In dem jetzigen Bremer Urteil heißt es wörtlich: „Bekannt sich ein Bewerber zu Maximen, die sich mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbaren lassen, kann er nicht eingestellt werden. Daran ändert sich nichts, wenn inzwischen eine Partei diese Maximen

übernimmt, es ändert sich ebenfalls nichts, wenn der Bewerber dieser Partei beitrifft. Andernfalls würde von Bewerbern, die in einer nicht verbotenen, aber verfassungsmäßig bedenklichen Partei organisiert sind, an Verfassungstreue weniger verlangt als von anderen Bewerbern. Das Parteienprivileg würde dann Privileg der Organisierten, obwohl organisierte Verfassungsfeinde und solche, die einer Organisation nahestehen, gefährlicher sein können als Einzelgänger.“

Holzer hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt. (ED)

SS-Professor in Stuttgart

Nach Enthüllungen der DKP-Wochenzeitung „UZ“ über die politische Vergangenheit des an der Uni Stuttgart lehrenden Prof. Hans Joachim Rühle von Lilienstern ist es zu zahlreichen Protesten beim Rektor Hunken gekommen, der daraus Konsequenzen ziehen soll. Auch das Wiener „Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes“ hat die Angaben gegen den ehemaligen SD-Agenten und SS-Sturmabführer bestätigt. Wiesenthal bot dem Rektorat aus seinem Archiv Dokumente an, die beweisen, daß der heutige Professor und Geschäftsführer des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) von Himmlers Stab als „ausgezeichneter SS-Mann und Vorbild“ charakterisiert wurde, daß er sich als Bataillonsführer in der SS-Brigade „Nederland“ ausgezeichnet habe und als Leiter des SS-Hauses in Leiden äußerst aktiv gewesen ist. In den Jahren 1942/43 soll der heutige 58jährige in der Arisierungsdienststelle des NS-Reichskommissars für die Niederlande tätig gewesen sein. Diese Dienststelle leitete die dortigen Judenverfolgungen.

Köln

In Köln verlangten mehrere hundert Studenten die Verlängerung des Lehrauftrages von Dr. Kaupen, die nach Auffassung der Studenten der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät von

„Keine Ausnahme für Professoren“
Bremer Gericht begründet Ablehnung eines DKP-Hochschullehrers

NPD-Mann darf Richter bleiben
Hamburger Richter-Dienstsenat lehnt Disziplinarverfahren ab

Zwei Schlagzeilen in einer Zeitung (FR)

Zielen, den wissenschaftlichen Analysen und den programmatischen Erklärungen der DKP bekannt habe. Die DKP strebe eine kommunistische Gesellschaftsordnung an, die nur über den Weg der Diktatur des Proletariats erreichbar sei. Zwar vermeide es die DKP geflissentlich, diesen

dem rechtskonservativen Professor Scheuch hintertrieben werde. Prof. Scheuch ist namhafter Vertreter des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, dem die Lehrmeinung von Dr. Kaupen „zu weit links“ steht. Die Kölner Studenten belagerten den Sitzungssaal und forderten öffentliche Darlegung der Argumente. Das Universitätsgremium vertagte die Entscheidung auf Anfang nächsten Jahres.

Die Mitglieder des reaktionären „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ in Stuttgart kündigten an, daß sie künftig gegen jeden „linken Studenten“ Strafanzeige erstatten werden, der den Bund in die Nähe rechtsradikaler Organisationen rückt. Gegen einige Heidelberger Studenten sei inzwischen Strafanzeige gestellt worden. Unterdessen dauerten in Heidelberg die Proteste gegen die geplante Wahl eines konservativen und mitbestimmungsfeindlichen Rektors der Universität an. 2000 Studenten besetzten am Montag die Aula der Universität und verhinderten die Wahl.

München

Der Senat der Akademie der Bildenden Künste in München hat in einem Beschluß gegen die Anweisung des bayerischen Kultusministeriums protestiert, den Lehrauftrag des Kunsthistorikers Dr. Richard Hiepe für marxistische Ästhetik wegen seines Engagements für die DKP nicht mehr zu verlängern. Dieser Lehrauftrag sei für die Studenten notwendig, da sonst das Lehrangebot unvollständig

sei. Außerdem widerspricht der Senat mit Nachdruck der Auffassung des Kultusministeriums, die Verfassungstreue Dr. Hiepes sei in Frage zu stellen.

Hamburg

Nach dem SPD-Kreis Hamburg-Harburg und mehreren anderen Institutionen hat auch der größte Hamburger Parteikreis, Kreis Nord, das Berufsverbot gegen die Lehrerin Elke Leppin (DKP) verurteilt. Elke Leppin war bereits vom Schulsenator von Hamburg, Günter Apel, darauf hingewiesen worden, daß sie als Beamtin auf Lebenszeit eingestellt werde, als sich der Verfassungsschutz und Bürgermeister Schulz einschalteten und diese Zusage wieder rückgängig machten.

Frankfurt

UTE KNOBLOCH, Pfarramtskandidatin, die bei der Kommunalwahl am 22. Oktober wegen ihrer Kandidatur für die DKP zur Ortsbeiratswahl in Frankfurt-Fechenheim von der Ausbildung ausgeschlossen worden war, kann ihre berufliche Laufbahn fortsetzen. Das teilte die Gewerkschaft ÖTV mit, die Frau Knobloch Rechtsschutz gegeben hatte. Angesichts der massiven Proteste der demokratischen Öffentlichkeit vermochte die evangelische Kirchenleitung nunmehr in dem Wahlengagement der kommunistischen Theologin keinen Verstoß gegen das hessische Pfarrgesetz zu erblicken.

Flensburg

Mit der Nichteinstellung des Lehrers Hans-Heinrich Hinrichsen hat die Schleswig-holsteinische Landesregierung jetzt einen Absolventen der Pädagogischen Hochschule Flensburg unter Berufsverbot gestellt. Hinrichsen, der Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist, wurde nach kurzer Lehrtätigkeit an der Realschule Bargteheide nicht weiterbeschäftigt. Eine Frage nach den Gründen wurde vom Landesschulamt nicht beantwortet. Später wurde von dieser Dienststelle erklärt, Hinrichsen habe sich „kommunistisch betätigt“. Ihm wurde die Frage vorgelegt, was er von der DKP wisse und halte, ob er sich neben seinem Studium politisch betätigt habe, ob er politisch und gewerkschaftlich organisiert sei und wie er zur Frage des Streikrechts für Beamte stehe.

Der vom Berufsverbot betroffene Lehrer erklärte gegenüber der Gewerkschaftszeitung „Die Schleswig-Holsteinische Schule“, er habe nie einer politischen Partei oder Gruppe angehört, wohl aber der Gewerkschaft und während seiner Ausbildung einigen Fachschaftsvertretungen. Wörtlich sagte Hinrichsen: „Die Verweigerung meiner Weiterbeschäftigung bestätigt den Verdacht, daß von den Januarbeschlüssen der Ministerpräsidenten nicht nur sogenannte Radikale, sondern auch andere betroffen sind. Praktisch kann jederzeit ein Berufsverbot ausgesprochen werden, solange dem Betroffenen eine Nachprüfung unmöglich ist.“

Die Zeitung der Arbeiter die Millionäre gegen

Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter steckt die marxistische Arbeiterpartei, die DKP. In jeder Nummer der UZ: die Konzernpolitik wird entlarvt, die Situation an Schulen und Hochschulen wird durchleuchtet. Und was genau so wichtig ist: Anleitung zum Handeln für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede Woche.



Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit – für ein Jahr zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50



Bitte schicken Sie mir Probe-exemplare

Unterschrift

Name

Wohnort

Straße

Absenden an:
Dr. Wenzel Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

UZ

Unsere Zeit Zeitung der DKP

11% sind zu wenig!

Die große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV hat in ihrer Sitzung am 11. Dezember 1972 folgende Forderungen beschlossen:

1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent für alle Arbeiter und Angestellten;
2. darüber hinaus Erhöhung aller Löhne und Gehälter um einen einheitlichen Betrag von 70 D-Mark.
3. Die Bezüge für Praktikanten, Medizinalassistenten, Lernschwester und alle Auszubildenden sind entsprechend zu erhöhen.
4. Die Laufzeit beträgt zwölf Monate ab 1. Januar 1973.

Diese Lohn- und Gehaltsforderungen entsprechen einer durchschnittlichen Höhe von 11 Prozent und damit nicht den Erwartungen und Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes, die bei 15 Prozent liegen. Derartige Forderungen wurden während der Vorbereitung der Tariffbewegung in zahlreichen Dienststellen bzw. Organisationsgliederungen der Gewerkschaft ÖTV immer wieder erhoben.

So forderte der zentrale Vertrauensleuteausschuß der Städtischen Betriebe und Ämter in Frankfurt/M. einen Sockelbetrag von 100 D-Mark plus 7 Prozent. Insgesamt sind das 15 Prozent. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Abteilung „Wissenschaft und Forschung“ an der Universität Gießen forderte eine lineare Erhöhung der Löhne und Gehälter um 220 D-Mark, das sind 15 Prozent. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Universität Bremen verlangte 180 D-Mark linear plus 20 D-Mark für jedes Kind. Einstimmig erklärte z. B. am 12. Dezember die Vollversammlung der ÖTV-Mitglieder an der Universität Gießen: „Wir bedauern daher die defensive Haltung des Hauptvorstandes und der Großen Tarifkommission gegenüber der Arbeitgeberseite, gegenüber der Bundesregierung. Dieses Zurückweichen widerspricht der vom Gewerkschaftstag geforderten aktiven Lohn- und Gehaltspolitik.“

Denn Berechnungen haben ergeben: Nur wenn die Bezüge der Beschäftigten im öffentlichen Dienst jetzt um 12 Prozent im Durchschnitt heraufgesetzt werden, ist es möglich, die reale Kaufkraft wieder herzustellen, die sie Anfang 1971 bereits hatten.

Erst die darüber hinausgehenden Prozente würden eine Beteiligung am allgemein gestiegenen Wirtschaftsergebnis bringen. Jeder Abschluß unter 12 Prozent bedeutet nicht nur gegenüber 1971, sondern noch gegenüber 1970 Senkung der Realeinkommen.

Die „Arbeitgeber“ im Bereich des öffentlichen Dienstes sind allesamt staatliche

Neben den Lohnauseinandersetzungen in der Metall-Industrie, über deren Ausgang bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt war, sind für die Studenten besonders die Tariffbewegungen im öffentlichen Dienst von Interesse.

Die Tarifverträge für die 3,5 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, bei der Bundesbahn und Bundespost sind von den zuständigen Gewerkschaften zum 31. Dezember 1972 gekündigt worden. Auch die Beamten fordern höhere Besoldung. Die von den Tarifkommissionen erhobenen Forderungen von durchschnittlich 11 Prozent werden jedoch den tarifpolitischen Notwendigkeiten nicht gerecht.

Stellen: Bundesregierung, Länderregierungen und Gemeinden. Die Ausgabenpolitik des Bundes setzt jedoch die Maßstäbe. Wie die Unternehmer in der Metallindustrie, so wendet sich auch der öffentliche „Arbeitgeber“, die Bundesregierung, mit Maßhalteappellen gegen die Gewerkschaften. Die Preise werden jedoch ungehindert weiter nach oben getrieben — auch durch den Staat. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Parteiführung sofort bei der Zurkenntnisnahme des Wahlergebnisses durch ihren Pressesprecher Jochen Schulz eine brüske Warnung an die Gewerkschaften gerichtet, mit ihren Forderungen „auf

Diese Attacke gegen berechnete Gewerkschaftsforderungen wurde offiziell bis heute nicht zurückgenommen. Im Gegenteil. Bei der Verteidigung des Bundeskabinetts wandte sich auch Willy Brandt gegen die in den Gewerkschaften diskutierten Lohn- und Gehaltserwartungen im allgemeinen und in der ÖTV im besonderen.

Das Hauptargument der „öffentlichen Arbeitgeber“ gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen lautet, es sei kein Geld vorhanden.

Dem muß entgegengehalten werden, daß die öffentlichen Haushalte jedes Jahr steigen. Die Steuern als Haupteinnahme-



dem Teppich zu bleiben“. Neben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wurde besonders der ÖTV vorgeworfen, aus dem Wahlsieg der SPD Forderungen für ihre „Heerhaufen“ — die Gewerkschaftsmitglieder also — abzuleiten.

quelle des Staates, die zugleich das Resultat stärkerer Besteuerung der Lohnabhängigen aber auch des wachsenden Sozialprodukts sind, sprudeln munter weiter. Zum Beispiel ist der Bundeshaushalt 1972 gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent erhöht worden, der Etat 1973

soll um rd. 10 Prozent gesteigert werden. Da die Personalkosten nur einen Teil des Gesamtertrags ausmachen, muß die Ausrede, es sei kein Geld da, zurückgewiesen werden. Bei Ministergehältern gibt es keine Zurückhaltung oder Maßhalteparolen wie bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. In Nordrhein-Westfalen z.B. erhält Ministerpräsident Kühn ab 1. Januar 1973 eine Gehaltserhöhung von 1250 D-Mark monatlich. Seine Jahresbezüge steigen auf 144 800 D-Mark. Für die einzelnen Landesminister wurde das



Arbeitgeber Genscher: Kein Geld

Jahreseinkommen auf 120 000 D-Mark erhöht. Allein ihr Weihnachtsgeld beträgt 6000 D-Mark. Auch die Diäten der Landtagsabgeordneten werden kräftig erhöht. Nachdem sie erst zu Beginn des Jahres 1972 um 25 Prozent heraufgesetzt wurden, soll der Grundbetrag erneut um 17 Prozent steigen. Die Reisekosten und Sitzungs-



gelder werden um 50 Prozent erhöht und außerdem gibt es erstmals zusätzlich rd. 2000 D-Mark „Verdienstaushall“. Hier ist offenbar genügend Geld vorhanden. Wenn es um den Rüstungsetat geht, kennt die Bundesregierung die Zurückhaltung, die sie bei Löhnen und Gehältern übt, nicht. Stiegen die Rüstungs-

kosten im Etat 1972 gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent, so sollen sie 1973 abermals um fast 10 Prozent steigen. Eine solche Finanzpolitik ist angesichts der Entspannungsbestrebungen in Europa verantwortungslos und provokativ. Anstatt staatlich beeinflusste Preise und Steuern zu erhöhen und von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Einkommensverzicht zu verlangen, müssen die Rüstungslasten drastisch gekürzt werden. Ebenso gilt es, die Subventionshilfen aus Steuergeldern für Unternehmer (1971 = 11,8 Mrd. D-Mark, 1972 = 10,5 Mrd. D-Mark) kräftig zu reduzieren sowie die großen Einkommen und die Großunternehmen stärker zu besteuern. Die Steuerausfälle durch Steuervergünstigungen betrugen bei den Körperschaftsteuern für Bund und Länder 1971 21,3 Mrd. D-Mark und 1972 22,7 Mrd.

D-Mark. Dazu kommt noch die Wirtschaftskriminalität der Betriebe, die ungenügend bekämpft wird, und zu einem Einnahmeausfall von jährlich nochmals 25 Mrd. D-Mark führt.

Alle diese Tatsachen beweisen: Das Geld für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes ist bereits jetzt vorhanden. Bei einer demokratischen, auf die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichteten staatlichen Ausgabenpolitik würden darüber hinaus auch genügend Mittel für dringende Reformen mobilisiert werden können.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden ihre tarifpolitischen Interessen nur in dem Maße durchsetzen, wie sie entschlossen mit ihren Gewerkschaften darum kämpfen.

DAS GELD IST DA!

Nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1972 hat die DKP vorgerechnet: 33 Milliarden können auf Kosten der Rüstung und der Konzerne für Reformen bereitgestellt werden. Und zwar durch:

1. Rüstungsstopp, Senkung der Militärausgaben um 15 Prozent jährlich zunächst bis zur Hälfte sowie Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die USA und der Subventionen für revanchistische Organisationen in der BRD. Nach der Haushaltsrechnung für das Jahr 1972 wären das rund 8 Mrd. DM
2. Abbau der Subventionen und der Steuergeschenke für das Großkapital. Als erste Rate mindestens 5 Mrd. DM
3. Unterbindung der Steuerflucht. Nach Feststellung des hessischen Finanzministeriums beträgt sie jährlich rund 5 Mrd. DM
4. Unterbindung der Wirtschaftskriminalität mit Hilfe der Aufhebung des Steuer-

49. Deutschen Juristen-Tag im Herbst 72 in Düsseldorf, beträgt die Wirtschaftskriminalität jährlich mindestens 15 Mrd. DM. Allein durch diese vier Maßnahmen würden also . . . 33 Mrd. DM frei.

Aber dem ist nicht so. Jupp Angenfort, Mitglied des Präsidiums der DKP erklärte:

„Der Haushaltsplan für das Jahr 1972, der jetzt im Bundestag verabschiedet wurde, entspricht den Forderungen und Erwartungen der werktätigen Bevölkerung nicht. Es ist kein Etat der sozialen Sicherheit und der Durchführung brennender notwendiger Reformen, sondern ein Plan, der im Widerspruch zu den neuen Möglichkeiten, die die Verträge von Moskau, Warschau und mit der DDR bieten, der Rüstung eindeutigen Vorrang gibt. Dem Wunsch der Rüstungskonzerne folgend werden 24,5 Milliarden DM offen für die Bundeswehr ausgewiesen. Das sind, ohne die vielen Hundertmillionen D-Mark, die an anderen Stellen des Haushaltsplanes oder im Eventualhaushalt für Rüstung versteckt sind, mehr als 2 Milliarden DM höhere Militärausgaben als im Jahr 1971.

Die Folgen dieser Verschleuderung von Steuermitteln sind im Haushaltsplan deutlich nachzulesen. So werden z.B. die schon im alten Plan unzureichenden Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 170 Milliarden, die Mittel für die Bildung sogar um 406 Millionen DM gekürzt. Bildungsmisere und Not von Millionen Mietern sollen ein Dauerzustand werden, damit die Gewinne der Rüstungskonzerne weiter wachsen können. Aber 22 Millionen DM Zuweisungen an revanchistische Organisationen bleiben. Und zugleich werden neue Massensteuern angekündigt, mit denen die werktätige Bevölkerung im kommenden Jahr zusätzlich belastet werden soll. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat mit diesem Haushaltsplan deutlich zu erkennen gegeben, daß sie auch in der kommenden Regierungsperiode die Interessen des arbeitenden Volkes den Macht- und Herrschaftsansprüchen des Groß- und Rüstungskapitals unterordnen will.“

Das größte Fest der Jugend und Studenten

Auch der MSB nimmt an den X. Weltfestspielen teil

Unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ werden sich in der Zeit vom 28. Juli bis 5. August Tausende Jugendliche aus über 100 Ländern treffen – unter ihnen eine Delegation des MSB SPARTAKUS. Im Mittelpunkt des Festivals werden die indochinesischen Völker, besonders aber das heldenhaft kämpfende Volk von Vietnam, stehen. Der Arbeitskreis Festival hat die auf der 2. IVK-Tagung erhaltenen Anregungen und Aufgaben für die Festivalbewegung der Bundesrepublik aufgegriffen. Sie müssen nun in praktisch-politische Aktionen umgesetzt werden. Alle Genossinnen und Genos-

sen, alle Studenten, die sich den Zielen des Festivals verbunden fühlen, sind aufgerufen, aktiv an der Vorbereitung des Festivals mitzuarbeiten. Auch hier muß sich beweisen, was in der Grundsatzerklärung formuliert ist: „Als die marxistische Studentenorganisation in der BRD stellt sich SPARTAKUS zugleich konsequent in die Reihen der Kämpfer gegen den Imperialismus in der ganzen Welt. Nur durch die internationale Solidarität der antiimperialistischen Kräfte ist dem nationalen Kampf gegen das kapitalistische System der Erfolg sicher.“

Es gab und gibt viele Meinungen über das Festival:

Josef Turpin, der ständige Vertreter der PAIGC, der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissao:

„Die X. Weltfestspiele unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ haben bei uns

Den Internationalen Festival-Aufruf haben nach den Erstunterzeichnern in der Bundesrepublik bisher noch unterschrieben: Pastor D. Martin Niemöller, Franz Josef Degenhardt, Dietrich Kittner, Prof. Dr. Renate Riemack, Hans Werner Henze, Dr. Peter Schütt und viele andere.

Dieser Aufruf sowie andere Informationen zum Festival sind beim AKF erhältlich: Arbeitskreis Festival, c/o vds, 53 Bonn, Georgstr. 25–27.

ein begeistertes Echo gefunden. Wir, die wir mit der Waffe in der Hand um unsere Freiheit kämpfen, sind auf die Solidarität besonders angewiesen, spüren sie tief und bewegend. Die Vorbereitung auf das Festival ist ein wichtiger Teil unseres Kampfes. Unser Beitrag zum Festival soll unser Dank an die Jugend der Welt für die erwiesene Solidarität sein und zum Ausdruck bringen: Wir kämpfen, weil wir den Frieden lieben.“

Der „Münchner Merkur“ vom 29. 12. 1972: „Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wollen im kommenden Jahr auch nicht-kommunistische Jugendorga-



Angela Davis wird zum Festival wieder nach Berlin kommen!

nisationen aus Westdeutschland an den kommunistisch inspirierten Jugendweltfestspielen teilnehmen. Um die Einladungskarte nach Ost-Berlin zu bekommen, haben sich diese Organisationen

jetzt erstmals offiziell mit jenen links-extremen Jugendverbänden in der Bundesrepublik an einen Tisch gesetzt.“ Rosa Alcayaga, Verfechterin der Unidad Popular Chiles, als Delegierte des chile-

nischen Festivalkomitees auf der 2. Tagung des Internationalen Vorbereitungskomitees:

„Wir möchten hier aus unserer Erfahrung in Chile sagen, daß die Einheit der Jugend in ihrem Kampf gegen Krieg und Faschismus, für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt eine der wichtigsten Voraussetzungen ist. Das Festival wird diese Einheit der Jugend stärken. Das gemeinsame Ziel „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ wird uns auf dem Festival vereinen, wie es auch schon bei den vorangegangenen Festivals war.“

„Die Welt“ vom 9. 1. 1973:

„Der Bundesvorstand der Jungen Union hat das SPD-Präsidium aufgefordert, zu der „peinlichen Volksfrontaktion“ von Jungsozialisten und Jungkommunisten zur Vorbereitung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ost-Berlin nicht zu schweigen.“

Die Reaktion bläht zum Angriff. Es hat sie ein Ereignis hochgeschreckt, daß sich, wie es der „Münchener Merkur“ ganz richtig bemerkt, „erstmal in der Geschichte der Bundesrepublik“ ereignet hat: nämlich das breiteste gemeinsame Bündnis der demokratischen Kräfte der Jugend der Bundesrepublik zum Festival. Unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit und auf der Grundlage der politischen Aussagen des Internationalen Festivalaufrufs haben sich diese Kräfte darauf geeinigt, gemeinsam die Vorbereitung des Festivals in der Bundesrepublik zu leisten.

Diese Übereinkunft ist ein erster Höhepunkt im Kampf der Festivalbewegung der Bundesrepublik: nämlich die Einheit der fortschrittlichen Jugend auch in unserem Land herzustellen.

EIN KURZER RÜCKBLICK

Seit Beginn der Festivalbewegung, seit dem 20. Juli 1947, als 17 000 Jugendliche aus 72 Ländern in Lidice gelobten, in ihrem Kampf gegen Krieg und Faschismus nicht nachzulassen, verbreiten junge Demokraten den Festival-Gedanken auch in der Bundesrepublik, treten sie für die Ziele der Weltfestspiele ein und nehmen aktiv an ihnen teil. Dafür sind sie verfolgt und in die Adenauer-Gefängnisse geworfen worden.

Erinnern wir uns nur an das aktive Engagement des jungen Arbeiters Phillip Müller für die Festivalbewegung, der bei einer Demonstration gegen die Wiederaufrüstung von der Polizei ermordet wurde. Oder an die junge Lehrerin Ilse Jakob aus Hamburg, deren Vater im KZ ermordet wurde und deren Mutter erst 1945 aus dem Frauen-KZ Ravensbrück befreit werden konnte. Sie sollte noch im vergangenen Jahr aus dem Schuldienst entlassen werden, weil sie unter anderem auch an den Weltfestspielen in Helsinki teilgenommen hatte. Aber antikommunistische Verblendung und Hetze waren lange Zeit auch bestimmende Elemente großer Jugend- und Studentenorganisationen, unter ihnen der VDS.

Das Auftreten von Teilen der DBJR-Delegation und die spalterische Rolle der offiziellen VDS-Delegation auf dem IX. Festival in Sofia ist noch nicht vergessen.

Auch Teile des SDS machten damals mit



Prag



Helsinki



Sofia

„linken“ Parolen mit bei der Antifestivalfront. An eins sollte hier noch erinnert werden: das Festival 1968 in Sofia führte

die schon lange anstehende Klärung innerhalb des SDS herbei. Damals wurden nach dem Festival fünf führende Genos-

sen aus dem SDS ausgeschlossen, weil sie die Antifestivalhaltung nicht billigten. Sie gehörten mit zum Kern derjenigen klassenbewußten SDS-Genossen, die dann später die Assoziation Marxistischer Studenten Spartakus gründeten. Auch heute noch gibt es Teile der Jugend, die sich zu Handlangern der herrschenden Kreise degradieren lassen und in den Antifestivalchor einfallen. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat sich ebenfalls noch nicht bereit erklärt, ihren Anti-Festival-Kurs endgültig zu revidieren. Aber je mehr demokratische Jugendorganisationen sich um die 1965 gegründeten „Arbeitskreis Festival“ (AKF) zusammenschlossen, desto lauter schrie etwa die Junge Union: „Kommunistischer Arbeitskreis!“

Auf eine gemeinsame Übereinkunft zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele einigten sich Mitte Dezember 72 der Arbeitskreis Festival (AKF) und die Koordinierungsgruppe X. Weltfestspiele (KG). Dem AKF gehören an: vds, SDAJ, SHB, MSB Spartakus, DFG/IDK, Landesjugendpresse NRW, DFU-Jugendarbeitskreis, VVN/Bund der Antifaschisten, SVS, SCI, AG Pläne, elan. — In der KG arbeiten mit: Juso, Jungdemokraten, DGB-Jugend, Solidaritätsjugend, Junge Europäische Föderalisten, Beamtenbund-Jugend, DAG-Jugend, Bund Deutscher Pfadfinder und Evangelische Jugend.

VORBEREITUNG GEMEINSAME

Total kopflos wurde die Reaktion, als jetzt die Kooperation der bisher getrennt arbeitenden Vorbereitungsgremien AKF und „Koordinierungsgruppe X. Weltfestspiele“ beschlossen wurde. „Dieser auf nationaler Ebene durch die Haltung des AKF ermöglichte Initiativ-ausschuß X. Weltfestspiele ermöglichte es, die auf örtlicher Ebene bestehenden gemeinsamen Aktionen der demokratischen Kräfte erheblich zu intensivieren, und die geschaffenen Ansätze eines gemeinsamen Vorgehens zu verstärken. Diese Übereinkunft muß offensiv und auf der Grundlage der Aussagen des Internationalen Festivalaufrufs mit Leben erfüllt, will sagen in praktisch politische Aktionen umgesetzt werden.“

Kernsätze der Übereinkunft:

„Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele vertritt die Auffassung, daß die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten ein wichtiges Ereignis im Streben der Jugend und Studenten der Welt nach einem Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, nach Solidarität, Frieden und Freundschaft ist. Das gemeinsame Gremium strebt in voller Autonomie der einzelnen Jugend- und Studentenorganisationen und unter Beachtung der verschiedenen politischen, religiösen und weltanschaulichen Grundlagen gemeinsame Handlungen für ge-

meinsam als richtig erachtete Ziele bei der Vorbereitung und Teilnahme am X. Festival an.“

UND DIE AUFGABEN DES MSB?

Der Festivalbeitrag des MSB SPARTAKUS ergibt sich auf drei Ebenen:

1. Er wird sich an den im Rahmen des Arbeitskreis Festival initiierten Aktionen beteiligen. Ein Plan dazu ist gerade in der Diskussion und wird demnächst verabschiedet.

Eine wichtige Kampfaufgabe ist in diesem Zusammenhang die Stärkung des Weltsolidaritätsfonds. Aus diesem Fonds werden die Reisekosten für Jugendliche aus den Länder bezahlt, die um ihre nationale Befreiung kämpfen, wie z.B. Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola, Mocambique, Guinea-Bissau, Namibia, Palästina u.a. Dazu hat der AKF eine Plakette herausgegeben. Der Reinerlös kommt dem Weltsolidaritätsfonds zugute. Außerdem hat der AKF ein Spendenkonto eingerichtet: Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn. Konto-Nr.: 10154559.

2. Der MSB SPARTAKUS wird eigene Aktionen im Rahmen der Festivalvorbereitungen durchführen. Dazu gehört



Festivalstadt Berlin

SPARTAKUS an den vielen Vietnamaktionen, wie die Sammlung der Unterschriften oder die Sammlung für das Kinderkrankenhaus in Hanoi im Rahmen der vom Weltbund der Demokratischen Jugend durchgeführten Kampagne „Die Jugend und die Studenten der Welt klagen den Imperialismus an“ oder die Beteiligung an dem Kongreß „Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mocambique“ sind Aktionen und Beiträge zur Vorbereitung des Festivals.

3. Eine wichtige Arbeit fällt den örtlichen Gruppen zu. Sie sollten sich an den örtlichen Initiativen beteiligen und die aktivsten Kräfte sein. Öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Artikel in den Gruppenzeitingen, Unterschriftenaktionen unter den internationalen Festivalaufruf mit den dazugehörigen politischen Diskussionen, verstärkte Fortführung der Aktion „1 Prozent vom BAföG“, gemeinsame Diskussionen und Auswertung der Ergebnisse der Jugendsicherheitskonferenz von Helsinki — all das sind Beiträge zur Vorbereitung der Weltfestspiele. Aber auch die Stärkung der eigenen Organisation, als der Organisation, die an den Hochschulen am konsequentesten für „Antimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ eintritt, ist eine wichtige Kampfaufgabe und Beitrag zum Festival. Wissenschaftliche Analysen über die Rolle des BRD-Imperialismus in den Ländern der 3. Welt, Dokumentationen zum Friedenskampf, Aktionen und Ausarbeitungen zur Lage der ausländischen Arbeiter in der BRD könnte als Beitrag zum Festival erarbeitet werden und mit nach Berlin genommen werden.

Auch künstlerische Arbeiten, wie Fotoserien über die eigene Situation, die Kämpfe der Studenten oder Bilder und Grafiken können erarbeitet werden. Das Rahmenprogramm (Für 1 DM beim AKF) und der Internationale Festival-Aufruf (siehe rote blätter 7) sollten hierfür Wegweiser sein.



**Für antimperialistische
Solidarität,**

Frieden und Freundschaft!

**Die Festival-Plakette ist da!
Stärkt durch Weiterverkauf den
Welt-Solidaritätsfonds. Die Plaketten sind zum Stückpreis von
1 DM beim AKF erhältlich!**

natürlich die große antimperialistische Solidaritätskundgebung anlässlich des 2. Bundeskongresses in Hamburg. Aber auch die Beteiligung des MSB

BRD kurz

DBJR: SDAJ-Aufnahme erneut abgelehnt

Auf der letzten Sitzung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) wurde ein Aufnahmeantrag der SDAJ abgelehnt, obwohl sie schon länger in der Jugendorganisation konstruktiv mitarbeitet. Die revanchistische Deutsche Jugend des Ostens dagegen bleibt weiterhin Mitglied. Zum Hauptberatungspunkt der DBJR-Vollversammlung, „Der junge Berufstätige im Betrieb“, legte die SDAJ einen schriftlichen Diskussionsbeitrag vor. Die Vertreterin des Landesjugendrings Bremen, dem die SDAJ seit über zwei Jahren angehört, begrüßte den Aufnahmeantrag der SDAJ und würdigte die konstruktive Mitarbeit.

Die Mehrheit des DBJR lehnte den Aufnahmeantrag ab. Angesichts der aktiven Engagements großer Teile der Jugend für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, gegen die reaktionären Kräfte um Strauß und Barzel im Wahlkampf und der gewachsenen anti-imperialistischen Solidaritätsbewegung, an dem die SDAJ gemeinsam mit anderen demokratischen Organisationen der Jugend wesentlichen Anteil hatte, ist die Entscheidung des DBJR befremdend und unverständlich.

In keinem Fall entspricht dieser Beschluß jener Entwicklung in der demokratischen Jugendbewegung, die zugleich mit ihrem Eintreten für Entspannung, Frieden und Völkerverständigung einen Beitrag zum Abbau des Antikommunismus in der BRD leistete. Den Mitgliederverbänden des DBJR, die dennoch für die



Warum soll er nicht im Bundesjugendring vertreten sein?

Aufnahme der SDAJ stimmten, danken wir. Die SDAJ wird im Interesse der Jugend die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Jugendverbänden verstärken und sich weiterhin um eine konstruktive Mitarbeit im DBJR bemühen.

bis zehn multinationale Bankgruppen reduziert werden. Zu den Aufgaben dieser Gruppierungen, in denen u.a. die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank Spitzenstellungen einnehmen, gehören die Koordinierung gemeinsamer Finanzoperationen sowie der Aufbau neuer gemeinsamer Unternehmen. Fernziel ist die Formierung multinationaler Bankmonopole nach dem Vorbild der großen multinationalen Industrie- und Handelskonzerne. Parallel zur Arbeit in den sieben „Bankclubs“, zu denen sich die westeuropäischen Monopolbanken bereits zusammengeschlossen, haben BRD-Kreditinstitute allein 1972 über 20 Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Partnern getroffen, die sich vorwiegend auf den EWG-Raum erstrecken. Die BRD-Großbanken versprechen sich aus der Verschmelzung der EWG-Kreditwirtschaft vor allem eine Integration der Rüstungswirtschaft der EWG-Staaten. Einen hohen Kapitalbedarf haben u.a. die BRD-Flugzeug- und Raketenindustrie sowie die BRD-Elektronikkonzerne angemeldet, die führend am Aufbau multinationaler EWG-Rüstungsmonopole beteiligt sind.

Nr. 2/1973 - horizont - 23

Info-Stand geräumt

Trotz nachhaltiger Proteste der Münsteraner Initiative Vietnam-Solidarität hat das Ordnungsamt der Stadt am Mittwochmittag unter Aufsicht der Schutzpolizei einen Informationsstand räumen lassen, der die Bevölkerung über die amerikanischen Verbrechen in Indochina aufklären und zu materieller Solidarität veranlassen sollte.

Die Initiative Vietnam-Solidarität, in der über 30 Organisationen vereinigt sind, hatte die Bevölkerung aufgerufen, auch einen Brief an Friedensnobelpreisträger und Bundeskanzler Willy Brandt zu unterschreiben, in dem der Bonner Regierungschef aufgefordert wird, sich für eine Friedensregelung in Vietnam einzusetzen.

Pfarrer niedergeschlagen

Mit schweren Kreislaufstörungen liegt der evangelische Geistliche Pfarrer Gerhard Melzer im Krankenhaus der Ruhrstadt Dinslaken.

Pfarrer Gerhard Melzer, langjähriger Sprecher des gegen die atomare Aufrüstung der BRD gerichteten Ostermarsches West, war vor Weihnachten nach einer Predigt tödlich angegriffen und durch einen Fausthieb ins Gesicht verletzt worden.

Der Pfarrer hatte nachdrücklich den barbarischen Mordterror der USA in Vietnam verurteilt und sich für ein entschlossenes Eintreten für Frieden und Verständigung eingesetzt.

„aktiv tragen“

NUN VERSUCHEN SIE ES MIT GELD: Der Verband der Metallindustrie in Baden-Württemberg hat anlässlich seines 25jährigen Bestehens die Umbildung und Aufstockung der „Dr.-Carl-Schäfer-Stiftung“ beschlossen. Der Kapitalistenverband dotierte das Stiftungskapital neu mit 300 000 DM. Seiner Mitteilung vom 16. Dezember zufolge soll das Geld in erster Linie der Förderung von Studenten dienen, die sich in der Hochschulpolitik „für die freiheitlich-soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aktiv ein-

setzen“. Grund des Großmuts: Das Kapital findet vor allem unter Studenten immer weniger Leute an den Hochschulen, die sein System „aktiv“ zu tragen bereit sind. (ED)

BRD-Imperialismus

Unter maßgeblicher Beteiligung der BRD-Monopolbanken wird gegenwärtig eine enge Verflechtung der Kreditwirtschaft der neun EWG-Länder vorbereitet. Vorliegenden Konzeptionen zufolge soll das westeuropäische Bankensystem auf acht

Brief des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SDAJ, Wolfgang Gehrcke, an den Vorsitzenden der Jungsozialisten, Wolfgang Roth

Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Lieber Genosse Roth,
der Bundesvorstand der SDAJ hat auf seiner letzten Tagung am 9./10. 12. 1972 einem Referat zugestimmt, in dem der Bundesvorsitzende Rolf Priemer die „Aufgaben der SDAJ nach den Bundestagswahlen 1972“ dargelegt hatte. Der Bundesvorstand begrüßte die Forderung der Jungsozialisten an die neue Bundesregierung. In dem Referat von Rolf Priemer heißt es u.a.:

„Das Wahlergebnis und der Verlauf des Wahlkampfes haben neue, bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit von SDAJ'lern mit Jungsozialisten, Falken und mit vielen Gewerkschaftern und anderen jungen Demokraten erbracht.

Gemeinsam kämpften wir unter der Losung: „Gegen Strauß und Barzel“ und gemeinsam sind uns viele Forderungen, die im Interesse der Jugend erhoben werden. Kein Verständnis haben wir jedoch für das Bemühen mancher Juso-Funktionäre, die jungen Arbeiter der systemstabilisierenden Politik der SPD-Führung unterordnen zu wollen, wie es im Interview des „Stern“ mit Wolfgang Roth deut-



Wolfgang Roth

lich wurde, das am 11. November 1972 veröffentlicht wurde. Wenn Genosse Roth zum Ziel der Jungsozialisten erklärt, „die Jugendorganisation der DKP“ – damit sol-

len offenbar wir gemeint sein – zu schwächen, dann möchten wir ihm mit einem Wort aus jenem Dokument antworten, das am Beginn der kommunistischen und Arbeiterbewegung stand und das jeder junge Sozialist kennen mußte.

Im „Kommunistischen Manifest“, jener Schrift, deren 125. Erscheinungstag wir im nächsten Jahr begehen, heißt es: „Sie (die Kommunisten) haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.“ Wer also seinen Kampf gegen einen Teil der Arbeiterbewegung richtet, anstatt die Bewegung, die Klasse stark zu machen und den Klassenfeind zu schwächen, der wird nicht dem Interesse der Arbeiterklasse gerecht. Das sind die Lehren des „Kommunistischen Manifestes“, der Geschichte der Arbeiterbewegung. Das wollen wir den Genossen Roth wissen lassen, und wir werden ihm deshalb rechtzeitig ein Exemplar des „Kommunistischen Manifestes“ übersenden.“

Wir möchten hiermit dem Auftrag des Bundesvorstandes nachkommen und Dir ein Exemplar des „Kommunistischen Manifestes“ überreichen. Damit verbinden möchten wir den Wunsch, daß es zu vielen Diskussionen zwischen Jusos und SDAJ'lern über dieses und andere Dokumente der Arbeiterbewegung komme und sich die Zusammenarbeit gut weiterentwickeln möge.“

Dortmund, den 14. Dezember 1972

Kontakte FDJ – SDAJ

Auf Einladung des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend der DDR weilte eine Delegation des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der SDAJ unter Leitung des Bundesvorsitzenden Rolf Priemer in der Zeit vom 17. 12. bis 19. 12. 1972 in Berlin, Hauptstadt der DDR.

Im Verlauf des Aufenthaltes informierte sich die Delegation über den Stand der Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der DDR.

Beide Organisationen stellten fest, daß sich ihre freundschaftlichen Beziehungen gefestigt haben und weiter ausgebaut werden.

Auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und des proletarischen Internationalismus wurde eine schriftliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der beiden Organisationen vom 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Günther Jahn, und dem Bundesvorsitzenden der SDAJ, Rolf Priemer, unterzeichnet.

Im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus, für Frieden, europäischen Sicherheit, Demokratie und Sozialismus, in Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten wurde u. a. vereinbart:

■ Intensivierung der Zusammenarbeit, Erfahrungs- und Informationsaustausch zu aktuellen internationalen Fragen.

■ Der 125. Jahrestag des Erscheinens des Kommunistischen Manifest wird zum Anlaß genommen, die Ideen von Marx, Engels und Lenin intensiver unter der Jugend zu verbreiten.

■ Die FDJ lädt Delegationen der SDAJ zum Kennenlernen des Festivallandes und zum Studium der sozialistischen Erregenschaften der DDR ein.

250 Jugendvertreter gefeuert

Eine Initiative „Jugendvertreter-Rauschmiß“ hat sich jetzt im Ruhrgebiet gebildet, nachdem die beiden Jugendvertreter Klaus Siemens und Hans-Josef Kowalski bei Küppersbusch in Gelsenkirchen jetzt mit der Entlassung bedroht sind: Die beiden wurden zwar mit großer Mehrheit für die nächsten Jahre gewählt, jedoch soll ihnen nun nach Auslaufen des Lehrvertrags die Weiterbeschäftigung verwehrt werden. Etwa 250 Jugendvertreter in der Bundesrepublik erlebten bisher schon das gleiche, da das

neue Betriebsverfassungsgesetz keinen Kündigungsschutz bei Auslaufen von Lehrverträgen für Jugendvertreter vorsieht. So sind es gerade die aktivsten jungen Gewerkschafter, die plötzlich ohne Arbeitsplatz sind. Etwa 50 Betriebsräte und Vertrauensleute aus Gelsenkirchener Betrieben haben sich mit Klaus Siemens und Hans-Josef Kowalski solidarisch erklärt.

NRW: Mehr Uni-Spitzel

Mit der Umschreibung, daß jetzt „besonders qualifizierte Beamte“ eingesetzt werden sollen, bemäntelte Nordrhein-Westfalens Innenminister Weyer (F.D.P.) den Umstand, daß die Einschleusung von Spitzeln in die Studentenschaft des Landes verstärkt werden soll. In NRW studieren 6000 ausländische Studenten, die „zunehmend zu Anhängern sozialrevolutionärer Ideen“ würden, führte Weyer aus. Neben Palästinensern sollen künftig vor allem griechische und spanische Gruppen verstärkt überwacht werden. Weyer hat vor dem Landtag als erste Maßnahme dazu die Verstärkung des Landesamtes für Verfassungsschutz um 25 Personen mit einem „Anwachsen politisch motivierter Ausländerkriminalität“ begründet.



DER VERKORKSTE GEIST DES HAUSES SIEMENS oder seriöser: „Unsere Siemens-Welt“ von F. C. Delius — ein im Westberliner Wagenbach-Verlag erscheinendes Quartett — darf vorerst weitererscheinen. Die 17. Kammer des Stuttgarter Landgerichts hat am 7. Dezember die vom Siemens-Konzern und von seinem Aufsichtsrats-Mitglied Abs persönlich beantragte Einstweilige Verfügung gegen die Delius-Persiflage im wesentlichen verworfen. Lediglich zwei Bemerkungen über den Ehrenmann des deutschen Imperialismus, Abs, dürfen nicht weiterverbreitet werden: daß Abs auf

einer amerikanischen Liste Hitler-deutscher Kriegsverbrecher gestanden habe und Spiritus rector der Arierisierung jüdischen Vermögens durch die Deutsche Bank gewesen sei. Alle anderen, insbesondere die von Siemens beanstandeten Stellen, seien nicht justitiabel, entschied das Gericht und verdonnerte die Konzernseite dazu, nicht nur die eigenen Anwaltskosten selbst zu tragen, sondern auch noch die Hälfte von Wagenbachs Anwaltskosten. Auch Abs muß zu je einem Viertel die Gerichtskosten sowie seine und Wagenbachs Anwaltskosten bezahlen; Wagenbach allerdings auch drei Viertel der Abs-Anwalts-Kosten. Aber die sich beleidigt fühlenden Konzernherren stecken noch nicht auf: Sie reichten sofort ihre Klage für ein Hauptverfahren ein, das nunmehr am 25. Januar 1973 stattfinden wird. Komisches am Rande: Als sich ein Siemens-Anwalt bitter beklagte, die Delius-Schrift sei eine „antikapitalistische Hetzschrift“, beschied der vorsitzende Richter in Schwäbisch, antikapitalistische Hetzschriften seien „nit verbote“.



STEUERHINTERZIEHUNGEN in einer Höhe von 339,26 Millionen DM haben Betriebsprüfungen der Finanzämter in Industriegebieten Baden-Württembergs jetzt ergeben. Die meisten Beanstandungen habe es bei überprüften Großbetrieben gegeben. Es seien 176 Straf- und 281 Bußgeldverfahren eingeleitet worden. Allerdings: die Betriebsprüfungen erfaßten bislang nur 12 388 der insgesamt 314 422 Gewerbeunternehmungen in diesem Bundesland. Statistisch haben rund 90 Prozent aller privaten Betriebe die Chance, innerhalb von einhundert Jahren nie überprüft zu werden, was in etwa

auf die Dunkelziffer hinterzogener Steuern schließen läßt. Und: Unter hinterzogenen Steuern werden nicht die „legal“ hinterzogenen verstanden — direkte und indirekte Subventionen aller Art in jährlichen Milliardenbeträgen. (ED)

Weiter Geld für Revanchisten

Trotz „neuer Ostpolitik“ werden revanchistische Organisationen, die auf die Veränderung der bestehenden Grenzen in Europa hinarbeiten, weiter aus Bundes-, Landes- und Kommunal-Mitteln finanziert. Mehr als 20 Millionen DM erhielten diese Organisationen im vergangenen Jahr, und in den Haushaltsplänen für 1973 sind wieder ähnliche Summen vorgesehen. Mit großem Eifer bereiten die Landsmannschaften revanchistische Massenveranstaltungen für den Sommer 1973 vor. Allein an den Pfingsttagen sind in Köln, Essen und München



drei Großkundgebungen geplant. Unter dem Leitwort „Schlesien — Deutschlands Osten“ bereitet die Landsmannschaft Schlesien ihr Bundestreffen in den Gruga-Hallen in Essen vor. Die Landsmannschaft Ostpreußen wirbt schon heute für ihre Massenveranstaltung, die im Kölner Messegelände stattfinden soll. Dort will sie „den unaufgebbaren Anspruch auf Ostpreußen“ demonstrieren.

Soldatisch

TRADITIONSPFLEGE, auch die der faschistischen Wehrmacht, sei ein „Teil der soldatischen Erziehung“, erklärte Kapitänleutnant Wolter von der 2. Seemannschaftslehrgruppe in Borkum und weigerte sich mit dieser Begründung, Bilder mit faschistischen Emblemen aus den Lehrgangsräumen zu entfernen, was ein Soldat gefordert hatte.

Anzeige

Illustrierte Studentenzeitung
Redaktion und Verlag **355 Marburg an der Lahn, Erlenring 5**
Hsg. vom ASTA d. Philipps-Universität

- Folgende Nummern sind u. a. noch zu haben:
- Nr. 132 Guatemala
 - Nr. 133 Lenin und die Arbeiterbewegung
 - Nr. 134 Das gesellschaftliche System der DDR
 - Nr. 135 Aspekte des deutschen Neokolonialismus
 - Nr. 136/7 Der Kampf geht weiter
 - Nr. 138 Bildung und Ausbildung
 - Nr. 139 Marx an die Uni
 - Nr. 140/1 Von der Utopie zum Klassenkampf
 - Nr. 142 SPD
 - Nr. 143 Gegen studentische Isolierung — für gewerkschaftliche Orientierung
 - Nr. 144 Frauenemanzipation im politischen Kampf
 - Nr. 145 Studenten gegen Sozialistengesetz
 - Nr. 146 Der programmierte Lehrer
 - Nr. 147 Aasgeier über der Demokratie
 - Nr. 148 Wolfgang Abendroth emeritiert
 - Nr. 149 Die Wahl der Qual
 - Nr. 150 Vietnam — ... und erkämpfen entschlossen den Frieden

Der Preis pro Einzelheft beträgt 1,00 DM. Ab 10 Heften einer Nummer gibt es 20 % Rabatt, ab 30 Heften einer Nummer 40 % Rabatt.

Jahresabonnement 7,00 DM, Studenten und Schüler 5,00 DM.



Hans und Sophie Scholl, Christoph Probst

Vor 30 Jahren wurden die Geschwister Scholl ermordet

„Glaubt nicht dem Bolschewistenschreck“

Am 22. Februar jährt sich der Tag, an dem vor 30 Jahren die Geschwister Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst vom faschistischen Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und kurz darauf hingerichtet wurden. An der Münchener Universität waren noch andere Widerstandskämpfer tätig, so schon vor 1933 die Rote Studentengruppe, deren Vorsitzender Heinz Eschen im KZ ermordet wurde. Doch ein solcher Name stört das herrschende Geschichtsbild, während man die Geschwister Scholl unter Verzerrung der Tatsachen

als christlich-abendländische Streiter wider das Böse ohne Reue feiern kann. Und so dürfte die habilitierte Crème der Reaktion mit schöner Regelmäßigkeit einen ihrer peinlichen Festakte zur Bewältigung der „traurigen Vergangenheit der Nazi-Jahre“ zelebrieren. „Traurige Vergangenheit“ – so pflegt der Münchener Uni-Rektor Lobkowitz sich auszudrücken, der auf der anderen Seite auch schon Forderungen des NHB unterstützte.

I.

Im Juni und Juli 1942 gaben die Medizinstudenten Hans Scholl und Alexander Schmorell kurz nacheinander die vier Flugblätter der Weißen Rose heraus. Nach persönlichen Erfahrungen mit der Gestapo war der anfänglich überzeugte Nazi Hans Scholl unter dem Einfluß des Philosophieprofessors Kurt Huber und der katholischen Schriftsteller Theodor Hecker und Carl Muth zum Gegner des Faschismus geworden.

Die von einer eher philosophisch-idealistischen Grundhaltung getragenen Formulierungen der 4 Flugblätter der Weißen Rose enthalten noch metaphysische und irrationale Gedankengänge, so richten sich die Angriffe hauptsächlich auf die Person Hit-

lers: „Wir müssen das Böse dort angreifen, wo es am mächtigsten ist, und es ist am mächtigsten in der Macht Hitlers.“ Noch im Juli 1942 werden Hans Scholl, Alexander Schmorell und Willi Graf einberufen. Durch die Erlebnisse und Begegnungen hinter der Stalingrader Front ändern sie ihre Haltung. Hans Scholl schreibt in einem Brief vom 8. November 42: „Hier erst habe ich endlich gelernt, mich selbst nicht mehr so unendlich wichtig zu nehmen, sondern die ziellose Reflektion umzustülpen und den Sinn nach außen, den Dingen zuzuwenden.“ Professor Huber berichtet: „Während Scholl im Feld war, erhielt ich von ihm einen Brief, in dem er mir mitteilte, daß er von den Russen ein ganz anderes Bild bekommen habe. Vorher war Scholl ein kolossaler Gegner des Bolschewismus. Dem Brief nach muß ich aber schließen, daß er seine Ansichten völlig geändert hat.“

Im November 42 kehren Scholl, Graf und Schmorell nach München zurück und versuchen, über ihre bisherigen Kreise hinaus Kontakt zu anderen Widerstandsgruppen aufzunehmen, so etwa zu Dr. Falk Harnack, dem Bruder von Dr. Arvid Harnack, Leiter der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe, bei uns bekannter unter dem reißerischen Agentennamen „Rote Kapelle“.

Die Ende Januar 1943 (kurz vor der Verhaftung) herausgegebenen Flugblätter zeugen von der Weiterentwicklung in der Gruppe: „Glaubt nicht der nationalsozialistischen Propaganda, die euch den Bolschewistenschreck in die Glieder gejagt hat!“ An anderer Stelle heißt es: „Was lehrt der Ausgang dieses Krieges, der nie ein nationaler war? Der imperialistische Machtgedanke muß, von welcher Seite er auch kommen möge, für alle Zeit unschädlich gemacht werden. Ein einseitiger preu-



Bisher Militarismus darf nie wieder zur Macht gelangen." Die Verfasser hatten keinesfalls ein ausgeprägtes Gesellschaftsbild des Sozialismus, dennoch schreiben sie, die Arbeiterschaft müsse „durch einen vernünftigen Sozialismus aus ihrem Zustand niedrigster Sklaverei befreit werden. Jedes Volk, jeder einzelne hat ein Recht auf die Güter der Welt!“ Dieses Flugblatt („Aufruf an alle Deutsche“) paßt nicht mehr ins sorgfältig retuschierte, auf die Rechtfertigungslügen offiziöser BRD-Historie zu rechtgestutzte Bild der humanistischen Schwarmgeister, und so werden diese Sätze gewöhnlich unterschlagen, bestenfalls als „Ausrutscher“ hingestellt.

II.

Immer, wenn ein Jubiläum naht, beruft sich die Universität auf „ihre“ antifaschistische Tradition und feiert die „Weiße Rose“. Wie wenig Anlaß die herrschende Ordinarienclique hat, den Widerstand der Geschwister Scholl für sich in Anspruch zu nehmen, sollen einige Beispiele zeigen. Für den harten Kern der reaktionären Ordinarien an der Münchener Uni – deutsch-national in der Weimarer Republik, im Faschismus aktive Nazis oder Mitläufer – bedeutete die Entnazifizierung allenfalls eine unverdiente Ruhepause: etwa ab 1951 erhielten sie ihre alten Stellen wieder. Die folgenden Namen können nur Beispiele sein für die Restauration der antidemokratischen Tradition deutscher Professoren.

So kehrte 1952 der Luftfahrtmediziner Prof. Dr. Georg Weltz († 1963) an die Uni zurück, der an medizinischen Experimenten mit Dachauer KZ-Häftlingen beteiligt war. Prof. Dr. Walter Wüst, als ordentl. Prof. für „arische Kultur- und Sprachwissenschaft“ Rektor von 1941–45, lehrte wieder ab 1951 (Ruhestand 1961). Für Götz Frhr. von Pölnitz, jetzt ordentl. Prof. an der Uni Erlangen, vormals Gründungsrektor der Uni Regensburg, war 1942 die Uni München eine „in der Weltanschauung gefestigte, ... wahrhaft bewährte Kraft, ... aufrecht, streitbar und treu wie vor Jahrhunderten im Kampfe für Führer, Volk und Reich, um ein neues und besseres Europa“. Die Liste läßt sich beliebig verlängern, z. B. um Namen einst aktiver Nazis, die heute in der Senatskommission der Uni München für Probleme der Ostforschung arbeiten (Prof. Dr. Hermann Gross, Prof. Dr. Reinhart Maurach). Und über die einstigen Faschisten hinaus überwiegen auch unter den Professoren, die weder den Wunsch noch die Gelegenheit hatten, Nazis zu sein, jene, deren „Demokratie“-bewußtsein als wichtigstes Kriterium Antikommunismus aufweist.

III.

So fand man zum Gedenken an die Geschwister Scholl an ihrem 25. Todestag im Februar 68 keinen besseren Festredner als den Geschichtsordinarius Prof. Bußmann, der ein Mitarbeiter der ultra-rechten

sogenannten „Deutschland-Stiftung“ ist. Die berechnete Entrüstung der Münchener Studenten fand ihren Ausdruck darin, daß während der Feier im Lichthof Flugblätter von der Galerie geworfen wurden, deren Verfasser gegen diese Art der „Ehrung“ protestierten und für die Umbenennung der Ludwig-Maximilians-Universität in Geschwister-Scholl-Universität eintraten. Auch spätere Spartakus-Mitglieder beteiligten sich an der Aktion. Obwohl der Vater der Geschwister Scholl (auch telefonisch gegenüber dem MSB Spartakus) versicherte, daß die Empörung der Studenten damals „sich keineswegs gegen mich richtete“, verbreitet die Universitätsspitze bis auf den heutigen Tag das Märchen, Linksextremisten hätten gegen Robert Scholl demonstriert.

„Es steht dem Spartakus schlecht an, die Geschwister Scholl zu seinen Heroen zu machen. Das letzte Mal, als Robert Scholl ... in der Universität sprach, wurde er von Linksextremisten, die heute Mitglieder des ‚Spartakus‘ sind, auf gemeinste Weise ausgepöffelt, ja ausgebrüllt.“

Diese wütende Attacke stammt aus der Feder des Uni-Rektors Nikolaus Fürst Lobkowitz, Anlaß war ein Flugblatt des MSB Spartakus zur 500-Jahr-Feier der Uni München, in dem u. a. darauf hingewiesen worden war, daß die Uni-Verwaltung die Einladung Robert Scholls zu den offiziellen Festlichkeiten erstmals unterlassen hatte, in dem – im Gegensatz zum offiziellen Festprogramm – die Tradition der revolutionären Studenten von 1848, der Geschwister Scholl und der Roten Studentengruppe betont wurde. Und das muß den böhmischen Hochadel in der Universitäts-

leitung im Nerv getroffen haben, sonst hätte er sich kaum zu Lügen hinreißen lassen, gegen die der MSB Spartakus eine einstweilige Verfügung erwirken konnte.

IV.

Auch sonst ist Rektor Lobkowicz nicht zimperlich:

— Bei der Vorbereitung der 500-Jahr-Feier der Universität wurde der AStA als Organ studentischer Interessenvertretung geflissentlich übergangen. Stattdessen zog die Uni-Verwaltung den RCDS, Vorkämpfer

Am 30. Januar jährt sich zum 40. Male der Tag, an dem das deutsche Monopol- und Rüstungskapital die politische Macht im Reich den Faschisten übertrug. Aus diesem Anlaß wird am 27. und 28. Januar in Hanau eine Konferenz gegen Faschismus und Milita-

rismus stattfinden. Zur Begründung erklärte der Kreis der Aufrufenden, dem u. a. Wolfgang Abendroth, Willy Bleicher, Gunnar Matthiessen, Reinhard Kühnl, Renate Riemeck, Josef Schleiße und Pfarrer Horst Stuckmann angehören:

„Der Ausgang der Bundestagswahl zum 7. Deutschen Bundestag war eine klare Absage der Mehrheit unserer Bevölkerung an die Politik des Revanchismus und des Kalten Krieges.

Ungeachtet dieser erfreulichen Entwicklung hat aber die Bundestagswahl bewiesen, daß die CDU/CSU alles, was neonazistisch, revanchistisch in unserem Land ist, integriert hat.

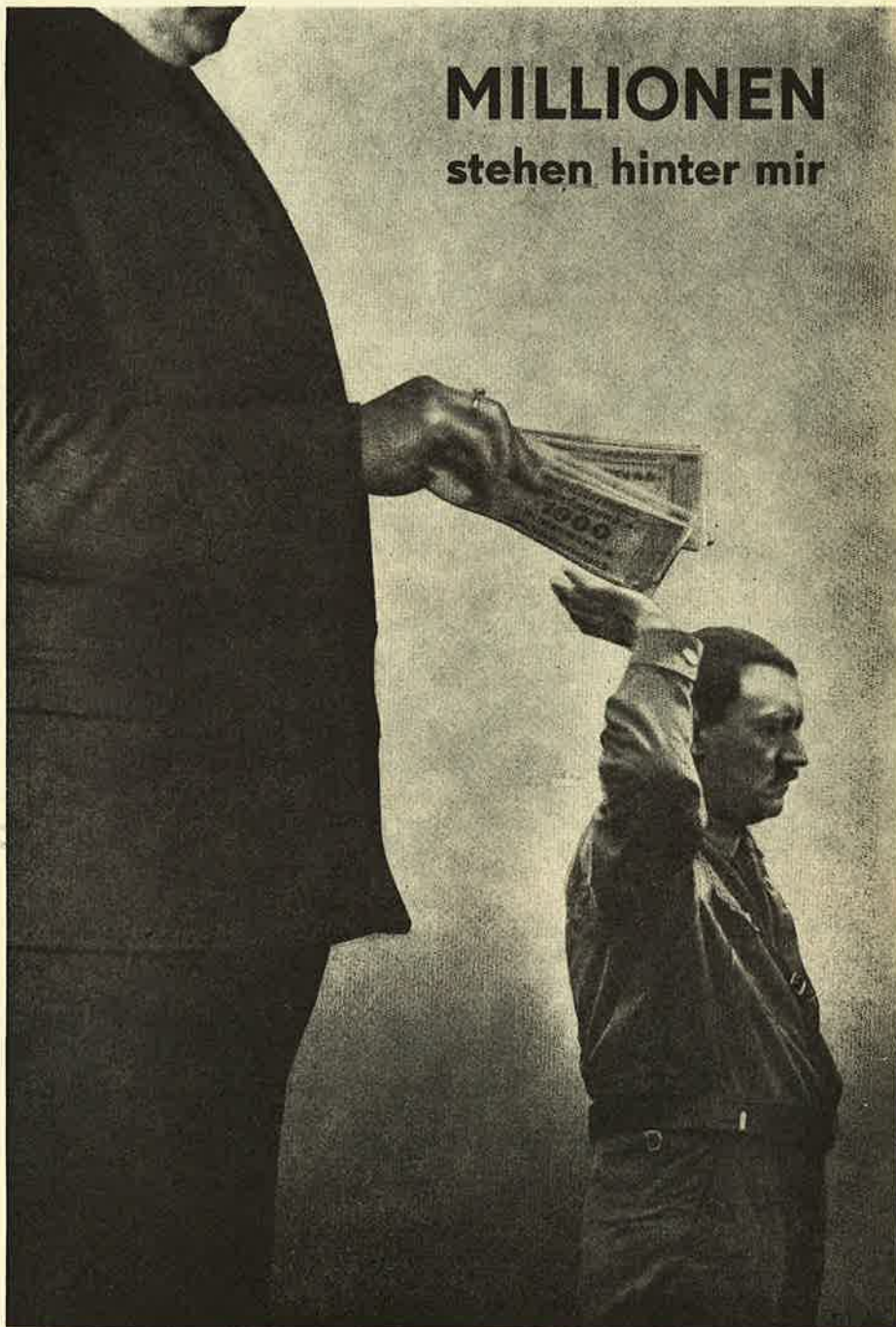
Die Führung des Wahlkampfes durch die CDU/CSU wies in ihren Aussagen und in ihrer Methode starke Ähnlichkeit mit den Aussagen der NPD und den Methoden der Nazis auf. Auch ihre Finanzierung durch Großindustrie und Banken weckt Erinnerungen an die dreißiger Jahre. Dabei ist zu beachten, daß ausgerechnet in Bayern und Hessen, wo die größten Scharfmacher der CSU und CDU

40. Jahrestag der „Machtergreifung“ Tagung in Hanau

den politischen Kurs bestimmen, ein Stimmengewinn für diese Parteien zu verzeichnen ist. Die Gefahr des Neofaschismus ist in der Bundesrepublik noch keineswegs gebannt.

Es ist nicht zufällig, wenn am 16./17. September 72 in München/Planegg sich über 1000 junge Faschisten aus der Bundesrepublik und fast allen Ländern Westeuropas ungestört versammeln konnten, um über die Organisation gemeinschaftlicher faschistischer Aktionen in Europa zu beraten. Die Initiatoren für diese Konferenz und auch die Finanziere sitzen in der Bundesrepublik und sind bekannt.

Der 40. Jahrestag des Machtantritts des Faschismus in Deutschland am 30. Januar 1933 ruft allen demokratisch gesinnten Menschen in Erinnerung, daß Faschismus und Krieg nicht über Nacht kommen und daß man beide in ihren Anfängen erkennen und bekämpfen muß. Faschismus und Krieg sind vermeidbar. Voraussetzung für ihre Verhinderung ist, daß alle Demokraten und ihre Organisationen, alle die dem Humanismus und dem Frieden verpflichtet sind, sich über geeignete Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung und zur Immunisierung der Bevölkerung gegen faschistische Einflüsse einigen und gemeinsame oder parallele Aktivitäten entwickeln.“



DER SINN DES HITLERGRUSSES

für die Liquidation der verfaßten Studentenschaften, zur Vorbereitung der Festivitäten und einer Geschwister-Scholl-Veranstaltung (!) heran.

— Als vor einem Jahr die „Aktion Widerstand“ einige Mauern gegenüber der Universität mit meterhohen Zeichen verschmierte und als Robert Scholl Rektor Lobkowicz aufforderte, diese Zeichen am Geschwister-Scholl-Platz entfernen zu lassen, reagierte dieser nicht. Der MSB Spartakus allerdings griff mit anderen Studenten zum Pinsel und entfernte die faschistischen Runen, ungeachtet der Polizei, die des Rektors Verwaltung alarmiert hatte.

— Mittels einer Hausordnung versuchte Lobkowicz, die Informationsmöglichkeiten studentischer Interessenvertretungsorgane zu unterbinden — und machte sich gleichzeitig zum Anwalt des NHB, als diesem vom Uni-AStA Räume für Veranstaltungen verweigert worden waren: „Ich darf Sie ... um Erklärung bitten, warum sie für eine Veranstaltung einer NPD-nahen Organisation die Unterschrift verweigern, während Sie sie fast täglich DKP-nahen Organisationen (Spartakus) gewähren.“

Und angesichts solcher Beispiele ist es nicht verwunderlich, wenn Rektor Lobkowicz seinem Demokratieverständnis gegenüber dem MSB Spartakus folgendermaßen Ausdruck verleiht:

„Eine kommunistische Organisation war noch nie eine ‚demokratische Bewegung‘. Einer Organisation, die sich mit der KP auf Stalin beruft, der nicht weniger Menschen als Hitler ermordet hat, steht eine Faschismuskritik arg schlecht an. Oder sind Mörder von links mit anderen Maßstäben zu messen als Mörder von rechts?“

Das ist eine Logik, die die Ermordung von 20 Millionen Sowjetbürgern durch die Hitler-Armee mit der Befreiung Deutschlands vom Faschismus gleichsetzt, an der die Sowjetunion die Hauptlast trug.

Eine Logik, die in der offiziellen Chronik zur 500-Jahr-Feier die Vorgänge von 1933 als „Disziplinarmaßnahmen gegen Linksstehende“ beschreibt.

Neuer Lehrstuhl an den deutschen Universitäten



Ein Professor Witlawopsky von der Universität Heidelberg hat festgestellt, daß das menschliche Hühnerauge, allerdings nur das germanische, befähigt ist, in die Zukunft zu schauen. Hitler hat sogleich nach Bekanntwerden der Entdeckung des genialen Forschers die Überführung von 1300 Hühneraugen-Operateuren ins Konzentrationslager angeordnet.

Originalaufnahme aus dem teutonischen Busch von J. H.

V.

Was hieß denn das in Wirklichkeit? „Linksstehende“ — das waren die der KPD nahestehende Rote Studentengruppe und der Marxistische Studienkreis, die einzigen Gruppen, die schon vor der Macht-ergreifung den Faschisten an der Universität Widerstand leisteten.

So verteidigte — um nur ein Beispiel zu nennen — die Rote Studentengruppe die Vorlesung des jüdischen Professors Nawiasky, der wegen seiner demokratischen Gesinnung von den Nazis bedroht wurde (er hatte es gewagt, den Versailler Vertrag mit dem Diktat von Brest-Litowsk zu vergleichen). Auch der Rektor stellte sich gegen Nawiasky und verbot — bereits 1931! — einen Tag nach den Krawallen des NSDStB gegen Nawiasky die Rote Stu-

dentengruppe. Bereits 1932 wurden drei Mitglieder der Roten Studentengruppe (Johann van Dyck, Franz Feuchtwanger, Heinrich Degenhardt) wegen Flugblatt-verteilens zu Freiheitsstrafen zwischen 6 und 15 Monaten verurteilt.

Was die offizielle Chronik „Disziplinarmaßnahmen“ nennt, war in Wirklichkeit die Überstellung ins KZ Dachau. Hier wurde 1938 — neben anderen Mitgliedern — der

Vorsitzende der Roten Studentengruppe, Heinz Eschen, ermordet, nachdem er lange Zeit bestialisch gefoltert worden war — z. B. durch Hitze, Hunger, Aufhängen am Bock mit den Händen nach hinten. Wohl-gemerkt: das sind „Disziplinarmaßnahmen“.

Die Universität München hat eine starke antifaschistische Tradition.

Der MSB Spartakus bekennt sich zu ihr.

HOCHSCHULE

Der MSB Spartakus vor seinem 2. Bundeskongreß

Der Studentenbewegung eine Perspektive

Oh, wie sie keiften, die journalistischen und politischen Sachwalter des Großkapitals, als sich im Mai 1971 der MSB SPARTAKUS als Bundesverband konstituierte! Ob „Krebsschaden, der sich in die deutschen Universitäten hineinfrißt“ (Dohnanyi) oder – vergleichsweise harmlos – „Ostblock-Agenten“ (Deutsche Nationalzeitung), ob „Spaltpilz“ (Publik), „Revolutionäre auf Samtpfoten“ (Zeit) oder „doktrinäre Hundertschaft“ (Welt) – die Studenten haben sich von solcher Hetze nicht irre machen lassen. Immer mehr geben MSB-Vertretern in den Organen der verfaßten Studentenschaft ihre Stimme, immer mehr stärken ihn durch Mitgliedschaft. Woher der Erfolg? Der MSB „setzt in seiner hochschulpolitischen Arbeit an konkreten Interessen der Studentenschaft an“ (report, ARD. Es gibt eben doch noch bürgerliche Journalisten, die etwas durchblicken). Aber der MSB knüpft nicht nur an studentischen Interessen an. Er zeigt ihre weitgehende Parallelität zu den Interessen der Arbeiterklasse auf – und zieht entsprechende Konsequenzen für seinen Kampf daraus. Wie, soll, soweit es in diesem Rahmen möglich ist, hier facetten-



artig dargestellt werden: knapp zwei Jahre Politik eines marxistischen Studentenbunds; der Spartakus vor seinem 2. Bundeskongreß.

GEWERKSCHAFTLICHE ORIENTIERUNG

Auf der Marburger vds-MV verliehen SPARTAKUS und SHB mit der Politik der Gewerkschaftlichen Orientierung der höheren Entwicklungsstufe der Studentenbewegung Ausdruck und boten ihr eine Kampfperspektive¹. Damals hatten sie sich mit den Überresten antiautoritären und antiinstitutionellen Bewußtseins auseinanderzusetzen, die nach dem Scheitern der Konzeption eines vds als „sozialistischen Kampfverband“² diesen

nun zu liquidieren begannen. Sicher mußten bei der damaligen Begründung der Politik der Gewerkschaftlichen Orientierung noch Fragen offen, ihre Klärung der weiteren theoretischen Diskussion und politischen Praxis vorbehalten bleiben, so „(sind uns) viele Probleme des Hochschulkampfes... erst im Verlauf der Kämpfe bewußt geworden“.³ Bei der Bestimmung einer marxistischen Bündnispolitik an der Hochschule wurde erstmals von der sozialen Existenz der studentischen Intelligenz und deren perspektivischer Klassenlage ausgegangen. Die von SPARTAKUS und SHB gemeinsam getragene politische Konzeption orientierte die Massen auf die Durchsetzung ihrer sozialen und politischen Inter-

essen an der Seite der Arbeiterklasse und auf das Bündnis mit ihren Organisationen, besonders mit den Gewerkschaften. Historisch war diese Politik eine Absage an die elitäre Bestimmung studentischer Politik, daß „die Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz... zum kollektiven Theoretiker des Proletariats“⁴ werden müsse, wie der Forderung verschiedener Zirkel, daß die sozialistische Intelligenz „Klassenverrat“ zu begehen habe.⁵ Damit wurde eine politische Plattform geschaffen, auf der die demokratische Bewegung einen neuen Aufschwung nehmen konnte, der in den Kämpfen gegen das Bafög und den Aktionen gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG) am 1. Dezember 1971 sowie in den massen-

haften politischen Aktivitäten gegen Länderhochschulgesetze und Prüfungsordnungen 1972 einen neuen Höhepunkt erreichte.

BILDUNGSFRAGE ALS SYSTEMFRAGE

Auf seiner 3. Tagung im Okt. 71 verarbeitete der Bundesvorstand des MSB die bisherigen politischen Erfahrungen und konkretisierte seine Vorstellungen zum demokratischen Massenkampf an der Hochschule. In einem Aufruf wandte er sich an die Hochschulangehörigen, gemeinsam gegen das HRG zu kämpfen, mit den inhaltlichen Schwerpunkten:

- Bildung und Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, im Dienst des Friedens!
- Stoppt Strauß, Barzel, Springer und ihre Hilfstruppen an den Hochschulen, Kampf dem Wissenschaftsmonopol der Herrschenden — Marx an die Uni!
- Runter mit der Rüstung — Mehr Geld für Bildung!

— Verteidigt die demokratischen Rechte
— Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung an den Hochschulen!

Diese Parolen sind heute noch aktuell. Totaler NC in Hamburg, der in den folgenden Semestern auf andere Hochschulen ausgeweitet werden soll. NC-Staatsvertrag. 82 Prozent der Bewerber für das Medizinstudium werden abgewiesen, 92 Prozent bei den Zahnmedizinern. Bereits die 3. Bundesvorstandssitzung wies darauf hin, daß die „Grundlage für eine demokratische Hochschule... die materielle Absicherung des Studiums (ist)“. In ihrem Kern stellt sich die Hochschulreform immer mehr als Finanzierungsproblem, die Bildungsfrage als Systemfrage. Ohne wesentliche Grundlagen staatsmonopolistischer Politik anzutasten — Senkung der Rüstungsausgaben und Beschneidung der Konzernprofite — wird es keine demokratische Hochschulreform im Interesse der lernenden und arbeitenden Bevölkerung geben. Diese Erkenntnis verankerte der MSB in den Kämpfen gegen NC, Bafög, Wohnraumnot und materiellen Bildungsnotstand.

„WIE DIE LUFT ZUM ÄTMEN“

In den Kämpfen gegen die Kasernierungshochschulgesetze in Bayern und Schleswig-Holstein, gegen die reaktionären Prüfungsordnungen in NRW und Hamburg ging es um die Verteidigung demokratischer Institutionen und Rechte der Studenten. Deshalb sind die Forderungen: Für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft! Für freie politische Betätigung! Für demokratische Mitbestimmung und Kontrolle! Teil des gesamtgesellschaftlichen Kampfes um demokratische Rechte und Freiheiten überhaupt, die die Arbeiterklasse sowie auch die Studenten brauchen „wie die Luft zum Atmen“ (Engels).

Bereits nach der Gründung des MSB SPARTAKUS zum Bundesverband steigerte die Reaktion durch Verbotsdrohungen, Verleumdungen und Berufsverbote die antimarxistische Hetze. Die SPD/FDP-Regierung betrieb mit ihr die innenpolitische Absicherung ihrer Außenpolitik.



Für den Spartakus ist der Kampf an der Seite der Arbeiterklasse keine hohle Phrase.



Der MSB hat entscheidend dazu beigetragen, dem vds internationale Anerkennung zu verschaffen. Hier Spartakus-Vertreter in der vds-Delegation auf dem Seminar des Internationalen Studentenbundes 1972 in Hamburg.



Praktische internationale Solidarität: Zusammen mit der SDAJ veranstaltete der Spartakus 1971 in Bremen den Kongreß „Jugend klagt den Imperialismus an“.

Dem innenpolitischen Spielraum, der sich für die demokratischen Kräfte durch die Verträge von Moskau und Warschau erweiterte, mußte sie begegnen, wollte sie verhindern, „daß ihr außenpolitischer Kurs zu einer Lockerung der Identifikation größerer Teile der Arbeiterklasse, der Jugend und der Intelligenz mit den imperialistischen Systemzielen führt“. 6 Die politische Disziplinierung fortschrittlicher Organisationen und ihrer Angehörigen wurde auch durch den immer offensichtlicher werdenden Bankrott der angekündigten Reformpolitik. In Leu-sinks hochschulpolitischem Notplan wurde schon auf integrierte Gesamthochschule und integrierte Gesamthochschule und die Beseitigung des Numerus clausus verzichtet, die keineswegs großzügig verschnittenen Mittel wurden weiter reduziert. „Je weniger die herrschende Klasse imstande ist, die Widersprüche im Bildungssektor zu lösen, desto mehr muß sie darauf bedacht sein, Herrschaftssicherungen gegen potentielle Konflikte einzubauen. Dem entspricht die Zentralisierung der wichtigsten Kompetenzen in staatlichen Instanzen unter Ausschaltung realer Mitbestimmung der unmittelbaren Betroffenen, die verschärfte Disziplinierung der Studenten und Repressionen gegen die demokratischen und sozialistischen Organisationen“. 7 In diesem Zusammenhang bleibt der Kampf gegen das Berufsverbot eine vordringliche Aufgabe. Wichtige Einzelerfolge sind bereits errungen worden. So ist die Einstellung Ilse Jacobs in Hamburg ein Beweis der Kraft, die durch die Aktionseinheit aller demokratischer Kräfte entfaltet werden kann, und nur durch sie.

Bedrohung der Legalität von DKP und MSB — Berufsverbot/Ausländergesetz — GUPS- und GUPA-Verbot. Zielgerichtet ist der Weg des Abbaus demokratischer Rechte. Methoden faschistischer Regimes werden in der BRD hinterrücks in der Behandlung von Ausländern und ihrer demokratischen Organisationen eingeführt. Einmal legalisiert, ist es ein leichtes, sie auf andere Bereiche der „inneren Sicherheit“ auszuweiten. „Wenn die Studenten der BRD Solidarität mit den ausländischen Kommilitonen üben, wenn sie für das Recht der freien politischen Betätigung ausländischer Organisationen kämpfen — dann verteidigen sie gleichzeitig ihre eigenen politischen Rechte und Freiheiten.“ (Aktionsprogramm) Deshalb kämpft der MSB solidarisch mit den fortschrittlichen ausländischen Organisationen.

ANTI-MONOPOLISTISCHES BÜNDNIS

Der Kampf der Studenten kann nur erfolgreich geführt werden, wenn er zur Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses beiträgt, durch das allein grundlegende Reformen auch an der Hochschule erzielt werden können. Deshalb zielt die Politik des MSB darauf hin, den Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse zu führen. Grundlage dieses Bündnisses sind die aktuellen gemeinsamen Interessen der Arbeiter-

klasse und der nichtmonopolistischen Schichten. Am erfolgreichsten hat sich dieses antimonopolistische Bündnis sowie die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Aktionen zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau erwiesen, in denen der MSB an der Hochschule als einigende und initiiierende Kraft wirkt. Dabei hat sich der MSB nicht in Illusionen über die Beweggründe der SPD-Regierung bzw. der Ratifizierung gewiegt. So schätzt die 5. Bundesvorstandssitzung (Juni 72) ein: „Anpassungszwang des Imperialismus an das gewandelte Kräfteverhältnis in der Welt; das war das bestimmende Moment für die Ratifizierungspolitik der SPD-Regierung; ihre Position war daher widersprüchlich und inkonsequent; den Imperialismus zum Frieden zu zwingen, das war das Motiv der sozialistischen Staaten und unser Motiv, deshalb war unsere Position konsequent und eindeutig. Innenpolitische Konsequenzen aus der Vertragspolitik abzublocken, war die Absicht der SPD-Führung, solche Konsequenzen im Interesse der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte zu erkämpfen, das ist unsere Absicht.“ Die günstigen Kampfbedingungen, die die Politik der friedlichen Koexistenz für die demokratischen Kräfte schafft, herzustellen und auszubauen, das ist die augenblickliche Aufgabe, die alle Ebenen unseres Kampfes berührt: Im ideologischen Bereich: Kampf gegen antikommunistische, revanchistische und entspannungsfeindliche Lehrinhalte, gegen Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft. Im ökonomischen und materiellen Bereich: Kürzung des Rüstungshaushalts um 15 Prozent zugunsten sozialer und Bildungsausgaben. In der Außenpolitik: Entfaltung einer Politik, die auf das friedliche Miteinander der Völker zum gegenseitigen Nutzen hinzielt.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Davon jedoch ist die Politik der Bundesregierung weit entfernt. Sie kann sich rühmen, eine der wenigen westeuropäischen Regierungen zu sein, die noch mit keinem Wort den brutalen Krieg gegen die Völker Indochinas verurteilt hat. Bis zur bitteren Neige stützt sie materiell, ideologisch und politisch den blindwütigen Kampf gegen die Koloß USA. Internationale Solidarität mit allen um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völkern — besonders dem Volk von Vietnam — zu üben, ist deshalb nicht nur das Gebot der Stunde, sondern durchgängiges Moment der Politik des MSB.

1 Vergl. Gewerkschaftliche Orientierung des demokratischen Massenkampfes an den Hochschulen, in: Einschätzung, Strategie Dokumente, Beilage der marburger blätter, Bonn und Marburg, Oktober 1970

2 Geflügeltes Wort auf der Kölner vds-MV im März 1969

3 5. Tagung des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS 20./21./Juni 1972

4 Vergl. Joscha Schmierers Aufsatz, der diese Parole vertritt, Analyse der Studentenbewegung, in: Materialien ..., a.a.O. S. 8

5 Hans-Jürgen Kroll, Wissenschaftliche Intelligenz und proletarisches Klassenbewußtsein, in: Materialien zur Studentenbewegung, marburger blätter, Jan./Febr. 1970, S. 14

6 3. Tagung des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS, Oktober 1971

7 ebenda

8 7. Tagung des Bundesvorstandes, 24.—26. 11. 72

Vietnam-hearings, Unterschriften- und Sammelaktionen, Ausstellungen und Demonstrationen zur Aufklärung über den Charakter des Imperialismus und zur Entfaltung breiter Solidaritätsbewegungen gehören zur politischen Aufgabe und Auseinandersetzung jeder Hochschule. Internationale Solidarität hat Angela Davis den Klauen der US-Klassenjustiz entrissen. Internationale Solidarität wird dem vietnamesischen Volk siegen helfen.

NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Die herrschenden Parteien haben die die fortschrittlichen Studenten bewegenden Fragen während des Wahlkampfes versucht auszuklammern. Von der „Bildungsreform aus einem Guß“ blieb Dohnanyis schäbiger Reformkalender. „Friedenspolitik“ beinhaltet weder Indochina noch das Verhältnis der BRD zu den bluttriefenden faschistischen Regimes. Aber aus der Erfahrung der 20jährigen CDU-Pleite bestehen gerade hinsichtlich der SPD-Regierung Erwartungen auf tiefgreifende gesellschaftliche Reformen, die diese Regierung nicht erfüllen kann. Willy's „Mehr Demokratie wagen“ klingt noch in den Ohren vieler Kommilitonen. Demgegenüber ging der MSB in den Bundestagswahlen davon aus, daß die Interessen der fortschrittlichen Studenten sowie der gesamten demokratischen Bewegung von keiner Partei erfüllt werden, die auf den Positionen der Klassenversöhnung und der Verteidigung des herrschenden Profit- und Machtsystems steht. Deshalb leistete der MSB einen eigenständigen Beitrag zum Wahlkampf, indem er anhand des 6-Punkte-Programms des vds nachwies, wer Freund und wer Feind ist. So stellte die 6. BV-Tagung im September 72 fest: „Wenn der MSB die Studenten aufruft, DKP zu wählen, dann deshalb, weil wir dafür sind, daß die Studenten ihre politischen Erkenntnisse und Erfahrungen auch mit in die Wahlkabine nehmen. Es waren die Kommunisten innerhalb und außerhalb der Hochschule, die die fortschrittlichen Studenten überall dort unterstützt haben, wo diese den Kampf um die eigenen Interessen aufgenommen haben.“

„Zu verhindern, daß nicht erfüllte Erwartungen sich nicht in Resignation oder Zulauf zu Strauß und Barzel verwandeln, sondern in einen Aufschwung der Massenaktionen, in ein wachsendes Vertrauen in die eigene Kraft — das ist die Aufgabe, die vor uns steht. Wir werden sie dann erfüllen können, wenn wir ohne eine Haltung des ‚wir haben das schon immer gewußt‘ eine auf Aktionseinheit bezogene politische Massenarbeit entfalten.“ 8

Als Richtschnur für die nächstliegenden Schritte im gemeinsamen Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus dient der Entwurf des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten. Nicht allein aufgrund unserer marxistischen Analyse, sondern auch gestärkt durch die richtige antimonopolistische Politik sagen wir: „Wir rufen die marxistischen Studenten, alle, die den Weg zum Marxismus suchen, die ernsthaft bereit sind, den Kampf gegen Imperialismus und Monopolkapital organisiert zu führen, auf: ORGANISIERT EUCH IM SPARTAKUS!“

In diesem Zusammenhang muß allerdings erwähnt werden, daß eine kleine Anzahl pseudo-revolutionärer Studenten versuchte, diese Einheit zu spalten, indem sie ihr politisches Süsschen mit den studentischen Interessen kochen wollte. Daß die Kritik und der aktive Widerstand gegen die Prüfungsordnung nicht von einer kleinen Anzahl aktiver, sondern von der breiten Mehrheit aller Studenten getragen wurde, scheint einige dieser Kommilitonen überrascht zu haben (nach kritischer Selbsteinschätzung ihrer Arbeit war das auch nicht anders zu erwarten). Daß die Studentenschaft ihre Interessen weiterhin solidarisch verteidigt, wird seinen Einfluß auf die vor uns liegenden Probleme und Konflikte sicher nicht verfehlen. Daß diese vom Ministerium fast schon totgeklaupte Solidarität jedoch nicht zu einer konzeptlosen Streikeuphorie führte (wie von einigen jener Pseudo-Revolutionen gefordert), sondern zu einer

durch Steuererhöhungen, sondern durch Kürzung der Rüstungsausgaben! Aber auch die Notwendigkeit der Organisation der Studenten an der Fachhochschule selbst ist nun auch jenen Kommilitonen deutlich geworden, für die die verfaßte Studentenschaft bisher nur ein Fremdwort war. Durch die konkrete Arbeit der ASTen und FASTen im Streik wurde überhaupt erst die erreichte Einheitlichkeit und Effektivität möglich. Der Versuch, die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen, wird dem WIMI jetzt schwerer denn je fallen. Mit der Demonstration in Düsseldorf wurde der aktive Streik beendet. Nachdem die Studenten sich für die Verlagerung der Kampfform entschieden hatten, stellte sich die Frage, nach welchem Konzept perspektivisch weitergearbeitet werden soll. Der MSB SPARTAKUS hat auf einer ASTen-Konferenz am 20. 12. 72 eine politische Plattform vorgelegt, die dem

lungen in den Fachbereichen, um die Kommunikation innerhalb der Studentenschaft weiterhin aufrechtzuerhalten. Wenn es uns gelingt, diese Inhalte den Studenten deutlich zu machen, wenn es uns gelingt, die Studentenschaft auch weiterhin zu einem breiten Bündnis zusammenzufassen, sind wir in der Lage, die künftigen Angriffe des Ministeriums auch in Zukunft erfolgreich abzuwehren.

Aus dem Studenten-Aktionsprogramm

Eine demokratische Hochschule, eine qualifizierte Ausbildung, demokratische Ausbildungsziele — das sind wichtige Forderungen der Studentenbewegung. Die Durchsetzung dieser Forderungen entspricht nicht nur den Interessen der Mehrheit der Studenten, sondern auch den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung. Doch wenn Studenten sich für diese Forderungen engagieren, wird immer wieder die Frage gestellt, wie können wir unsere Ziele durchsetzen? Was können wir mit unseren Aktionen erreichen? Die Praxis hat gezeigt, daß es durchaus möglich ist, Veränderungen durchzusetzen, wie z. B. die Einführung eines Tutorenprogramms. Ebenso ist es möglich, Angriffe auf die Rechte der Studenten abzuwehren, wie z. B. Versuche, die Unabhängigkeit der verfaßten Studentenschaft zu beseitigen. Zur Durchsetzung unserer demokratischen Alternative allerdings sind grundlegende Veränderungen der gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich. Ohne die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals ist die demokratische Hochschule nicht zu erkämpfen.

Solche Veränderungen sind nur gemeinsam mit der Arbeiterklasse durchzusetzen. Und ebenso wie die Studenten auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse angewiesen sind, ist es für die Arbeiterklasse von großer Bedeutung, die Intelligenz auf ihrer Seite zu wissen und sie nicht als Gegner, als „Handlungsgehilfen“ der herrschenden Klasse gegen sich zu haben.

D. h. für die Studentenbewegung. Jede Aktion ist sinnvoll und wird uns im Kampf vorwärtsbringen, wenn sie so angelegt ist, daß sie dazu beiträgt, Verständnis für die Forderungen der Studenten in der arbeitenden Bevölkerung zu wecken. Jede Aktion muß das Ziel haben, die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten hervorzuheben.

Verbale Kraftmeierei, sektiererische Parolen und Aktionsformen bringen uns keinen Schritt weiter. Sie führen nur in die politische Isolierung. Wir müssen vielmehr in unseren Aktionen anknüpfen an den Forderungen der Gewerkschaft und der Arbeiterjugendorganisationen.

Die Brechung des Bildungsprivilegs, die Abschaffung des Numerus clausus, eine demokratische Bildungsplanung, die Mitbestimmungsforderungen des DGB — das alles sind Ansatzpunkte für gemeinsame Aktionen.



Streikvorbereitungen

dem Vorgehen des WiMi adäquaten Kampfesweise geführt hat, gibt doch zu der Hoffnung Anlaß, daß die anti-autoritäre Phase dieser Wirrköpfe auch weiterhin keinen Einfluß auf die Studentenbewegung in NRW hat.

Vielmehr hat sich gezeigt, daß die Studenten erkannt haben, daß sie nicht alleine die Mittel und die Kraft aufbringen, um ihre Forderungen dauerhaft durchsetzen zu können. Die vom MSB SPARTAKUS immer wiederholte Forderung nach dem Bündnis der Studenten mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen, den Gewerkschaften, hat in diesem Streik einmal mehr seine Berechtigung gefunden.

Als ein Beispiel dafür darf der Beitrag eines Vertreters der IG Bau, Steine, Erden, gehalten auf der Demonstration in Düsseldorf, gelten. Unter großem Beifall der 10 000 Studenten griff er jene Forderung auf, die der SPARTAKUS schon seit langem vertritt:

Mehr Geld für die Bildung, aber nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung

Anspruch der Mobilität und Schlagkraft des weiteren Handelns nachkommt. Sie knüpft an den bisherigen Aktivitäten in der Studentenschaft an. In diesem Konzept fordern wir: Unsere Interessen können wir nur in einem breiten Bündnis der Studenten mit den Dozenten, Rektoren und den Gewerkschaften durchsetzen. Deshalb müssen wir die Zusammenarbeit intensivieren, müssen wir jeden Hochschulangehörigen zu einer Stellungnahme auffordern. Diskutieren wir gemeinsam mit den Dozenten und Rektoren über die von uns erarbeiteten alternativen Prüfungsvorschläge. Beziehen wir die DGB-Gewerkschaften noch enger als bisher in unsere Arbeit ein.

Weiterhin müssen die Dachverbände (VIS, VDS) verstärkt zusammenarbeiten, um eine möglichst breite Massenbasis in der Studentenschaft zu erhalten. Verstärkt müssen wir uns die Medien (Fernsehen, Funk und örtliche Zeitungen) zunutze machen.

Beibehalten bzw. ausgebaut werden müssen die Arbeitskreise und Vollversamm-

Spanische Zustände in Heidelberg

In den frühen Morgenstunden des 6. Dezember — gegen 3.30 Uhr — vollzog sich in Heidelberg ein erschreckender Aufmarsch: ca. zehn Hundertschaften teilweise mit Maschinenpistolen bewaffneter Polizisten in Kampfanzügen rückten an. Die Heidelberger Altstadt sah bald wie ein Heerlager aus. Das Polizeiaufgebot wurde im Laufe des Tages noch verstärkt. Die nahe beieinanderliegenden Universitätsgebäude

der Alten und der Neuen Universität sowie angrenzende Institute wie Philosophisches Seminar, Anglistisches, Romanistisches, Geographisches, Kunsthistorisches und Historisches Seminar wurden mit Barrikaden und Polizeiketten abgesperrt — damit wurde jeglicher Zugang zum Hauptkomplex der Heidelberger Universität unmöglich gemacht.

Aus Gesprächen mit Polizisten konnte man entnehmen, daß den jungen Polizeibeamten (die meisten befanden sich noch in der Ausbildung) erzählt worden war, daß es zu schweren Auseinandersetzungen kommen wird. Indem man die demokratische Bewegung an den Hochschulen als gewalttätig diffamiert, will man wohl verhindern, daß sich die jungen Polizisten unbequeme Gedanken über die Funktion ihres Einsatzes machen.

Anlaß zu dieser Polizeistaats-Maßnahme des baden-württembergischen Kultusministers Hahn war die Ankündigung einer Podiumsdiskussion in der Uni über die innenpolitische Situation in der BRD und besonders im Hochschulbereich im Zusammenhang mit der reaktionären Politik des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“. An dieser Podiumsdiskussion sollten mehrere Professoren teilnehmen, u. a. auch Prof. Peter Brückner, der zur Zeit durch das niedersächsische Kultusministerium wegen angeblicher Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe vom Dienst suspendiert wurde (das Verfahren gegen Brückner wurde inzwischen eingestellt).

In der Erklärung zum Verbot dieser Podiumsdiskussion durch die CDU-Landesregierung heißt es: „Angesichts der auf Grund der jüngsten Störungen gegebenen Situation ist es nicht vertretbar, in den Räumen der Universität eine Veranstaltung durchzuführen, die mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen wird, die krisenhafte Situation zu verschärfen.“ Da Veranstaltungen, auf denen über die „krisenhafte Situation des Bildungswesens in der BRD diskutiert wird, diese Krisensituation verschärfen, müssen sie mit Polizeigewalt verhindert werden!“ Zehn Hundertschaften werden aufgeboten, um eine Podiumsdiskussion zu verhindern! Das zeigt klar, daß die reaktionären Kräfte in unserem Land Kritik an den bestehenden Verhältnissen so sehr fürchten müssen, daß ihnen Berufsverbote und Zwangsematrikulationen immer noch nicht ‚Schutz‘ genug sind vor der marxistischen Wissenschaft, daß sie sich nicht scheuen, eine Bürgerkriegsarmee auf den Plan zu rufen, um politische Diskussionen zu verhindern.

Die Podiumsdiskussion war jedoch nur willkommener Anlaß für CDU-Kultusminister Hahn, endlich zum vermeintlichen „entscheidenden Schlag“ gegen die demokratischen Kräfte an der Heidelberger Universität auszuholen.



Alt-Nazi schützt Neo-Nazi



**Kaltschnäuziger
Zyniker Hahn**

Die Empörung über die großangelegte Polizeiaktion gegen die Studenten der Heidelberger Universität ist noch nicht abgeklungen, da macht Baden-Württembergs Kultusminister Hahn bereits wieder von sich reden. Diesmal mit der Berufung des NPD-Vize und Ex-Abgeordneten im Stuttgarter Landtag Dr. Rolf Kosiek als Dozent an die

Fachhochschule Nürtingen. Kosiek hat bekanntlich im Juli 1970 während einer internationalen Tagung in Ulm die DDR-Fahne heruntergerissen. Zu Landtagssitzungen pflegte er mit dem Abzeichen der sogenannten „Aktion Widerstand“ zu erscheinen, deren SA-ähnliches Auftreten in Würzburg und anderswo zu massiven Protesten der demokratischen Öffentlichkeit geführt hatte.

Die innere Logik des Verhaltens von Herrn Hahn liegt auf der Hand.

Haß gegen jeden Fortschritt, gegen alles, was als „links“ gilt, ging schon immer Hand in Hand mit wohlwollender Sympathie für Reaktion und Faschismus. Bei Hahn ist wahrlich kein Grund zum Wundern. Schließlich blieb er nur seiner Vergangenheit treu. Wie in den Unterlagen des document center in West-Berlin nachzulesen ist, trat er am 1. April 1932 (!) der NSDAP mit der Mitgliedsnummer 1048417 bei und wurde am 1. Mai 1933 strammer SA-Mann. Als Pressereferent im SA-Sturm 2/216 und als Geschäftsführer des Reichsbundes der Deutschen Presse, Landesverband Nordmark, diente er treu seinem Führer. Wer sollte die Folgerichtigkeit bestreiten, die in der brüderlichen Unterstützung eines Alt-Nazis für einen Neo-Nazi liegt?

Eine der zentralen Forderungen der Studenten bei den Protestaktionen in den Wochen vor dem Polizeieinsatz war: Für freie politische Betätigung und Freiheit der Diskussion! Diese Demonstration, an der 2000 Studenten teilnahmen, kündigte schon die wachsende Bereitschaft der demokratischen Kräfte an der Hochschule an, gegen den Abbau demokratischer Rechte und die verschärften Repressionsmaßnahmen aktiv sich einzusetzen.

Wenn Kultusminister Hahn nun geglaubt hatte, mit der Schließung der Universität am 6. Dezember diese Kampfbereitschaft zu ersticken, so hat er sich gründlich getäuscht. Angesichts des massiven Polizeiaufgebots formierte sich am Vormittag des 6. Dezember spontan ein Demonstrationzug von 3000 Studenten und fortschrittlichen Lehrkräften. Nachmittags forderten auf einer Kundgebung und Demonstration dann schon etwa 6000 Menschen: „Polizei raus aus der Uni!“

Die Empörung wuchs im Laufe des Tages noch weiter und ergriff auch Teile der Heidelberger Bevölkerung, die durch Flugblätter der DKP über die Zusammenhänge informiert wurden.

Selbstverwaltungsgremien von Instituten der Heidelberger Universität wie z. B. die Fachgruppe Germanistik protestierten gegen die Polizeistaats-Maßnahme.

Nicht zuletzt diese starke Solidarisierung aller Demokraten gegen den Polizeieinsatz und die reaktionäre Bildungspolitik der CDU in Baden-Württemberg veranlaßte diejenigen, die sonst recht gern zum Polizeiknüppel als Mittel der Politik greifen, wie Oberbürgermeister Zundel, die Prorektoren Ebert und Zimmermann und andere Professoren aus dem Kreis der Mitglieder des Bundes gegen Freiheit und Wissenschaft sich von der Maßnahme Hahns zu distanzieren mit dem Argument, der Polizeieinsatz stünde nicht im richtigen Verhältnis zu den Vorgängen an der Universität.

Hahn zog dann auch am späten Abend des 6. Dezember die Polizeitruppen wieder ab. Vielen der jungen Polizeibeamten war im Laufe des Tages immer mehr klar geworden, daß sie sich eigentlich nicht erklären konnten, warum sie auf der anderen Seite der Barrikaden stehen.

Am nächsten Tag beschlossen fast 5000 Studenten der Universität Heidelberg auf einer Universitäts-Vollversammlung einen dreitägigen aktiven Protest- und Warnstreik gegen die reaktionären Maßnahmen der CDU-Landesregierung und gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD!

Johanna Schwarz

So wurde in letzter Zeit das Studium Generale in seiner bisherigen Form verboten, die Zahlung von Geldern des Allgemeinen Studentenausschusses an den Verband Deutscher Studentenschaften wurde untersagt, während gleichzeitig die Mitglieder des Bundes gegen Freiheit und Wissenschaft Ordnungstrupps zum Schutz „ihrer“ Seminare und Vorlesungen installieren, um diese vor unliebsamen Diskussionen zu schützen, während Hausverbote gegen fortschrittliche Studenten ausgesprochen werden, während die Medizinische und Juristische Fakultät geschlossen werden, weil Vollversammlungen der Studenten verschiedene Lehrkräfte (meist Mitglieder des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“) zu Stellungnahmen über ihr undemokratisches Verhalten gegenüber

Diskussionen in Lehrveranstaltungen aufgefordert haben.

Diese Lehrkräfte betrachten von ihnen durchgeführte Seminare und Vorlesungen als ihren Privatbesitz und brechen diese Veranstaltungen bei Kritik an ihren Lehrformen und -inhalten ab und setzen sie privat im kleinen Kreis Gleichgesinnter hinter verschlossenen Türen fort.

Wenn die Freiheit der Diskussion und die Möglichkeit, die bürgerliche Wissenschaft vom Standpunkt des Marxismus zu kritisieren, nicht mehr gewährleistet ist, dann ist kein wissenschaftliches Arbeiten mehr möglich, dann sind die elementarsten Bedingungen für die Erfüllung des Lehr- und Forschungsauftrags der Hochschulen genommen.

**Bitte einsenden an: MSB SPARTAKUS,
53 Bonn, Sternenburgstraße 73**

- ☐ Ich möchte zu einer Mitgliederversammlung des Spartakus am Ort eingeladen werden.
- ☐ Ich möchte Mitglied im Spartakus werden.
- ☐ Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS.

(Gewünschtes ankreuzen)

Name

Vorname

Hoch- bzw. FH-Schule

Ort

Straße

Unterschrift

Streik gegen Maiers Kasernenordnung

Maiers Hochschulgesetzentwurf ist im Landtag. Nach der ersten Lesung ist er den Ausschüssen und dem Senat zur Begutachtung zugeleitet. Die CSU hat beim Rundfunkgesetz gezeigt, daß sie nicht einmal sachlich

begründete Kritik ihrer eigenen Anhängerschaft berücksichtigt. Beim Bayerischen Hochschulgesetz (BHG) wird es nicht anders sein.

Fast alle Gruppen und Gremien, die den Vorentwurf zu begutachten hatten, haben schwerwiegende Bedenken geäußert. So hat der Senat der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), München, sicher ein durch und durch konservatives Gremium, nur wenigen Grundzügen zugestimmt. Vorbehaltlich der Berücksichtigung von 174 Änderungsvorschlägen gegenüber den 112 Artikeln des Vorentwurfs.

Auf solche Änderungsvorschläge geht Maiers Entwurf nicht ein. Dagegen sind die Interessen der Unternehmergruppen (z.B. BDI-Memorandum) voll eingearbeitet.

Seit Jahren verdrehen die CSU und der von ihr gesteuerte Teil der Presse Ursache und Wirkung der Unruhe an den Hochschulen. Der bayerische Steuerzahler mußte 1971 1100 Millionen DM für ein

stellte. Diese Aktion der HS wurde getragen von: Verband deutscher Studentenschaften, Bayerische Assistentenkonferenz, Bund demokratischer Wissenschaftler, GEW München - Fachgruppe Hochschule, Assistentenrat TU München und LMU, AStA Technische Universität München.

Dies bedeutet eine neue Qualität der demokratischen Studentenbewegung, denn

zum ersten Male gelang es einem AStA, sowohl mit fortschrittlichen Assistenten und Professoren als auch mit Vertretern der arbeitenden Bevölkerung eine gemeinsame Stellungnahme zu einem Hochschulgesetz zu erstellen und zu veröffentlichen. Anders als bei dem 1969 verhinderten Huber-Entwurf eines bayer. Hochschulgesetzes stehen die Studenten nicht mehr allein.



bildungspolitisches Flickwerk ausgeben. Ein Reformgesetz zur Behebung der Mißwirtschaft ist dringend notwendig. Nun will Maier die Öffentlichkeit beschwichtigen durch eine von oben diktierte „Reform“: durch das Ermächtigungsgesetz für Staat und Industrie, welches alle Reste von Selbstverwaltung und Demokratie beseitigt.

Deshalb beschloß die Studentenschaft der TU München auf einer Studentenvollversammlung einen zweitägigen aktiven Warnstreik. Dieser Warnstreik fand am 29. und 30. November statt und wurde zu etwa 90 Prozent befolgt.

Als Hauptversammlung im Rahmen des Streiks führte der AStA der TU ein bildungspolitisches Forum durch, auf dem Vertreter des VDS, der Bay AK (bayer. Assistentenkonferenz), des Bundes demokratischer Wissenschaftler und der GEW sprachen.

Grundlage der Zusammenarbeit mit Assistenten und Gewerkschaftlern bildete eine „Aktion demokratische Hochschule“, die eine Plattform aller Hochschul-Angehörigen zum Bayrischen Hochschulgesetz er-

roteblätter

SPARTAKUS-Politik aus erster Hand
Information
Dokumentation
Argumentation
Theorie

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS 1,-

Wenn Sie die roten blätter nicht am Büchertisch des MSB SPARTAKUS in der Hochschule erhalten können, bestellen Sie ein Abonnement bei

ROTE BLÄTTER, 53 BONN, STERNENBURGSTR. 73

Name:

Hochschule:

Ort:

Straße:

Unterschrift:

An allen fünf Hamburger Hochschulen streikten vom 12.–14. 12. über 30 000 Studenten. Auf den größten Vollversammlungen der bisherigen Hamburger Studentenbewegung (Fachhochschule: 2000; Universität: 5000 Teilnehmer) wurden die Streikbeschlüsse gefaßt. 600 bislang unorganisierte Studenten standen an 40 Info-Tischen in allen Stadtteilen, diskutierten mit der arbeitenden Bevölkerung und verteilten ca. 150 000 Flugblätter.

An der abschließenden Demonstration am 14. 12. beteiligten sich über 10 000 Studenten.

Das Ultimatum an die SPD, ihren RPO-Entwurf zurückzunehmen, lief am 10. Januar ab.

Konsequent beschlossen die Studenten der Hamburger Hochschulen am 11. Januar auf machtvollen Versammlungen, ihre Kampfmaßnahmen (Urabstimmung plus aktiver Streik) verstärkt fortzuführen. Bei Redaktionsschluß bereiten die Studenten mit Unterstützung ihrer ASten und Fachschaftsräte in Seminardiskussion und Bereichsveranstaltungen den Erfolg der Urabstimmung vor. Die Rechnung der SPD ist nicht aufgegangen. Trotz aller Abwiegelungsversuche ist die Kampfbereitschaft der Studenten stark gewachsen.



Für das Congreß-Center der Monopole war genug Geld da — für die Hamburger Hochschulen nicht. Was dabei herauskommen sollte, ist der „Student der Zukunft“.

Streik aller Hochschulen gegen SPD-Prüfungsordnung

WIE KAM ES ZU DIESER BEWEGUNG?

Anfang November legte die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion ihre „Allgemeinen Grundsätze für Prüfungsordnungen“ vor.

Der wesentliche Punkt dieser Grundsätze ist die Einführung der Regelstudienzeit von 6 bis 8 Semestern, die bedeutet, daß nicht wissenschaftliche Anforderungen und Berufsperspektive, sondern die festgelegte Studienzeit Ausgangspunkt für zu entwickelnde Studiengänge sein soll. Erklärte Studienreformansätze wie Gruppenarbeit, Abschaffung der Zwischenprüfung, Projektstudium werden gefährdet, der Leistungsdruck erhöht, Experimentiermöglichkeiten genommen. Kern der Rahmenprüfungsordnung ist, daß nun, nachdem durch den totalen NC die Hochschulen dicht gemacht worden

sind, versucht wird, die innere Reglementierung des Studiums durchzusetzen. Der notwendige Ausbau der Hochschulen soll weiter verschleppt werden — man will



Vielen Studenten, die wenige Wochen zuvor noch die SPD gewählt hatten, nahm der Hamburger Hochschulexperte dieser Partei, Klose, selbst die Illusionen in die sozialdemokratische Führung.

mit weniger Mitteln mehr Studenten schneller durch die Hochschulen schleusen, auf Kosten der Qualifikation und der Berufsperspektive der Studenten, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, auf die letztlich die ungenügend ausgebildeten Lehrer und Ärzte „losgelassen“ werden.

Nach wochenlangen Diskussionen und Fach-Vollversammlungen beschlossen schließlich die Vollversammlungen der einzelnen Hamburger Hochschulen den Streik.

SPD-VERTRETER ENTLARVTEN SICH

Auf der VV der Universität wurde Vertretern der SPD noch einmal die Gelegenheit gegeben, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen.



Geschlossenes Votum für den Streik

In überheblicher und arroganter Weise — das waren die Kommentare der bürgerlichen Presse — wurde von diesen deutlich gemacht, daß sie nicht gewillt sind, die RPO zum geforderten Termin zurückzuziehen, sondern im Gegenteil die RPO möglichst schnell durchsetzen wollen. Einer großen Anzahl von Studenten wurde hier gezeigt, daß diese SPD-Fraktion nur durch einheitliches gemeinsames Auftreten aller Studenten gezwungen werden kann, von ihrer reaktionären Hochschulpolitik abzurücken. Über die SPD-Presse und vor Betriebsräteversammlungen warb die Senatsfraktion für ihre Vorstellungen einer Hochschulreform, indem sie versuchte, den Eindruck zu erwecken, es gehe mit der Rahmenprüfungsordnung darum, die ewigen Studenten „mit den bemoosten Häuptern“, die anderen den Studienplatz wegnehmen, von den Hochschulen zu holen.

DIE STUDENTEN INFORMIERTEN DIE BEVÖLKERUNG

Für die Streiktage waren, abgesehen von Arbeitsgruppen an den Hochschulen, von Streikzentren in den Bereichen, die die Demonstration vorbereiteten, Informationsstände in allen Stadtteilen vorgesehen. An 60 Info-Ständen, die von 6.00 Uhr morgens bis 18.00 Uhr ständig besetzt waren, informierten die Studenten

die Bevölkerung über die Lage an den Hochschulen.

In Tausenden von Gesprächen und mit 150 000 Flugblättern wurde um Verständnis für die Aktionen der Studenten geworben. Die Bereitschaft der Bevölkerung, sich zu informieren und sich mit den Forderungen der Studenten zu solidarisieren, wurde durch Tausende von Unterschriften und Geldspenden zur Unterstützung der Informationsarbeit deutlich.

An den Ständen konnte vermittelt werden, daß die Studenten nicht nur für ihre eigenen, sondern auch für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung kämpfen, daß wir an ihrer Seite kämpfen. So wird die Isolierung der Studentenbewegung langsam abgebaut.

FORTSCHRITT DER STUDENTENBEWEGUNG

Diese Bewegung zeichnet sich von den bisherigen dadurch aus, daß die Studenten viel klarer den Zusammenhang dieser Maßnahmen des Senats mit dem Numerus clausus, mit den Berufsverboten, mit falschen Haushaltsprioritäten begreifen, daß sie die Partner der Studenten im Kampf für die Demokratisierung der Hochschulen, die arbeitende Bevölkerung klarer sehen, daß sie den gemeinsamen Gegner ihrer Bestrebungen, das Großkapital, genauer erkennen — daß sich der Kampf also zusehends zu einem politischen entwickelt.

Das zeigen nicht nur die vielen Diskussionen in den Vollversammlungen, das zeigen insbesondere die Aktionen der unabhängigen Studenten in den Stadtteilen.

Diese klarere Orientierung der Bewegung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen,



daß die Studentenbewegung mit dem MSB eine Kraft hervorgebracht hat, die in der Lage ist, dem Kampf Richtung und Perspektive zu geben.

Ausländer besonders hart betroffen

Bei allen Aktionen gegen reaktionäre Hochschulgesetze und Prüfungsordnungen darf nicht vergessen werden: In besonderem Maß richten sich diese Regle-

mentierungen auch gegen die ausländischen Studenten in der Bundesrepublik.

Durch die Einführung der Regelstudienzeit, wie z. B. in Hamburg geplant, wird das Studium in größtem Maße verschult, wird es sich auf Pflichtveranstaltungen reduzieren; studienbegleitende Selekt-

haupt, daß es unterschiedliche Anforderungen an Ärzte gibt, je nachdem ob sie in einem unterentwickelten Land oder in einem entwickelten Land praktizieren? Nichts dergleichen. Stattdessen werden sie ausgebildet wie ihre deutschen Kommilitonen, um dann in ihrer Heimat lediglich imperialistische „Entwicklungshelfer“ oder andere Sachverwalter des Großkapitals medizinisch versorgen zu können.

An einigen Fachschaften sind studentische Arbeitsgruppen aufgebaut worden, die diese Ausbildung bekämpfen und stattdessen die nötige Arbeit leisten, die oben kurz umrissen wurde. Der Besuch und die Mitarbeit in solchen Arbeitsgruppen wird durch die geplante Rahmenprüfungsordnung (RPO) unmöglich gemacht.

Parallel zur RPO soll ja bekanntlich auch das Studienjahr eingeführt werden. Dieses Studienjahr trifft besonders in seiner finanziellen Auswirkung die Kinder der Arbeiterklasse, die wegen unzureichender Ausbildungsförderung in den Ferien arbeiten müssen. Um wieviel mehr trifft dieses Argument auf unsere ausländischen Kommilitonen zu!!

Die inhaltliche Seite des Studienjahres bedeutet eine weitere Entwissenschaftlichung des Studiums. Auch unter diesem Aspekt werden die Ausländer verstärkt benachteiligt, da ihre Examensarbeiten, die Anleitung zu wissenschaftlichem Arbeiten in einem Projekt, das vielleicht einmal ihren Bedürfnissen entsprechen könnte, stark eingeschränkt wird.

Wir können den Schluß ziehen, daß alle Verschlechterungen im Studium unsere ausländischen Kommilitonen in besonderer Härte trifft, eine demokratische Studienreform unmöglich gemacht werden soll. Alle Initiativen in Richtung auf eine demokratische Studienreform sollen verhindert werden, das Studium soll noch mehr den eingangs angegebenen Vorstellungen des Großkapitals an ein Ausländerstudium entsprechen.

Überall setzen sich die Ausländer immer mehr diesen Bestrebungen entgegen, sie beteiligen sich verstärkt an den Aktivitäten der westdeutschen Studenten gegen Reglementierung und Disziplinierung. Der Bund Ausländischer Studentenvereinigungen (BASV) zum Beispiel, der Dachverband der größten in Hamburg bestehenden ausländischen Studentenvereinigungen, der ca. 2200 Studenten vertritt, hat in der Kampagne gegen die RPO ein Flugblatt herausgegeben, in dem



tionsprüfungen mit differenzierenden Noten erhöhen den Leistungsdruck auf ein Höchstmaß. Das Ausländerstudium, daß nicht im geringsten den Bedürfnissen der ausländischen Kommilitonen und ihrer Länder entspricht, wird dadurch noch enger eingegrenzt, Zeit für Stoffbehandlung entsprechend den Bedürfnissen ist nicht mehr gegeben.

EIN BEISPIEL:

Das Medizinstudium ist ein Studium, das eigentlich von seinem Inhalt her den Bedürfnissen der „Entwicklungsländer“ entspricht. Was wird daraus für Ausländer gemacht? Werden sie ausgebildet, um einen Gesundheitsschutz in einem „unterentwickelten“ Land aufzubauen, erhalten sie Unterweisungen darin, wie man Hilfsärzte ausbildet, erfahren sie, wie man am ökonomischsten die Massenepidemien wie Cholera, Gelbfieber Pocken usw. bekämpft? Lernen sie über-

berliner
EXTRA
dienst

Der linke Informationsdienst der Bundesrepublik und Westberlins. Undogmatisch. Kritisch. Präzise. Und der Meinung, daß ein Standpunkt kein Stehpunkt sein kann. Das paßt manchen nicht: „Verfassungsfeindliche Publikation“, sagt Amtsrichter Ruppender aus Westberlin. Das „prokommunistische Kampfblatt Berlins“ nennt uns die Würzburger „Tagespost“. Der Westberliner „Tagesspiegel“ sieht es klarer: „Eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen.“

Lassen auch Sie sich etwas mitteilen. Zweimal die Woche auf jeweils 24 Seiten. Für DM 6,- im Monat. Bestellen Sie drei Monate zur Probe. Die 18 DM, die Sie dafür aufwenden, sind nächstes Jahr sowieso nur noch 12 Mark wert.

EXTRA-Dienst, 1 Berlin 31, Pfalzburger Strasse 20.

es heißt: „Der BASV lehnt die RPO der SPD-Bürgerschaftsfraktion grundsätzlich ab... Die RPO trifft die ausländischen Studenten besonders hart und beinhaltet für sie die freiwillige Ausreise!... Der BASV ruft alle ausländischen und deutschen Kommilitonen auf, gemeinsam gegen diese Fachidiotenfabrik zu kämpfen. Unterstützt die Aktionen des AStA gegen die RPO! Für eine demokratische Ausbildung der Ausländer!!

In dem „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten“ (Entwurf) heißt es zum Ausländerstudium u. a.: „Unterstützt die Arbeit der fortschrittlichen Ausländerorganisationen. Sorgt dafür, daß an Eurer Hochschule kein Ausländer diskriminiert wird; weder bei der Wohnungssuche noch bei der Stipendienvergabe.

Kontrolliert die Arbeit der akademischen Auslandsämter.

Die Studienkollegs dienen der imperialistischen Propaganda und der Einübung politischen Wohlverhaltens. Sie müssen durch demokratische Einführungsveranstaltungen ersetzt werden.

An den Hochschulen muß die Mitbestimmung der ausländischen Studenten in allen Fragen, die sie selbst betreffen, verwirklicht werden.

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung aller fortschrittlichen Ausländer und ihrer Organisationen!

Uneingeschränkte Arbeitserlaubnis für ausländische Studenten!

Die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung der Ausländer läßt sich nur im Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz durchsetzen.

Jeder Versuch einer Ausweisung muß mit einem massenhaften Protest beantwortet werden. Unterstützt die Arbeit der Rechtshilfeorganisationen; Eure Solidarität kann dazu beitragen, ausländische Arbeiter und Studenten zu schützen!

Übt materielle und politische Solidarität!

AUSLÄNDERSTUDIUM UND PRÜFUNGSREFORM

Angefangen von der politischen Zielsetzung, die die BRD-Behörden mit dem Studium für Ausländer verfolgen, über Studienbedingungen, Inhalte und besonders die Repressionen, die ausgeübt werden. Das ganze Studium soll in eine bestimmte, den Interessen der Ausländischen Kommilitonen zuwiderlaufende Richtung gelenkt werden.

Die politische Zielsetzung wird deutlich aus den Empfehlungen, die auf einer Tagung der deutschen Stiftung für Entwicklungsländer im Mai/Juni 1969 ausgearbeitet wurden. An dieser Tagung nahmen neben Vertretern nichtstaatlicher Institutionen auch vom Auswärtigen Amt benannte Beamte und Angestellte des höheren Dienstes von 20 Kulturreferaten in deutschen Botschaften südlich der Sahara teil.

Die „deutsche Öffentlichkeits- und Kulturarbeit in den Entwicklungsländern“

solle sich demzufolge „bevorzugt“ an solche Zielgruppen wenden, „die gegenwärtig oder in absehbarer Zukunft die Einstellung ihres Landes gegenüber Deutschland... bestimmen“ und „die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zu beeinflussen in der Lage sind“.¹ Auch über Auslandsstipendien soll Propaganda gemacht werden. „Über Hoch- und Fachschulstipendiaten sollten, mit ihrem Einvernehmen, regelmäßig bebilderte Reportagen in der Presse oder Berichte im Rundfunk ihrer Heimatländer erscheinen. Dadurch würden die Leistungen der BRD dokumentiert und für spätere berufliche Eingliederung der Studenten wichtige Kontakte geschaffen.“¹

Damit der Ausländer in der BRD auch diese Propagandafunktion wahrnimmt, wartet auf ihn in der BRD ein perfektes Netz, aus dem er sich nur schwer und in Zukunft immer schwerer befreien kann. Es reicht vom Studienkolleg über NC, Stipendienklauseln, Lehrinhalte, Lernformen bis hin zum reaktionären Ausländergesetz, mit dem jeder, der „erhebliche Belange der BRD beeinträchtigt“, ohne Schwierigkeit ausgewiesen werden kann.

Eine solche Beeinträchtigung „erheblicher Belange“ besteht z. B. darin, diesen Teufelskreis transparent zu machen, für die Kommilitonen einzutreten, eine Demokratisierung des Ausländerstudiums zu fordern und sich an ihrer aktiven Er kämpfung zu beteiligen. So geschah es dem arabischen Kommilitonen Nabil Abu Amashee, der auch wegen seines aktiven Eintretens gegen das Studienkolleg erst vom Studienkolleg relegiert werden sollte, und nun aus der BRD ausgewiesen worden ist. Er setzt sein Studium heute in der DDR fort.

SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 20

AUFSÄTZE, ANALYSEN

Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen: Kathrin Schran: Sackgassen und Perspektiven für Westberlin/Sonja Piron: Die Westberliner Arbeiterklasse/Kyoichi Maekawa: Die allseitige Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitalismus in Japan.

KURZANALYSEN, BERICHTE

Klaus Pickshaus: Dockerstreik in Großbritannien/Wolfgang Ehrhardt: Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus.

DISKUSSION, BESPRECHUNG

Astrid Kaiser, Hans-Rainer Kaiser: Lehrerausbildung und politischer Kampf/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich heute.

Herausgegeben in Westberlin SOZIALISTISCHE POLITIK 1 Berlin 41 Postfach 270

Modell für die Hochschulformierung

Keine Gewerkschaft, keine Studenten- oder Schülervertretung, niemand aus der arbeitenden Bevölkerung hat nach ihr gerufen – und doch wurde sie uns von den Herrschenden präsentiert: Die Bundeswehrhochschule. Ein Geschenk des Himmels. Denn so hoch der Himmel über der Erde thront, so glauben sie über der arbeitenden Bevölkerung zu sitzen und deren Wünsche und Forderungen ignorieren zu können. Eltern,

Lehrer, Schüler und Studenten fordern den Ausbau des Bildungswesens, kleine Klassen, die Beseitigung des NC. Die Antwort der verantwortlichen Bildungspolitik: Achselzucken, kein Geld da. Der Aufbau von Bundeswehrhochschulen zeigt das Gegenteil. Es ist Geld da. Das Gerede von den angeblich fehlenden finanziellen Mitteln soll nur verschleiern, in wessen Interesse die vorhandenen Mittel eingesetzt werden.

Während die Empörung über solche Art von Betrug noch im Wachsen begriffen ist, prescht die CDU, die Hauptpartei der Konzerne und Rüstungsgewinnler, bereits mit neuen, avantgardistischen „Reform“-Vorstellungen vor.

Allerdings redete sie hinter den Kulissen einer geschlossenen Gesellschaft:

Auf dem „Verteidigungspolitischen Kongreß“ der CDU in Hamburg, der u. a. auch den Wert der Bundeswehrhochschule betonte, forderte Generalmajor K. H. Friedrich, der Bildungsbeauftragte der Bundeswehr, die Bundeswehrhochschule müsse sich zum Ziel setzen, „Vorbereiter einer allgemeinen Studienreform“ zu werden. In unverkennbarer Übereinstimmung erklärte noch der frühere SPD-Verteidigungsminister Schmidt im „Stern“, um zu zeigen, daß die SPD die Wünsche der CDU-Rüstungsexperten und Kalten Krieger flugs erfüllen kann:

„Wenn wir es nicht schaffen, den aus den Fugen geratenen Universitäten zu zeigen, wie eine militärische Uni einwandfrei arbeiten kann, – wer denn dann?“

Und als Wirtschafts- und Finanzminister beeilte er sich, seinem Nachfolger Leber die verlangten Gelder zu bewilligen: So konnte Leber vor dem Gründungssenat der Bundeswehrhochschule, der sich am 27.11.72 in Hamburg konstituierte, stolz verkünden, daß außer den 100 Mio D-Mark für die Gründungsphase bis 1976 weitere 450 Mio DM für die beiden Militärschulen in Hamburg und München locker gemacht werden.

FÜR WEN DER AUFWAND?

Eine Elite von zunächst 500 Offizieren wird nach den Worten Thomas Ellweins, der für das Bundeswehrhochschulkonzept verantwortlich zeichnet, „dank großzügiger finanzieller Unterstützung **sorgenfrei** studieren können, entlastet von allen Schwierigkeiten“.

Diese studierenden Soldaten sollen keine „Sorgen“ mit ihren Studiengängen haben: Gegen ein Leutnantsgehalt nach A 9 soll



len sie in sechssemestrigen Kurz-Studiengängen zur kritiklosen Hinnahme von vorprogrammiertem Fachwissen getrimmt werden, orientiert am „Auftrag der Bundeswehr“, wie es im sogenannten Ellwein-Gutachten heißt.

Sie sollen auch keine „Sorgen“ mit dem Hochschullehrermangel haben: Das Lehrpersonal wird ihnen vom Verteidigungsminister bestellt, mitbestimmen darüber „brauchen“ sie bisher nicht, dafür wird der MAD ein Wörtchen mitreden. Und schließlich werden sie auch keine „Sorgen“ mit der Berufsperspektive haben: Als Hauptaufgabe der Bundeswehrhoch-

schule „soll die inhaltliche und methodische Vorbereitung auf die Besonderheiten der **Tätigkeit als militärischer Führer** erreicht werden“. (Ellwein-Gutachten, S. 53.)

Somit ist der „Wert“ der Bundeswehrhochschule klar:

Sie dient als Kadenschmiede des Militärs. Hier soll die neue Wehrideologie gebastelt werden, wo das alte Feindbild des Kommunismus schwindet. Hier soll die angeknackste Truppenmoral und -disziplin geflickt werden mittels soziologischer, psychologischer und pädagogischer Techniken zur Herrschaftssicherung –

von Erweiterung der demokratischen Rechte und Mitbestimmung der „dienenden“ Soldaten allerdings keine Spur!

DER VORREITER

Die Bundeswehrhochschule muß „Vorreiter einer allgemeinen Studienreform“ sein. — Diese Aussage ist Programm und muß sehr ernst genommen werden, denn die CDU ist kein lächerlicher Haufen von einflußlosen politischen Clowns, sondern eine starke, demagogisch versierte Stütze der mächtigsten Kreise in unserem Lande. Diesen Kräften paßt die Entwicklung an den Hochschulen nicht. Sie ist für ihr Streben nach Machtausdehnung und Herrschaftssicherung nicht effizient. Sie brauchen als Instrument gegen demokratische Regungen im Volke nicht den Abbau,

sondern die Reaktivierung des Antikommunismus und die Verteufelung der sozialistischen Länder. Sie brauchen nicht die wissenschaftliche Durchdringung, sondern die ideologische Verzerrung der Wirklichkeit. Deshalb sind sie gegen fortschrittliche Lehrinhalte, gegen die Mitbestimmung der Hochschulangehörigen, gegen freie, wissenschaftliche Diskussion und demokratische Kontrolle.

LEISTUNGSVERFALL?

Studenten und Wissenschaftler, denen der Kapitalismus nicht der Weisheit letzter Schluß zu sein scheint, leisten nichts für die Monopolherren. CDU und Arbeitgeberverbände sprechen deshalb vom „Leistungsverfall“ an den Hochschulen. Wie „effektiv“ wird demgegenüber die

Bundeswehrhochschule sein! Hier gibt es keinen „Mitbestimmungsballast“ und keine „marxistische Unterwanderung“: Die Professoren werden direkt vom Verteidigungsministerium berufen. Die Freiheit von Apologetik und Verdummung, Grundrecht der großkapitalistischen Meinungsmacher, ist damit gewährleistet. An der Bundeswehrhochschule sollen neben Offizieren Lehrer, Verwaltungsbeamte, Fachkräfte für Positionen in Staat und Wirtschaft ausgebildet werden. Wer wird an ihr lehren und forschen? Der Anreiz wird nicht nur für politisch rechts engagierte Professoren groß sein. Denn an finanziellen Mitteln für Forschungsprojekte wird es hier nicht fehlen. „Wert-

Anzeige

MARXISTISCHE BLÄTTER 1

Für Probleme der Gesellschaft,
Wirtschaft und Politik
Frankfurt am Main, 11. Jahrgang
Januar/Februar 1973 3,00 DM



politik
und
Bundeswehr

freie" Forschung direkt unter Kontrolle des Militärs ist schließlich eine Investition, die sich für das Großkapital lohnt. Und wenn das öffentliche Hochschulwesen in Zukunft noch ein wenig knapper bei Kasse gehalten wird, so wird in einigen Jahren auch ein Blinder sehen, wo eigentlich „Deutschlands“ wissenschaftliche Leistungen erbracht werden: in der guten, alten Schule der Nation. So spekulieren die Wehrpolitiker der CDU/CSU, F.J. Strauß, Rainer Barzel und die Springer-Presse, so handeln Helmut Schmidt und Georg Leber. Und welche großbürgerlich liberale Zeitung, welche Rundfunk- oder Fernsehanstalt ist so „freiheitlich“, diese Pläne zu kritisieren und zu entlarven?

RECHNUNG OHNE DEN WIRT

Allerdings: Sie machen einen Rechenfehler. In ihrer Kalkulation fehlt eine ihnen unbekannte Größe: die Aktivität der arbeitenden Bevölkerung, der Schüler, Studenten und Lehrer, der Eltern, der Betroffenen. Ihre Unzufriedenheit und ihr Engagement, gerade auch auf bildungspolitischem Gebiet, wächst. Ihre Forderung, die Forderung der „Initiative Hamburger Bürger contra Bundeswehrhochschule“: Die für die Bundeswehrhochschule vorgesehenen Gelder müssen der Universität zur Verfügung gestellt werden.

Rechte Politik mit linken Phrasen

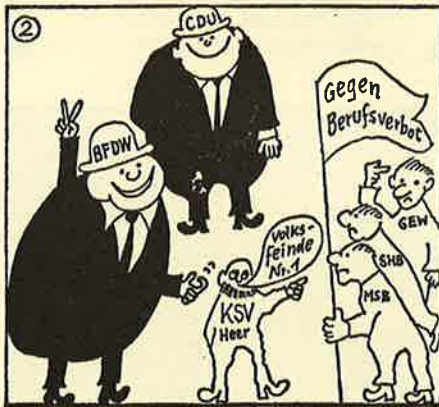
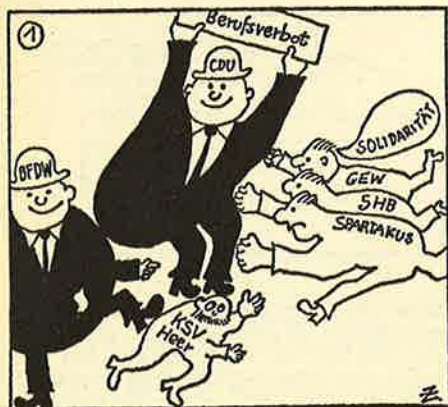
„Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts!“ (Eduard Bernstein) – Der prominente Rechtsopportunist von damals scheint's den Linkssektierern von heute ins Stammbuch geschrieben zu haben. Damals, wie heute: Rechtsopportunistische und linkssektiererische Politik schadet der demokratischen Bewegung, nutzt der Reaktion. Zur Illustration

hier zwei aktuelle Beispiele aus Bonn. Die Rede ist vom „Kommunistischen Studentenverband“ KSV, man kann wohl sagen identisch mit der KPD/FU, die mit ihrer anmaßenden Benennung die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung mit ihrer Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands, in den Schmutz zieht.

Seit Jahren werden in Bonn Studenten zu Mitgliedern der Engeren Fakultät (Fakultätsrat) gewählt, eine Errungenschaft der Studentenbewegung. Seit Jahren nutzen Spartakisten und andere fortschrittliche Studenten und Dozenten die Position in den Fakultäten zur Durch-

einen Präzedenzfall. Jeder demokratische Studentenvertreter in Bonn darf jetzt künftig damit rechnen, ein ähnliches Revers, das ihn schriftlich auf die Achtung der Schweigepflicht festlegt, unterzeichnen zu müssen. Der KSV erkämpfte die Verschärfung der Schweigepflicht. Schon 1918

werbeschule, aus dem Schuldienst entlassen. Sofort rief der von MSB Spartakus und SHB getragene Uni-AStA zur Solidarität auf, denn Solidarität mit dem vom Berufsverbot betroffenen prinzipiellen Kritikern des gesellschaftlichen Status quo ist unteilbar. Zu einem vom AStA veranstalteten Teach-in mit Hannes Heer erschienen im überfüllten Audimax 800 Studenten.



setzung der Interessen der Studenten durch die Verbindung von Gremienarbeit und demokratischem Massenkampf. Und zwar trotz einiger Vorschriften, die den Mitgliedern des Fakultätsrats eine Schweigepflicht aufzwingen. Jeder verantwortungsbewusste Gremienvertreter (gerade auch zum Beispiel Betriebsräte, die ja gesetzlich an ähnliche Vorschriften gebunden sind) weiß, wie man mit solchen Paragraphen „lebt“, ohne eine konsequente Interessenvertretung zu beeinträchtigen. Nicht so der KSV. Das durchaus richtige Ziel, nämlich die Abschaffung der Schweigepflicht, rückte in Bonn durch seine egozentrische „Bewegung“, die ihm alles ist, in weite Ferne. Seine Kandidatin für die Engere Fakultät an der Universität Bonn verkündete schon im Wahlkampf lauthals, sie werde sich nicht an die Schweigepflicht halten. Erfolg: Sie wurde vom BuF-Dekan nicht zu den Fakultätssitzungen zugelassen. Für den Beginn der letzten Sitzung nun rief der KSV zu einer „Protestmanifestation“ auf, mit der der KSV-Kandidatin der Zugang zur Engeren Fakultät „erzwungen“ werden sollte. Während dieses Treffens, das mehr oder weniger eine Mitgliederversammlung des KSV unter freiem Himmel darstellte, kam der Clou: Die Kandidatin übergab dem Dekan ein Schreiben, in dem sie die inkriminierten Äußerungen zurücknahm und schuf damit

höhnte Lenin: „Diese lieben ‚linken Kommunisten‘, wieviel Entschlossenheit ist bei ihnen zu finden... und wie wenig Überlegung!“

*

Aufgrund einer Bonner Pressekampagne des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“ (BuF) wurde der KSV-Anhänger Hannes Heer, Hilfslehrer in einer Bonner Ge-

Doch der Betroffene selbst wiegelte die Forderung nach seiner Wiedereinstellung ab: es komme darauf an, den bürgerlichen Staat zu entlarven, ob er weiter lehren dürfe, sei nebensächlich. Der KSV versuchte dann in diesem Sinne — erfolglos —, Robert Steigerwald, Parteivorstands-Mitglied der DKP, aus dem Saal zu brüllen und ein Klima des Anti-Kommunismus zu schaffen. (Hannes Heer über sich zu seinen Schülern: „Ich bin Kommunist. Zur Klarstellung: Ich gehöre nicht zur DKP oder zur SDAJ, die die DDR und die Sowjetunion verherrlichen, ein System, in dem das Volk genauso ausgebeutet und unterdrückt wird wie bei uns.“)

Die Krönung war dann schließlich eine Demonstration mit der Stoßrichtung: gegen Berufsverbot und AStA. Wenn auch bei dieser Demonstration nur 100 Studenten mitmarschierten, trug sie doch, wie alle KSV-Aktionen, zur Verwirrung der Öffentlichkeit bei, schwächte sie den gemeinsamen, schon oft erfolgreichen Kampf gegen die Berufsverbote, spielte sie der Reaktion in die Hände.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,—
Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Ich bestelle per Nachnahme
(Versand nur per Nachnahme möglich)

... Exemplar(e) des Protokolls.

Name:

Ort:

Straße:

Hoch/Fachhochschule

Schicken an: Bundesvorstand des
MSB SPARTAKUS, 53 Bonn,
Sternenburgstraße 73

Von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus

Philosophie und Wissenschaft.
Zur Frage der wissenschaftlichen Weltanschauung

Für eine fortschrittliche Anfängeraus-
bildung der Sozialwissenschaft

Die Arbeiterklasse
im revolutionären Weltprozeß

Dokumentation
zur Bildungspolitik

Numerus clausus — Instrument
reaktionärer Bildungsplanung

6 Punkte des vds für ein
demokratisches Hochschulgesetz

Bildungspolitische Vorstellungen
des DGB

Zum Schul- und Hochschul-
„Reform“-Programm der CDU

Bestellungen bitte an:

Facit

53 Bonn, Colmantstr. 32

Auch ältere Nummern sind noch vorrätig



Hochschule kurz

Wuppertal

Ein Brief vom Rektor . . .

Sehr geehrter Herr Hecker,
im Rückblick auf unsere erfreuliche sachliche Erörterung studentischer Aktivitäten ersuche ich Sie, das Plakat „Stoppt den Kriegsverbrecher Nixon“ aus dem Gebäude Dietrich-Bonhoeffer-Weg 1 zu entfernen.

Massive Personalkritik an amtierenden Staatsoberhäuptern ist in öffentlichen Gebäuden nicht zulässig.

Mit verbindlicher Empfehlung
(Gruenter)

. . . und die offene Antwort

OFFENER BRIEF
DES MSB SPARTAKUS WUPPERTAL
AN DEN GRÜNDUNGSREKTOR
DER GESAMTHOCHSCHULE

Sehr geehrter Herr Gruenter!

„Im Rückblick auf unsere erfreuliche sachliche Erörterung studentischer Aktivitäten“ müssen wir Ihren Brief an den MSB SPARTAKUS vom 13. 12. 72 als einen Versuch der politischen Disziplinierung einer Studentenorganisation zurückweisen.

Wir halten es für unsere Pflicht, die auf Befehl des US-Präsidenten Nixon begangenen Kriegsverbrechen anzuprangern. In diesem Sinne ist das von Ihnen erwähnte Plakat sicherlich „massive Personalkritik an einem amtierenden Staatsoberhaupt“, es ist darüber hinaus aber eben Kritik an einem amtierenden Kriegsverbrecher!

Und bei Kriegsverbrechen ist Kritik nicht nur zulässig, unserer Meinung nach wird sie dann zur Notwendigkeit. Wir können und wollen dazu nicht schweigen.

Den Aushang des Plakates „Stoppt den Kriegsverbrecher Nixon“ verbieten zu wol-

len, bedeutet einen eklatanten Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung. Hinzu kommt, daß es keinerlei rechtliche Grundlage dafür gibt, daß „massive Personalkritik an amtierenden Staatsoberhäuptern“ an Hochschulen nicht zulässig ist.

Im übrigen ist die Tatsache, daß Richard Nixon ein amtierendes Staatsoberhaupt



ist, für uns nur ein Grund mehr, seine Politik des Völkermords entschieden zu bekämpfen. Wir verweisen auf das Grundgesetz:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten . . . Eine Zensur findet nicht statt.“

Aus den genannten Gründen weigern wir uns, das Plakat „Stoppt den Kriegsverbrecher Nixon“ zu entfernen!

Mit vorzüglicher Hochachtung!
MSB SPARTAKUS WUPPERTAL
— Der Vorstand —

SEMINAR VON UNEF UND VDS

„Europa, die Studenten und die Universität in den kapitalistischen Ländern und die Demokratisierung der Ausbildung“ —

Unter diesem Thema veranstalteten der vds und die unef (Union Nationale des Etudiants de France) mit Unterstützung des ISB ein internationales Seminar Mitte Dezember in Strasbourg.

Delegationen aus über 20 Ländern nah-

men an den Beratungen teil. Bei den verschiedenen

Studentenverbänden herrschte Einigkeit über die Feststellung, daß sich mit der Gründung und Erweiterung der EWG absolut nichts an der Tendenz zum weiteren Abbau der demokratischen Rechte und der Benachteiligung von Arbeiterkreisen an den Hochschulen der westeuropäischen Länder geändert hat. Die Teilnehmer beschlossen eine verstärkte Zusammenarbeit in der Analyse der europäischen hochschulpolitischen Situation und eine effektive Koordinierung des gemeinsamen Kampfes.

SHB/SF für Numerus clausus

Immer wieder entlarvt sich manches „linkes“ Grüppchen als Stütze studentenföindlicher Politik. Ein Beispiel aus Oldenburg: Hier fordert der „shb/sf“, vom Sozialdemokratischen Hochschulbund abgespaltene Splittergruppe, schlankweg den Numerus clausus für die in Gründung befindliche Universität. Während zum Beispiel der MSB entschiedenen Kampf gegen den NC-Staatsvertrag führt und unbegrenzten Zugang zur neuen Universität fordert, stellt der shb/sf im Einklang mit der reaktionären Kultusbürokratie fest: „Eine Universität kann in der Aufbauphase nur mit begrenzten Studentenzahlen den Betrieb aufnehmen.“ Grund für ihre NC-Forderung: Sie wollen damit die Studienreform gesichert wissen. Da kann man nur an Dohnanyis Ausruf erinnern: „Gerade weil wir die Studentenexplosion haben, machen wir die Studienreform!“ Denn ein anderes Verständnis von Studienreform als der Fordmanager können die „Genossen“ nicht haben; denn sonst wüßten sie, daß sich die Forderungen nach Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen und demokratischer Studienreform alles andere als ausschließen.

Wahlergebnisse

Die Wahlen zu den Organen der studentischen Selbstverwaltung an der FH Bielefeld endeten mit einem Erfolg für die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung insbesondere für den MSB. Er konnte seine Position im SP von bisher 6 auf 12 Sitze ausbauen, 11 Sitze gingen an Kommilitonen, die auf gewerkschaftlich orientierten Bündnislisten mit MSB-Genossen kandidierten, 4 Sitze erhielt eine Liste unabhängiger Kandidaten.

✱

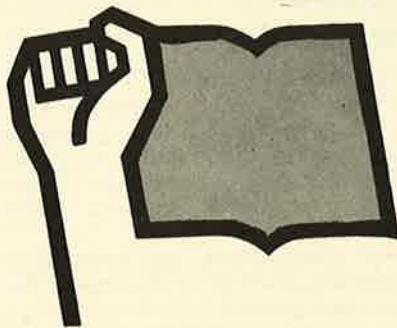
Auch an der Fachhochschule Niederrhein ist das bewährte Bündnis MSB Spartakus und SHB aus den Wahlen zu den Organen der verfaßten Studentenschaft gestärkt hervorgegangen. Die hohe Wahlbeteiligung von 58,2 Prozent und das Wahlergebnis ist ein eindeutiges Votum für die verfaßte Studentenschaft. Die Studenten erteilten den Rechtskräften (RCDS und Rechtsunabhängige) eine eindeutige Abfuhr. Die 40 Sitze des Studentenparlamentes sind folgendermaßen verteilt:

11 SHB und Sympathisanten, 8 Aktion Demokratischer AStA (lokales Bündnis von HSB, MSB Spartakus, LHV und Linksunabhängigen in Mönchengladbach), 7 MSB Spartakus und Sympathisanten, 5 Rechtsunabhängige, 5 Nichtorganisierte, 2 RCDS, 1 LHV, 1 Linkssektierer.

✱

An der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg konnte der MSB Spartakus bei einer Wahlbeteiligung von 86 Prozent (!) einen hohen Wahlsieg erringen. Die Sitzverteilung: 11 MSB, 9 SHB, 4 GMS (Trotzkisten) und 2 Unabhängige.

Für die eigenen Interessen kämpfen -



Mit der Arbeiter klasse verbünden

Programm für das gemeinsame
Handeln der Studenten - Entwurf

MSB SPARTAKUS

Lest und diskutiert den Programm-Entwurf!

Preis: mindestens 30 Pfennig (Solidaritätsspende)
Ich bestelle Exemplare des „Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten“.

Name

Vorname

Hoch- bzw. FH-Schule

Ort

Straße

Unterschrift

Einsenden an: MSB Spartakus, Bundesvorstand, 53 Bonn 1, Postfach

Internationales

Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die internationale Solidarität werden die US-Aggression stoppen!

Bombenterror ohne Chance

Nixon mußte — zumindest vorläufig — die Terrorangriffe auf Nordvietnam einschränken. Angetreten, die alte Drohung zu verwirklichen, „Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben“¹, mußten die USA erkennen, daß ihre Terrorangriffe die Vietnamesen keinesfalls in die Knie zwingen würden!

Im Gegenteil: Allein zwischen dem 18. und 29. 12. 72

wurden von der Luftabwehr Nordvietnams 77 Maschinen der USA abgeschossen, darunter fünf Schwenkflügel F 111 und 35 Jagdbomber. Und allein 33 der bislang als unverwundbar geltenden B 52 (Stückpreis 8 Mill. Dollar) wurden in diesem Zeitraum von den von der UdSSR gelieferten Raketen und Waffen abgeschossen.

In einem Interview mit der französischen Zeitung „La Nouvelle Critique“ machte Pham Van Dong noch einmal deutlich: „Das vietnamesische Volk als Ganzes, in Nord und Süd wird sich um keinen Preis ein neues Kolonialsystem aufzwingen lassen. Es ist sich völlig klar über die ganze Vernichtungskraft der Waffen, die Herr Nixon besitzt. Aber es weiß sich auch zu verteidigen, sich gegen die Bomben, gegen die Überschwemmungen zu schützen. Das vietnamesische Volk weiß sich vor allem zu schlagen, wenn seine Unabhängigkeit in Gefahr ist, es wird nie seine Unabhängigkeit hergeben, um einige Städte und Fabriken zu retten.“²

Diese Erfahrung, daß die Vietnamesen durch Terror nicht zur Kapitulation zu zwingen sind, haben die US-Regierungen während des gesamten Krieges gemacht. Trotzdem befahl Nixon Terrorangriffe, die alle bisherigen in den Schatten stellten. Allein die B 52-Bomber mit 3000 Bomben können jeden Tag eine Fläche von 64 Quadratkilometern zerstören. Die meist in Dreierketten angreifenden Maschinen verwandeln mit Bombenteppichen Gebiete von 800 m Breite und 2,4 km Länge in eine Kraterlandschaft aus Staub und Trümmern. Heute gibt es kein Dorf mehr, keine Stadt, deren Wohngebiete, deren Schulen und Krankenhäuser nicht von Bomben zerstört wurden. Kein Gebiet mehr, wo Bauern, Frauen, Kinder und Greise nicht im Bombenhagel der B 52 starben.

PROTESTSTURM VON NICHT GEKANNTEM AUSMASS!

Diese neuen Angriffe haben die Weltöffentlichkeit auferüttelt: Innerhalb weniger Tage hat sich in der Welt ein Proteststurm von bisher nicht gekanntem Ausmaß erhoben.

In gewaltigen Massenveranstaltungen und -demonstrationen haben Menschen auf allen Kontinenten gegen die US-Bombenangriffe demonstriert.

Die Hafenarbeitergewerkschaft Kopenhagens rief zum Boykott US-amerikanischer Schiffe und Frachten auf. Die Docker von Australien, die Docker der Hafenstädte Madras und Genua beschlossen, US-Schiffe zu boykottieren.

Und in der BRD verurteilte „der Vorstand der IG Metall aufs schärfste den Bombenterror, den die USA über Nordvietnam verhängt haben“.³ Der vorsichtig zurückhaltenden Erklärung des DGB-Bundesvorstandes vom 27. 12. 72 folgte auf den Druck vieler Unterorganisationen hin die klare vom 5. 1. 72: „Der DGB... stimmt voll und ganz mit der weltweiten Verurteilung der amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam überein, bei denen es sich um eine elementare Verletzung der Menschenrechte handelt.“

Innerhalb kurzer Zeit setzten in der BRD rund 150 000 Menschen ihre Unterschrift unter den „dringenden Appell zur sofortigen Unterzeichnung des 9-Punkte-Ab-



kommens". Die Hilfsaktion Vietnam sammelte rund eine Million Spenden für Vietnam. Allein am 14. 12. 72 spendeten Studenten während des Vietnamsolidaritätstages des MSB SPARTAKUS über 30 000 D-Mark.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung verurteilten viele Regierungen die Bombardierungen. Am deutlichsten war die Erklärung des schwedischen Ministerpräsidenten Palme, der die Bombardierungen mit den Verbrechen der Nationalsozialisten in Oradour, Lidice und Treblinka verglich. Und die dänische Regierung legte dem Parlament einen Beschluß vor, der DRV eine humanitäre Sonderhilfe in Höhe von 5 Millionen Kronen zur Verfügung zu stellen.

PROTESTVERSAMMLUNGEN IN SOZIALISTISCHEN GROSSBETRIEBEN

In der Hauptstadt der DDR demonstrierten am Sonntag, dem 14. 1. 72, weit über 150 000 Menschen zusammen mit Honecker gegen die US-Aggression! In scharfen Erklärungen protestierten die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder und sicherten der DRV weitere verstärkte Hilfe zu. Und es gab zum Beispiel in der DDR keinen sozialistischen Großbetrieb, in dem die Kollegen nicht in mehreren Betriebsversammlungen die US-Aggression verurteilten, so im Magdeburger Thälmannwerk, so im Glaskombinat Schwarze Pumpe, so im Eisenhüttenkombinat Ost. In zahlreichen Unterschriftensammlungen forderten die Arbeiter der Berliner Betriebe die sofortige Unterzeichnung des Neun-Punkte-Abkommens. Und die Ende des Jahres 1972 abgeschlossene Rundfunk-Solidaritätsaktion der DDR Sender erbrachte ein Ergebnis von 3 828 695 Mark.

USA-REGIERUNG ISOLIERT

Bedrängt von der öffentlichen Bewegung, mußten selbst die Regierungen von acht NATO-Staaten sich von den US-Angriffen distanzieren. Denn sie hatten erkannt, daß ihr überseeischer Partner drauf und dran war, „den Topf zum Überlaufen zu bringen“ und sie mit in den Strudel einer zum Scheitern verurteilten Politik zu ziehen drohte.

Diese breiten Solidaritätsaktionen drängten die USA in die politische und moralische Isolation, so daß die Frankfurter Rundschau in ihrer Silvesterausgabe feststellte: „USA gehen isoliert ins neue Jahr!“

Damit war der neue Versuch der US-Regierung, durch die Eskalation des Terrors Boden zu gewinnen, nicht nur militärisch gescheitert, sondern die USA wurden auch international isoliert. Die USA waren gezwungen, die Bombardierungen einzuschränken und damit den Weg freizumachen für weitere Verhandlungen in Paris.

Zugleich erhofften sich die USA offen-



Das Zentrum von Hanoi zu Weihnachten 1972 — Nixon muß auf die Anklagebank als Kriegsverbrecher!



sichtlich, die Welt darüber hinwegzutäuschen, daß Bomben noch immer täglich nicht nur auf Südvietnam, sondern ebenso auf die gesamten Gebiete der DRV südlich des 20. Breitengrades fallen. Das sind die Provinzen Tranh Hoa, Nghe An, Ha Tinh, Quang Binh und das Gebiet Vinh Linh. Und was Nixon selbst am 5. Januar offen vor Kongreßmitgliedern erklärte, nämlich, daß er neue massive Einsätze der US-Luftwaffe nicht ausschließe, das bestätigte der Chef des US-Amtes für Nachrichtenwesen, Herbert Klein, am selben Tag zynisch in einem Fernsehinterview: „Der Präsident hofft gewiß, daß die Verhandlungen zu Erfolgen führen werden, doch würde ich keine der möglichen Taktiken ausschließen, um unsere Truppen zu schützen oder wesentliche militärische Zielsetzungen zu erreichen.“⁵

Damit ließ die USA-Regierung keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft, jederzeit ihre militärische Aggression weiter und von neuem zu eskalieren. So beurteilte selbst die bürgerliche Presse die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit großer Skepsis. Noch saß der Schock der weihnachtlichen Bombenangriffe zu tief. Zu viele hatten sich von der Euphorie, die Kissinger verbreitete, täuschen lassen. So herrschte weitgehend Unverständnis über den Entschluß der USA-Regierung. Lediglich die WELT sah recht klar: „Wenn der Bomberkrieg gegen den Raum Hanoi-Haiphong ein Maßstab ist, wird sich das Amerika der zweiten Präsidentschaft Nixons zum erstenmal seit der Kubakrise wie eine Großmacht benehmen, die keine Hemmungen hat, ihre Ziele mit dem vollen Einsatz militärischer Mittel durchzusetzen.“⁶

„VIETNAMISIERUNGSPOLITIK“ GESCHEITERT!

Dieser „volle Einsatz militärischer Mittel“ wurde offensichtlich von der US-Regierung gestartet, als sie ihren Versuch scheitern sahen, mit einem neuen Anlauf der „Vietnamisierungspolitik“ ihre Herrschaft auch für den Zeitraum nach einer etwaigen Vertragsunterzeichnung zu sichern. Denn dazu hatten sie das Saigoner Thieu-Regime militärisch aufgepumpt, die Thieu-Luftwaffe zur drittstärksten der Welt hochgerüstet und versucht, die demokratische Opposition systematisch durch Einkerkung und Ermordung auszuschalten.⁷

Offen erklärte der neue US-Verteidigungsminister Laird: „**Um die Grundlage für Frieden und Stabilität (im US-amerikanischen Sinne, d. Verf.) zu schaffen, reicht die Vietnamisierung nicht aus...** Wir haben offensichtlich andere Ziele als den reinen militärischen Abzug aus Südvietnam.“⁸ (FAZ 12. 1. 72.)

Diese Erklärung des US-Verteidigungsministers ist das bisher deutlichste Eingeständnis, daß die verschiedenen US-Vorbereitungen scheiterten, mit Hilfe der Thieu-Clique auch für einen Zeitraum nach einem US-Truppenabzug ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Mit ihren „Vietnamisierungs“versuchen gescheitert, versuchten sie, durch Terrorangriffe zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Neben dem Ziel, die DRV als den wichtigsten Bündnispartner der Befreiungstreitkräfte Südvietnams entscheidend in seiner Infrastruktur zu treffen, zu zerstören und damit auf lange Sicht zu schwächen, erhoffte sich die Nixon-Regierung sicher auch eine Stärkung ihrer Verhandlungsposition. Und die legte Laird nach einem Bericht der FAZ noch einmal klar dar: „Laird war offensichtlich vom Weißen Haus beauftragt, den . . . Eindruck zu beseitigen, Washington steuere auf einen Waffenstillstand mit Hanoi zu, um dann beiden Vietnam (gemeint sind Thieu-Regime und DRV, d. Verf.) und der „Nationalen Befreiungsfront“ des Vietcong im Süden die politische Lösung zu überlassen.“⁹ Das Ziel ist vielmehr die Stärkung des Saigoner Regimes auch für die Zeit nach der Unterzeichnung. Das wird auch an den 126 Änderungsanträgen deutlich, die Kissinger nach der Aushandlung des Neun-Punkte-Abkommens aus der Tasche zog. Handelte es sich bei diesen Anträgen vor allem sicher um einen Legitimationsversuch für die Weigerung der USA-Regierung, das Abkommen zu unterzeichnen, so wird doch in den wesentlichen Punkten die Zielrichtung deutlich, die Festigung der Thieu-Clique. So verlangt die US-Regierung:

- den im Neun-Punkte-Programm vereinbarten „Nationalen Rat der Versöhnung und Eintracht“ nicht mehr aus drei Punkten (Thieu-Clique, Provisorische Revolutionäre Regierung und Neutralisten) zusammenzusetzen, sondern nur noch aus zwei: aus der Thieu-Clique und X „anderen“.
- diesem Nationalen Rat, der laut Abkommen die Durchführung des Abkommens sichern sollte, lediglich die Durchführung von freien Wahlen zu übertragen, das andere der Saigoner Thieu-Regierung zu überlassen.

Ein Hospital für Vietnam

Solidarität

mit der kämpfenden Jugend Indochinas!

Solidaritäts- und Spendenaktion des MSB SPARTAKUS zum Bau eines Kinderkrankenhauses in Hanoi im Rahmen der weltweiten Kampagne des Weltbundes der demokratischen Jugend (WBDJ) u. des Internationalen Studentenbundes (ISB)



Kauft die Vietnam-Postkarten des MSB! Spendet 1 % vom BAFöG!

- eine entmilitarisierte Zone am 17. Breitengrad einzurichten, um so die Teilung Vietnams zu zementieren, obgleich die USA noch im § 1 des Neun-Punkte-Abkommens feststellten: „Die Vereinigten Staaten respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit (I) und territoriale Integrität Vietnams.“

Diese vielfältigen Sabotageversuche der US-Regierung machen aber zugleich die Stärke des Abkommens deutlich. Es ermöglicht, werden die US-Truppen abgezogen und wird das Abkommen durchgesetzt, den Frieden für Vietnam.¹⁰

Die weihnachtlichen Terrorangriffe haben aber auch die Chancen- und Ausweglosigkeit des US-Imperialismus aufgezeigt. Sicher, noch kann er Terror ausbreiten, noch ist er stark genug, Städte zu ver-

nichten. Aber er kann seine Ziele nicht mehr erreichen, kommt nicht weiter. Er mußte zurück an den Pariser Verhandlungstisch. Und er wird in Paris auch unterschreiben müssen!

Anmerkungen:

- ¹ So der ehemalige Staatschef der US-Air Force, General Curtis Le May
- ² Zitiert nach „horizont 2“, 2. Januarheft 1973, S. 6
- ³ Erklärung des IG-Metall-Vorstandes vom 29. 12. 72
- ⁴ FAZ, vom 8. 1. 1972
- ⁵ Frankfurter Rundschau, vom 9. 1. 1972
- ⁶ Die Welt, vom 28. 12. 1972
- ⁷ Siehe dazu auch rote blätter 9, S. 30 ff.
- ⁸ FAZ, vom 12. 1. 1972
- ⁹ FAZ, vom 12. 1. 1972
- ¹⁰ Vollständiger Text des Abkommens siehe rote blätter 9, S. 32

„Wir halfen, die Oktoberkrise zu meistern“

Chilenischer Studentenfunktionär zu Gast bei Spartakus

Ende Dezember besuchte auf Einladung des vds ein Repräsentant des chilenischen Studentendachverbandes die Bundesrepublik. Miguel Angel Concha, Pressesprecher der Technischen Universität Santiago und

Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles, traf bei dieser Gelegenheit auch zu Gesprächen mit dem MSB Spartakus zusammen. Für die roten blätter gab er folgendes Interview:

rote blätter: Genosse Miguel, Du bist Mitglied des Studentenrats der Technischen Universität von Santiago. Kannst du uns bitte ganz kurz etwas über die Organisation der chilenischen Studenten sagen?

M. Concha: Ja, da wären zuerst die Organisationen zu nennen, die an den Universitäten die Volksfront repräsentie-

Gruppe will uns erzählen, die Regierung habe Verrat an der Arbeiterklasse begangen. Bei den Jugend- und Studentenorganisationen habe jedoch die kommunistische Jugend das größte Vertrauen. Bei den Studentenwahlen kann sie 35–40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Und die Linksentwicklung in der Studentenschaft geht ständig weiter.

reichen, um danach in den Betrieben hohe Leistungen vollbringen zu können.

rote blätter: Aber es gibt doch auch ganz unmittelbare Unterstützung; zum Beispiel jetzt in der Oktober-Krise.

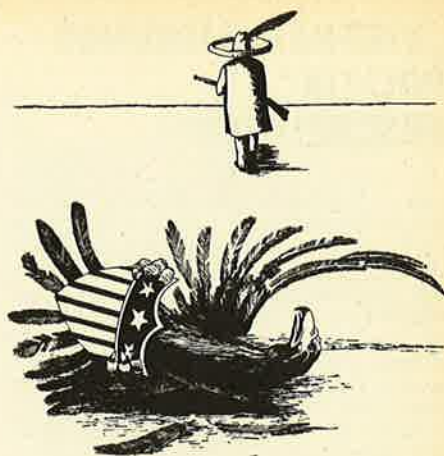


Miguel Concha und Christoph Strawe

ren: die kommunistische Jugend, die sozialistische und die radikal-revolutionäre Jugend, die linken Christen und die Bewegung der vereinten Volksaktion. Diese Gruppen unterstützen die Unidad Popular, im Gegensatz zu der christlich-demokratischen und der nationalen Jugend, aber auch zur sog. Frente, zur Front der revolutionären Studenten. Diese linksradikale

rote blätter: Die Masse der Studenten in Chile unterstützt also die Regierung der Volksfront. Wie sieht diese Unterstützung konkret aus?

M. Concha: An erster Stelle geht es dabei um die eigene Leistungssteigerung der Studenten, es geht darum, daß die Studenten mehr darauf bedacht sind, ihr Ausbildungsziel schneller und besser zu



Kupfer aus Chile beschlagnahmt!

Wegen der Beschlagnahme von 3000 Tonnen Kupfer, die am 9. Januar von einem sowjetischen Frachter aus Chile in den Hamburger Hafen gebracht wurden, appellierte der Parteivorstand der DKP in einem Telegramm an die Bundesregierung:

Der Parteivorstand der DKP erhebt schärfsten Protest gegen die Beschlagnahme von chilenischem Kupfer durch Hamburger Behörden.

Mit diesen Maßnahmen machen sich Organe der Bundesrepublik zu Vollstreckern gesetzwidriger Maßnahmen des amerikanischen „Kennecott“-Konzerns, der jahrzehntelang das chilenische Volk ausgeplündert hat und gegenwärtig versucht, die Volkswirtschaft Chiles durch aggressive Akte zu stören.

Die DKP fordert von der Bundesregierung, alles zu unterbinden, was auf eine Unterstützung der reaktionären Kampagne der amerikanischen Monopole gegen die demokratische Entwicklung Chiles hinausläuft. Die Bundesregierung muß unmittelbar Schritte einleiten, die zur Freigabe der gesetzwidrig beschlagnahmten Kupferladungen führen.

M. Concha: Ja. In der augenblicklichen Situation fehlt es ja bei uns überall an Kräften. Und da helfen die Studenten wo und wann sie können. Vor allem in den Ferien. Sie gehen freiwillig in die Betriebe und beteiligen sich aktiv an der Produktion. Und als es jetzt darum ging, den Transport-Boikott der Fuhrunternehmer zu brechen, haben die Studenten eine wichtige Rolle gespielt. Fast jeder zweite Student war dabei im Einsatz. Dabei sind Leistungen erbracht worden wie diese: In

Machenschaften der internationalen Konzerne, besonders die der US-Imperialisten, entlarvt worden sind, die Weltöffentlichkeit hinter die Forderungen Chiles gestellt hat. Überall kam es zu Solidaritätsaktionen. Aufgrund des internationalen Drucks müssen heute zum Beispiel in Frankreich die vorher abgewiesenen Kupferladungen gelöscht werden. rote blätter: Und was können die Studenten der Bundesrepublik tun, um das chilenische Volk zu unterstützen?



„Allende, wenn Deine Feinde Dich angreifen, verteidigt Dich das Volk!“

Santiago haben 300 Studenten 20 Waggons mit Getreide in sechs Stunden entladen. Dabei muß man wissen, daß das normalerweise drei bis vier Tage dauert. So haben die Studenten dazu beigetragen, daß die Unidad Popular die Oktoberkrise überwunden hat. Wirtschaftlich sind natürlich noch lange nicht alle Schwierigkeiten beseitigt, aber politisch haben wir einen großen Sieg errungen.

rote blätter: Auch in bezug auf die kommenden Wahlen?

M. Concha: Ja. Die Arbeiterklasse wurde in diesen Kämpfen wirklich gestärkt. Und auch viele, die der Unidad Popular bis jetzt abwartend oder feindlich gegenüberstanden, sind heute auf ihrer Seite, nachdem sich jetzt ganz klar herausgestellt hat, daß die Rechtskräfte vom CIA gestützt und finanziert werden und daß Teile der Christlichen Demokraten und anderer reaktionärer Kreise offen nach dem Staatsstreich trachten.

rote blätter: Wie hat sich denn jetzt schon die Rede von Präsident Allende vor der UNO auf internationaler Ebene ausgewirkt?

M. Concha: Wir können wirklich sagen, daß sich nach dieser Rede, in der die

M. Concha: Sie müßten vor allen Dingen Informationen verbreiten über unsere Lage, über unseren Kampf. Dann sollten sie versuchen, Aktionen durchzuführen, Unterschriftenlisten auslegen oder Veranstaltungen abhalten, die eventuell auch unter der Schirmherrschaft des chilenischen Botschafters stehen könnten. Wir freuen uns sehr, daß sich die westdeutschen Studenten, obwohl sie selbst die größten Probleme haben, so sehr für die Lage des chilenischen Volkes interessieren und einsetzen wollen.

rote blätter: Das ist eine Selbstverständlichkeit, gerade im Jahr der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin. Wie bereiten sich die Studenten in Chile auf das Festival vor?

M. Concha: Wir machen die Weltfestspiele in der breiten Bevölkerung bekannt, wir veranstalten große gemeinsame Vorbereitungskurse und Seminare mit Studenten und jungen Arbeitern, denn wir haben vor, eine möglichst große Delegation nach Berlin zu entsenden. Vor allem aber starten wir Solidaritätsaktionen mit den anderen um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Lateinamerikas.

SÜDAFRIKA

ZWOLF BANKEN in den USA und in Westeuropa wurden vom Lutherischen Weltbund darüber informiert, daß die Kirche alle finanziellen Beziehungen zu ihnen abbrechen würde, wenn diese Banken fortfahren sollten, mit ihrer Geschäftspolitik die Situation der Nichtweißen im südlichen Afrika zu verschlechtern. Lediglich zwei der 12 Banken, die Chase Manhattan Bank und die National City Bank, haben zugegeben, geschäftliche Beziehungen zu Rassisten-Regimen zu pflegen.

SYMBOL DER KOLONIALHERRSCHAFT

MOCAMBIQUE werde von Portugal nie aufgegeben werden, erklärte der Lissaboner Ministerpräsident Caetano einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen“ zufolge. Der Bau des Kraftwerks und des Staudammes bei Cabora Bassa sei ein „Symbol für diese Entschlossenheit Portugals“, seine Kolonie zu behalten. Über den Kongreß „Freiheit für Angola, Guinea-Bissau, Mocambique“, der am 13./14. Januar in Dortmund stattfand, werden die roten blätter in ihrer nächsten Ausgabe berichten.



In Südafrika wurde ein Konvent des schwarzen Volkes gebildet, der in seinen Reihen Vertreter der afrikanischen, indischen und der anderen nichtweißen Bevölkerung des Landes vereinigt. Einer Meldung der Johannesburg-Zeitung „Star“ zufolge wurde auf dem Gründungskongreß ein Aktionsprogramm angenommen, in dem unter anderem erklärt wird, daß der Konvent gegen die Rassendiskriminierung sowie für die gleichen Rechte aller Bürger kämpfen wird. Die Kongreßteilnehmer verurteilten entschieden die ausländischen Monopole, die mit dem rassistischen Regime der Südafrikanischen Republik zusammenarbeiten.

Der „nationale Kampf“ im Baltikum

Der 50. Jahrestag der Gründung der Sowjetunion als Vereinigung verschiedener Völkerschaften wurde im Westen mit der Enthüllung zahlreicher Widerstandsaktionen der vom „russischen Großmachtchauvinismus“ unterdrückten Völker begleitet. Vor allem wurden Widerstandsaktionen in den baltischen Sowjetrepubliken – Estland, Litauen, Lettland – gefeiert. An einem obskuren Kongreß in Brüssel, der sich in der Öffentlichkeit allerdings im wesentlichen nur bei ZDF-Löwenthal niederschlug, nahmen ebenfalls einige „Widerstandskämpfer“ aus diesen Gebieten teil. Wie dieser Widerstand zustandekommt, erhellt sich aus einigen jetzt bekanntwerdenden Ereignissen.

Angeblich existiert inner- und außerhalb Litauens ein „Oberster Ausschuß für die Befreiung Litauens“ (VLIK). Einer der VLIK-Funktionäre, Vytautas Alseika, ist aus dem Untergrund jetzt aufgetaucht und gab in der litauischen Hauptstadt Wilnius eine Pressekonferenz. Seit 1953 arbeitete er für VLIK, erst im guten Glauben, daß dort „die litauische Sache vertreten würde“, inzwischen jedoch der Auffassung, daß westliche Geheimdienste VLIK ausnutzen und Zwischenfälle inszenieren. Der Ausschuß bilde im Auftrag des CIA Agenten aus, erklärte der Überläufer. Der ehemalige Außenminister Litauens während der bürgerlichen Regierung, Stasys Lozoraitis, sei hauptberuflicher CIA-Agent, ebenso wie seine Mitarbeiter Zalkauskas und Krupavicius, alle führend im VLIK tätig. Der Überläufer berichtete, daß er bei den Weltfestspielen der Jugend in Helsinki beauftragt gewesen war, westliches Propagandamaterial in litauischer Sprache unter den aus der UdSSR eingereisten Litauern zu verteilen. Alseika legte Anweisungen des Ausschusses vor, nach denen in Litauen „Akte der Gehorsamsverweigerung gegenüber den Behörden zu inszenieren“ seien, um anschließend Zwischenfälle ins Ausland zu melden und auf dem Wege über die CIA-Sender „Free Europe“ und „Liberty“ wieder zurückstrahlen zu können.

In Estland scheint der Vorgang der Zwischenfalls-Inszenierung nicht viel anders vor sich zu gehen. Aus dem Untergrund aufgetaucht ist erneut Johannes Michkelson, der vor mehr als zwei Jahren als hauptberuflicher CIA-Agent entlarvt worden war und daraufhin für einige Zeit aus der aktiven politischen Tätigkeit verschwand. Michkelson trat als „Nachkomme des estnischen Präsidenten im Exil“ auf und wurde jetzt wieder in Helsinki sichtbar, wo er als „Vertreter der baltischen Völker“ die baltische Frage bei der Sicherheitskonferenz aufrollen will. In Helsinki antichambrierte

bei einigen westlichen Delegationen auch eine „Estnische Nationalregierung im Exil“ mit Botschaftsrat August Koern aus Kopenhagen. Koern hat sich befördert: seine letzte diplomatische Funktion war



die eines Sekretärs an der dänischen Botschaft der bürgerlichen estnischen Regierung vor rund 40 Jahren. Auch der „Ministerpräsident“ der Exilregierung machte wieder von sich reden, ein Heinrich Mark. Er wurde 1960 von einem schwedischen Gericht wegen Spionage für die USA zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. In der damaligen Verhandlung wurde, Zeitungsberichten aus Schweden zufolge, festgestellt, daß Mark seine Agententätigkeit 1941 begann: damals als Agent der Gestapo. Wirtschaftsminister der Exilregierung, die jetzt in Helsinki um „Anerkennung“ buhlt, ist Arvo Horm, von dem schwedische Zeitungen berichten, daß er ausgebildeter Spion ist: Er wurde auf der CIA-Schule in der holländischen Stadt Bloemendaal geschult. Vertreter des „Weltzentralrates Estlands“ in der Bundesrepublik ist Alfons Rehbarne, der beim CIA unter dem Decknamen Robert geführt wird. Der Washingtoner Vertre-

ter des „Weltzentralrats“, Gerhard Buschmann, diente während der Besetzung Estlands der NS-Gestapo in Tallin, flüchtete dann nach Deutschland und arbeitete für den amerikanischen Geheimdienst in München, ehe er nach den USA abkommandiert wurde. Dort avancierte er zum Chef der „Gesellschaft der Kämpfer Estlands“. Geschlossen wird der Reigen der estnischen Emigranten vom „Erziehungsminister“ der Exil-Regierung, Edgard Saks, einem Vertrauten des NS-Rassisten Alfred Rosenberg. Von Saks stammt die Theorie, daß die „Aesten“, die Vorfahren der Esten, einer der mächtigsten germanischen Stämme gewesen und dank ihrer „Kultur der Reinerhaltung der Art“ prädestiniert seien, gegen die „slawische Unkultur“ als „Bollwerk“ anzutreten.

(Berliner Extradienst)

Auch das noch!

Im Vatikan ist ein Sonderausschuß gebildet worden, der den „Fall Galilei“ einer Revision unterziehen soll. Die Tatsache, daß sich die Erde wirklich um die Sonne dreht, wird heute nicht mehr angefochten. Das sagte der österreichische Kardinal König in einem Interview für die Paese Sera. Im Jahre 1633 wurde der berühmte italienische Gelehrte wegen dieser Feststellung bei der Inquisition grausam gefoltert. Erst mehr als 300 Jahre später muß der Vatikan den „Irrtum“ Papst Urbans VIII. zugeben und Galilei rehabilitieren. In der Tat, Gottes Mühlen mahlen langsam.

★

Extravagante Leute können jetzt in Chicago eine Fahrradrickscha benutzen. Allerdings ist das teuer, der Kilometer kostet zwei Dollar.

★

Für den Unterhalt der Wachhunde im Stadtgefängnis von Leicester (England) wird die doppelte Summe eingeplant als für die Inhaftierten. Das gab der Innenminister Englands Mark Carlisle im Unterhaus bekannt. Die Tagesration 750 g Fleisch. Als Nachtsch gibt es ein Stück Kuchen. Die Hundemahlzeiten kosten wöchentlich etwa drei Pfund Sterling. Wie der Minister zu vermelden mußte, gibt der Fiskus für die Ernährung der Häftlinge anderthalb Pfund Sterling aus. Zum Vergleich: Die Altersrente in England liegt zwischen 1,85 bis 3 Pfund Sterling in der Woche.

THEORIE

Zum Schrecken der Reaktion:

Volkseinheit in Frankreich

Die Monopol-Bourgeoisie – und nicht nur die in Frankreich – ist in Panik: Es „droht“ die Volkseinheit. Demoskopen sagen dem Wahlbündnis von Kommunisten und Sozialisten in Frankreich einen Sieg voraus. Wird er Wirklichkeit, haben wir unser „Chile“ nebenan. Die Einigkeit von KPF und SP übt heute schon eine große Anziehungs-

kraft auf die Demokraten in der Bundesrepublik aus, das „Gemeinsame Regierungsprogramm“ wurde zum Bestseller des Verlags Marxistische Blätter. In Frankreich wurden bereits über eine Million Exemplare verkauft. Aus dem Vorwort von George Marchais drucken wir hier einige Auszüge nach.



„SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN“

Die Frage nach einer Veränderung steht im Leben unseres Volkes auf der Tagesordnung. Die Millionen Männer und Frauen sprechen es aus: „So kann es nicht weitergehen“. Die Gründe für ihre Unzufriedenheit sind so leicht zu erkennen. Das gegenwärtige Herrschaftssystem verschlechtert ständig die Lebensbedingungen aller Schichten der arbeitenden Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse. So fragt sich heute jeder voller Unruhe und Angst, wie es um ihn bestellt ist und wie es weitergehen soll. Es herrschen Ungewißheit und Unsicherheit.

Millionen Familien leben in halber Armut, und manche sogar in Elend. Tag für Tag vervielfältigen sich ihre Schwierigkeiten, werden zum Alptraum und enden nicht selten in einem Drama... Durch die Analyse der gesamten nationalen und internationalen Lage ist die Französische Kommunistische Partei zu der Schlußfolgerung gelangt, daß wir in eine Periode großer politischer Auseinandersetzungen eingetreten sind, in denen es einfach gesprochen um folgendes geht: Aufrechterhaltung der bankrotten Herrschaft der Monopole oder Errichtung einer neuen Macht der wirtschaftlichen und politischen Demokratie, die den Weg zum Sozialismus öffnet.

Vor mehr als zehn Jahren haben wir zusammen mit der internationalen kommunistischen Bewegung aus der Entwicklung der Weltlage den Schluß gezogen, daß es möglich ist, zu Demokratie und Sozialismus auf neuen, unterschiedlichen und eigenständigen Wegen zu gelangen.

Die Verstärkung der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich und die Lehren der großen Volksbewegung

vom Mai und Juni 1968 haben dieser Überzeugung neue Kraft verliehen.

Ausgehend von all diesen Betrachtungen haben wir im Oktober 1971 den Beschluß gefaßt, unser Programm „Für eine demokratische Regierung der Volkseinheit“ zu beschließen und zu veröffentlichen...

UNSER KAMPF FÜR DIE EINHEIT

Die Einheit ist eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen das Großkapital, und sie ist auf allen Stufen dieses Kampfes notwendig. Darum ist der Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse und die Einigung aller demokratischen Kräfte stets Teil unserer Politik, ist Grundsatzpolitik. Die Geschichte der Französischen Kommunistischen Partei wird begleitet von unseren unablässigen Versuchen zugunsten dieser Einigung.

So war es 1934, als wir das Abkommen über die Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialisten schlossen, so war es mit der Bildung der Volksfront, die wichtige soziale Verbesserungen errang. So war es während der Resistance, mit der Bildung der nationalen Front und mit der Annahme des Programms des Nationalrates der Resistance. So war es auch nach der Befreiung mit der Teilnahme kommunistischer Minister an der Regierung. Auch späterhin, sogar in Augenblicken größter Schwierigkeiten, hat unsere Partei niemals auf ihren Kampf für die Einigung verzichtet. Niemals hat sie sich entmutigen und in die sektiererische Abkapselung treiben lassen...

MORGEN IN FRANKREICH...

In der Präambel des gemeinsamen Programms bekräftigen die Sozialistische Partei und die Französische Kommunistische Partei ihren gemeinsamen Willen, „dem Unrecht und dem Widersinn des gegenwärtigen Regimes ein Ende zu setzen“. Um dieses Ziel zu erreichen und um den Weg zum Sozialismus zu eröffnen — so erklären die beiden Parteien —, sind tiefgreifende Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben notwendig.

Diese Veränderungen sind es, die im gemeinsamen Programm angesprochen werden.

Wie wird die Politik eines demokratischen Frankreichs von



George Marchais wurde vom XX. Parteitag der FKP zum Nachfolger des bisherigen schwererkrankten Generalsekretärs Waldeck-Rochet gewählt.



Unten: Im Sportpalast von Saint Quen tagten Mitte Dezember die 1200 Delegierten, die über 450 000 französischen Kommunisten repräsentieren. Dieser Parteitag wurde zum wichtigsten Ereignis vor den Wahlen im März.



morgen aussehen, wie das tägliche Leben der Franzosen, wenn die Mehrheit unseres Volkes beschließt, dieses Programm zu dem seinen zu machen?

Die sozialen Maßnahmen haben Vorrang! Das wird die Parole der neuen Regierung sein. Der Mittelpunkt ihrer Bemühungen wird die Schaffung von Bedingungen sein, die es den Arbeitern und der Gesamtheit der werktätigen Bevölkerung erlauben sollen, anders, besser als heute zu leben.

Betrachtet man die im gemeinsamen Programm vorgesehenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit, so stellen sie die kühnste Politik auf sozialem Gebiet dar, die es in diesem Land bisher gegeben hat. Ihre Durchführung wird zu einer bisher ungekann-

ten Verbesserung des Loses all derer führen, die in den Fabriken, in den Büros, in den Labors und auf den Feldern von ihrer Arbeit leben müssen. Sie wird ihren Ausdruck finden in einer echten Förderung der Frau in der Gesellschaft und durch die Eröffnung völlig neuer und begeisternder Aussichten für die Jugend.

Das paßt natürlich der Reaktion nicht in den Kram, die von den Gaullisten bis zu J.-J. Servan-Schreiber nur einen Schlachtruf kennt: „Das wird der Ruin der Wirtschaft sein! Woher sollen die Mittel zur Durchführung einer solchen Sozialpolitik kommen?“

Im wesentlichen sind die dazu notwendigen Mittel schon heute und jetzt vorhanden. Frankreich ist ein wirtschaftlich und technisch hoch entwickeltes Land. Seine Arbeiter, seine Bauern, seine Intellektuellen schaffen ungeheure Reichtümer. Was jedoch nicht richtig ist, und was verändert werden muß, ist, daß diese Reichtümer, anstatt der großen Mehrheit zugute zu kommen, von einem kleinen Grüppchen von Industrie- und Finanzbaronen angesammelt werden, ja mehr noch: die ganze Wirtschaftspolitik des Landes, die industrielle Entwicklung, die Ausrichtung der Landwirtschaft, die Infrastruktur, das Steuersystem, alles ist durch die gegenwärtige Regierung dem Gesetz des privaten Monopolgewinns ausgeliefert.

Was ein Land wie das unsere teuer zu stehen kommt, eine erdrückende Belastung darstellt, ist nicht eine Politik des sozialen Fortschritts, sondern die Tatsache, daß die Monopole einen erheblichen Teil des gesellschaftlich geschaffenen Mehrwerts akkumulieren und überakkumulieren. Dient aber das so angesammelte Kapital dazu, die zur Entwicklung einer Produktion notwendigen Investitionen vorzunehmen, die auf die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse gerichtet ist? Nein, es wird einzig und allein zur weiteren Erhöhung des Monopolprofits verwandt. So ist das Großkapital weit davon entfernt, für die Entwicklung aller Hilfsquellen des Landes unbedingt notwendig oder auch nur nützlich zu sein; es schafft im Gegenteil einen riesigen Teil dieser Hilfsquellen beiseite und friert den anderen Teil ein. Die Hälfte des angesammelten Kapitals wird nicht für Produktivzwecke im Land verwandt, die Masse des verfügbaren Kapitals schwimmt im trüben Wasser der Spekulation, es wird eine riesige, nutzlose Verschwendung getrieben, während die vorhandenen materiellen und menschlichen Möglichkeiten im wahrsten Sinne des Wortes unfruchtbar gemacht sind.

Um diese ungeheure Verschwendung zu beenden und um dem Land selbst die bestehenden und neu zu schaffenden Hilfsquellen zur Verfügung zu stellen, ist das Handeln der demokratischen Regierung darauf gerichtet, das Land von der Herrschaft des Monopolkapitals zu befreien.

Dazu sieht das gemeinsame Programm vor, daß „die Regierung nach und nach die Übernahme der wichtigsten Produktionsmittel und des Finanzwesens in gesellschaftliches Eigentum verwirklichen wird, die sich heute in Händen der herrschenden Kapitalistengruppen befinden“.

Gleich mit Beginn der Legislaturperiode werden der Bank- und Finanzsektor verstaatlicht; bei der Industrie wird eine Mindestschwelle bei der Verstaatlichung und Ausdehnung des staatlichen Sektors durch ein Bündel von verschiedenen, auf die einzelnen Sektoren abgestimmten Maßnahmen erreicht werden. Man braucht nur das gemeinsame Programm zu lesen, dann wird man feststellen, daß im Gegensatz zu den Behauptungen der reaktionären Propaganda keineswegs die „totale Verstaatlichung“ vorgesehen ist. Die Ausdehnung des staatlichen und nationalisierten Sektors betrifft nur eine ganz kleine Zahl der sieben Millionen Industriebetriebe Frankreichs. Die Gesamtheit dieses Sektors wird nur wenig mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte bei einer Gesamtzahl von 15 Millionen Beschäftigten in der heutigen Wirtschaft umfassen. Es bleibt also ein umfangreicher privater Sektor bestehen. Außerdem wird bei der Entschädigung der Aktionäre der verstaatlichten Unternehmen ein Unterschied zwischen den Inhabern großer Anteile und den kleinen und mittleren Aktionären gemacht. Und selbstverständlich betrifft die Verstaatlichung der Banken nicht die Einlagen von Einzelpersonen noch die von Unternehmen; sie wird für die kleinen Sparer keine anderen Auswirkungen

haben als nach der Befreiung die Verstaatlichung wichtiger Banken (Credit Lyonnais, der Banque Nationale de Paris und der Société Generale).

Die Verstaatlichung betrifft also nur — aber diese dann hart — die Monopolgiganten, die den grösten Teil der Wirtschaft des Landes beherrschen, ausrichten und unter ihrem Gewicht erdrücken. Die Produktion der betroffenen Industriegruppen stellt für sich allein genommen 15 Prozent des Bruttosozialprodukts dar. Dadurch erhält das Land die Verfügung über die wesentlichen Hebel, die angesetzt werden müssen, um die Wirtschaft zu entwickeln, und zwar unter wirksamen Bedingungen, über die Unternehmungen wie Renault oder die französische Elektrizitätsgesellschaft EDF heute den schon in der ganzen Welt anerkannten Beweis ablegen. Darüber hinaus wird gleichzeitig ein Großteil von Klein- und Mittelbetrieben aus der Abhängigkeit vom Großkapital befreit, aus der heute ständig vorhandenen Bedrohung, entweder sich den Monopolen anzuschließen oder unterzugehen.

Eine solche Verstaatlichung hat nichts gemein mit „Staatsbetrieben“. Die verstaatlichten Unternehmen sind im Rahmen der Ziele der staatlichen Planung in ihrer Verwaltung selbständig, wobei sie selbst auf demokratische Weise bei der Erstellung dieser Ziele mitgewirkt haben. Außerdem sind die Werktätigen in sehr großem Umfang in ihrer Leitung und Überwachung beteiligt.

Die Verwirklichung der gesamten wirtschaftlichen Reformen, die im Programm vorgesehen sind, die sich auf die Volksmassen des Landes stützt, gestattet es, alle Produktionskräfte in Bewegung zu setzen, die Verschwendung auszuschalten, die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu steigern, einen echten wirtschaftlichen Aufschwung zu sichern und gleichzeitig die für die Verwirklichung einer sozialen Neuerungspolitik notwendigen Hilfsmittel freizumachen.

Gleichzeitig wird die Verringerung der Militärausgaben und vor allem der Konstruktionsstopp für strategische Atomwaffen sowie die strenge Kapitalbesteuerung der großen Gesellschaften und großen Vermögen und ein wirksamer Kampf gegen Spekulation und Kapitalflucht dem demokratischen Staat die unerlässlichen finanziellen Mittel liefern.

Deshalb können wir mit Recht feststellen, daß dieses Programm keinesfalls demagogisch ist. Wir sind verantwortungsbewußte Leute, wir haben viel Sinn für den Staat und für unsere Verantwortung gegenüber den Werktätigen und dem ganzen Land. Wir haben sorgfältig darüber gewacht, daß dieses gemeinsame Programm den notwendigen Zusammenhalt aufweist, der es der demokratischen Regierung erlaubt, durch ihr Handeln seine Ziele mit Erfolg zu erreichen, d. h. um den Franzosen ein besseres Leben in einem Land des Wohlstands zu gestatten. Das gemeinsame Programm ist ein realistisches Programm, es ist auch ein realisierbares Programm, ein Programm, dessen Verwirklichung die Vorstellungen eines glücklichen Lebens in Frankreich verändern wird.

Aber besser leben heißt auch frei leben und seine Wahl zu treffen, sich an den Entscheidungen und der Verwaltung des Landes zu beteiligen. Darum haben in ihrem gemeinsamen Programm die Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei feierlich festgestellt, daß die demokratische Regierung die Grundrechte und Freiheiten des einzelnen und der Gemeinschaft sichert und erweitert; daß sie um eine Demokratisierung der Institutionen bemüht ist. Die Durchführung aller diesem Zweck dienenden Maßnahmen wird zu einem echten Aufschwung der Beteiligung der Werktätigen und der Volksmassen bei der Leitung, der Verwaltung und der Überwachung der Staatsangelegenheiten auf allen Ebenen führen. Die Ermöglichung und Förderung dieses st  ndigen Eingreifens der Massen bildet damit ein politisch fruchtbares Mittel der Verwirklichung des Programms.

Eine demokratische Politik im Land selber bedingt eine demokratische Politik auf internationaler Ebene ...

VON DER FORTSCHRITTLICHEN DEMOKRATIE ZUM SOZIALISMUS

Unser Programm ist fortschrittlich, neuartig und realistisch. Zweifelsohne findet man darin nicht alle Vorschläge des Pro-

gramms der Französischen Kommunistischen Partei. Da aber für uns stets das Wesentliche darin gelegen hat, die Sache der Demokratie und des Sozialismus unter Berücksichtigung der bestehenden Möglichkeiten zu fördern, waren wir niemals Anhänger des „Alles oder Nichts“, das das Linkssektierertum kennzeichnet und es zu vollständiger Wirkungslosigkeit verurteilt. Wir haben es schon immer gesagt: bei unserem Programm gibt es kein „Entweder nehmt ihr alles oder laßt es ganz sein“, wir sind im Gegenteil bestrebt, aufmerksam die Vorschläge und Ansichten anderer zu prüfen, und wir sind bereit, bei den schwierigsten Punkten zu für uns und die anderen annehmbaren Kompromissen zu kommen, sobald es darum geht, einen wichtigen Schritt in Richtung einer wirklichen Veränderung zu tun, einer umfassenden wirtschaftlichen und politischen Umwandlung. In diesem Geist haben wir die Verhandlungen geführt.

Um die verschiedenen Fragen, die sich bei der Erarbeitung eines gemeinsamen Programms stellen, zu lösen, haben wir uns von zwei Ideen leiten lassen: Auf der einen Seite ist es notwendig, daß die demokratische Regierung auf jedem Gebiet sehr rasch ein bestimmtes Mindestmaß an Entscheidungen trifft, die das Land auf einen neuen Weg führen, der den Interessen der Werktätigen und des ganzen Volkes entspricht; auf der anderen Seite, daß die Bestimmungen des Programms auf allen Gebieten so gefaßt sein müssen, daß sie das Eingreifen der Massen, die Entwicklung des Kampfes der Werktätigen für die Festigung der demokratischen Bestrebungen begünstigen und Frankreich den Weg zum Sozialismus   ffnen.

Was würde schließlich die Verwirklichung dieses Programms in der Geschichte unseres Volkes bedeuten? Welche Zukunft öffnet es uns?

Es handelt sich nicht um ein sozialistisches Programm. Die sozialistische Gesellschaft gründet sich im wesentlichen auf das gesellschaftliche Eigentum an der Gesamtheit der großen Produktions- und Verteilungsmittel, auf die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Es genügt, das gemeinsame Programm zu lesen, um festzustellen, daß seine Verwirklichung nicht die Einführung des Sozialismus in Frankreich bedeutet. Wir sagen dies nicht, um die Gegner des Sozialismus zu „beruhigen“, sondern weil wir im Gegenteil bestrebt sind, daß nichts die Idee des Sozialismus und ihren revolutionären Inhalt verringert, herabsetzt und verwässert.

Die Verwirklichung des gemeinsamen Programms wird dagegen die Errichtung einer Regierungsmacht gestatten, die als politische und wirtschaftliche Demokratie dem entspricht, was wir, ohne einem Wort nun allzuviel Bedeutung beimessen, eine fortschrittliche Demokratie nennen, d. h. eine Demokratie, wie sie unser Land noch niemals zuvor gekannt hat, und die ihren Ausdruck in politischen und wirtschaftlichen Reformen findet, deren soziale Auswirkungen ohne Vorbild sind. Eine solche Demokratie wird auch eine wesentliche Schwächung der Machtstellung des Großkapitals mit sich bringen und eine Verstärkung der Macht der Arbeiterklasse. Gleichzeitig wird sie günstige Voraussetzungen schaffen für verstärkte Anstrengungen der Werktätigen, um die Mehrheit unseres Volkes für die Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft zu gewinnen.

Kurz gesagt, wird eine Demokratie fortschrittlichen, wirtschaftlichen und sozialen Inhalts, deren Errichtung und immer weitergehende Verbesserung ein Erfolg des Programms gestatten würde, eine Art des Übergangs zum Sozialismus darstellen. Mit der Annahme dieses gemeinsamen Regierungsprogramms haben wir also keinesfalls auf unseren revolutionären Kampf für den Sozialismus verzichtet. Der Sozialismus ist unser wichtigstes Ziel, und das Bestreben, Frankreich dem Tag des Sozialismus näher zu bringen, ist der Leitstern all unserer Handlungen.

Durch das Programm wird aber gerade eine solche Politik festgelegt, die bei ihrer entschlossenen Durchführung die Errichtung einer fortschrittlichen Demokratie erlaubt, und damit den Weg zum Sozialismus öffnet, in einer Form und unter Umständen, die unserem Land angemessen sind.

Daß aber die Kommunistische Partei sich an die Spitze der Aktion zur Erweiterung der demokratischen Bewegung unseres Volkes und zur Erringung des Sieges setzt, ist nicht zufällig, ja es ist unerlässlich.

Das kommt daher, daß sie die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist und folglich ihre Lehre, ihre Kampfmethoden und ihre Organisation ihr diejenigen Mittel an die Hand geben, diese Rolle der Vorhut der Volkseinheit zu spielen; dadurch wird sie „zum unerlässlichen Mittel für die Durchsetzung der

großen politischen und sozialen Veränderungen, die unsere Zeit erfordert“.

Dies bedeutet auch, daß die Kraft und der Einfluß der Kommunistischen Partei für die Arbeiter, für die Demokraten und für die großen Volksmassen ein wichtiges Plus sind, eine wesentliche Garantie dafür, daß der Kampf zur Verwirklichung eines gemeinsamen Programms ihren Bedürfnissen und ihren Hoffnungen entspricht und daß er mit Entschlossenheit und Erfolg geführt wird.

Vor 125 Jahren, am 24. Februar 1848, veröffentlichten Karl Marx und Friedrich Engels die „Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus“, das Manifest der Kommunistischen Partei. An Aktualität hat dieses Dokument bis heute nicht verloren, trotz aller „Marxtötereien“. Lenin gab seinen wesentlichen Inhalt mit den Worten wieder: „Mit genialer Klarheit und Ausdruckskraft ist in diesem Werk die neue Weltanschauung umrissen: der konsequente, auch das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens umfassende Materialismus, die Dialektik als die umfassendste und tiefste Lehre von der Entwicklung, die Theorie des Klassenkampfes und der welthistorisch revolutionären Rolle des Proletariats, des Schöpfers einer neuen, der kommunistischen Gesellschaft.“



DAS MANIFEST

Kriege zertrümmern die Welt und im Trümmerfeld geht ein Gespenst um.

Nicht geboren im Krieg, auch im Frieden gesichtet, seit lange.

Schrecklich den Herrschenden, aber den Kindern der Vorstädte freundlich.

Lugend in ärmlicher Küche kopfschüttelnd in halbleere Speisen.

Abpassend dann die Erschöpften am Gatter der Gruben und Werften.

Freunde besuchend in Kerker, passierend dort ohne Passierschein.

Selbst in Kontoren gesehn, selbst gehört in den Hörsälen, zeitweis

Riesige Tanks besteigend und fliegend in tödlichen Bomben.

Redend in vielerlei Sprachen, in allen. Und schweigend in vielen.

*Ehrengast in den Elendsquartieren und Furcht der Paläste
Ewig zu bleiben gekommen: sein Name ist Kommunismus.*

Viel davon hörtet ihr. Dies aber ist, was die Klassiker sagen.

Lest ihr Geschichte, so lest ihr von Taten enormer Personen;

Ihrem Gestirn, sich erhebend und fallend; vom Zug ihrer Heere;

Oder von Glanz und Zerstörung der Reiche. Den Klassikern aber

Ist die Geschichte zuvörderst Geschichte der Kämpfe der Klassen.

*Denn sie sehen in Klassen geteilt und kämpfend die Völker
In ihrem Innern. Patrizier und Ritter, Plebejer und Sklaven*

Adlige, Bauern und Handwerker, heut Proletarier und Bourgeois

Halten sie jeweils den riesigen Haushalt im Gang, der Erzeugung

Und der Verteilung der Güter, der lebensnotwendigen, immer doch

Kämpfend dabei den Kampf bis aufs Messer, den um die Herrschaft.

Mitkämpfend fügen die großen umstürzenden Lehrer des Volkes

Zu der Geschichte der herrschenden Klassen die der beherrschten.

Bertolt Brecht

KULTUR



Pete Seeger

Das sind Sätze aus einem Brief, den Pete Seeger, der amerikanische „Protest“-Sänger, an „junge Menschen, die nicht in den USA zuhause sind, die die Musik lieben und die gern Volksmusik aus den USA hören“ geschrieben hat. Heute schon gibt es in der Bundesrepublik zahlreiche Musiker, Songgruppen, Rockbands und Kabarets, die dem von ihm formulierten Anspruch gerecht werden wollen.

„Tatsache ist, daß der Besuch von Theatern und Konzerten allein einer ‚Bildungselite‘ vorbehalten ist, während die kulturellen Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung durch die Unterhaltungsindustrie befriedigt werden, deren einziger Zweck die Profitmaximierung für die Monopole der Unterhaltungsindustrie und die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystems ist. So sollen Klassenbewußtsein unterdrückt und emotionale Bindungen an diese Gesellschaftsordnung geschaffen werden.“

(Studentenaktions-Programm des Spartakus)

„Laßt uns die Weltkultur auf neue Art bestimmen. Das Erbe der ganzen Welt gehört uns — nicht nur das Erbe Europas — wenn wir nur bereit sind, es aufzunehmen. Die musikliebenden Menschen der Zukunft werden sich die Schätze tausender nationaler Kulturen aneignen. Das schmälert nicht den Ruhm von Bach, Beethoven oder großer Jazzmusiker. Aber die Musik Amerikas und Europas wird den Platz mit vielen anderen teilen müssen. Ein Bücherregal ist ja auch groß genug, die Romanschriftsteller vieler Länder zu beherbergen. Das alles gilt auch für die Musik, die Ihr hören wollt.“

Ihr solltet in Eurer Heimat Eure eigene Musik schaffen und das Beste der alten Musik erhalten. Einige der besten Lieder von Bob Dylan hatten alte irische Balladenmelodien zur Vorlage. Eure Heimat sollte ihre eigenen Bob Dylans hervorbringen.

Plato, Konfuzius und andere Philosophen haben der Kunst der Musik große Bedeutung zugemessen. Die katholische Kirche versuchte im Mittelalter alle Arten von Musik, die den Menschen zugänglich war, unter ihre Kontrolle zu bringen. Heute, wo es moderne Massenkommunikationsmittel gibt, wird kein Versuch zur Zensur der Musik Erfolg haben. Deshalb versucht nicht, die Musik aus den USA zu verbieten. Macht die schlechteste lächerlich. Lernt von der besten. Wir werden schwer darum ringen müssen, in jedem Land eine solche Musik zu schaffen, die den Menschen in ihrem Leben und ihrem Kampf hilft, und die schließlich den Menschen helfen kann, eine neue, friedliche Welt, die Platz für alle Hautfarben hat, zu schaffen.“

Aber es gibt Alternativen!

Auch bei uns gibt es die Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, die gerade auch auf dem Musik-Sektor immer größere Verbreitung finden. Die Produktion des Pläne-Verlags bietet schlagende Beispiele. Die Lieder der Süverkrüps und Degenhardts, der DKP-Songgruppen und der Floh de Cologne finden sich nicht in den Hitparaden — aus einsichtigen Gründen; aber sie sind populär im besten Sinne des Wortes. 300 000 junge Arbeiter und Studenten hörten allein die „Flöhe“ auf ihren Tournée mit ihrer Rockoper „Profitgeier“.

In loser Folge sollen jetzt also solche progressiven Gruppen in den roten blättern vorgestellt werden. Floh de Cologne wird auf dem großen Solidaritätsmeeting im Anschluß an den 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus spielen. Auch auf dem X. Festival der Jugend und Studenten in Berlin werden die Flöhe auftreten.

Wer sind die Flöhe? — „Ungeziefer“, das

Karl Arsch

In monatelangen Recherchen, in Interviews und Archivstudien hat Floh de Cologne eine Fülle von Material zusammengetragen und zu einer dramatisch-musikalischen Einheit verschmolzen. Allerdings wird nicht etwa ein Tag aus dem Leben des Josef Neckermann, sondern eine Stunde aus dem Leben des „Karl Arsch“ geschildert. Ein Jungarbeiter steht eine Stunde vor dem Werkstor auf Strelkposten. Und genau diese Stunde wird in LUCKY STREIK minutiös nachgezeichnet. Die Konflikte und Erlebnisse, Gespräche und Gedanken in dieser Zeit werden in Songs, Reflexionen, Zitaten, Kommentaren und Dialogen dokumentiert.

Die roten Blätter bei Floh de Cologne

DIE ROCK-JAZZ- RAKETE

„den Schmutz liebt“, wie nicht nur die Provinzpresse meint?

Sie selber sagen von sich, daß sie u. a. sind: Schriftsteller, Musiker, Komponisten, Sprecher, Schauspieler, Dramaturgen, Beleuchter, Tonmeister, Verleger, Regisseure, Choreographen, Reporter, Werbetexter, Road Manager, Schwach- und Starkstrom-Techniker, Verpacker, Archivare, Plakatkleber, Fernfahrer, Sekretäre, Steuerfachmänner, Schreiner, Bühnenbildner, Platzanweiser, Verkäufer, Köche, Kassierer, Tallimänner, Graphiker, Privatgelehrte, Politologen, Soziologen, Diskussionsleiter usw.

Angefangen hat der Stamm von Theaterwissenschaftsstudenten des Floh de Cologne als Kölner Studententheater. Heute haben Hansi Frank, Dieter Klemm, Theo König, Markus Schmidt, Dick Städter und Gerd Wollschon, wie Dieter meint, ihr „Studentenpublikum abgeschüttelt“. Natürlich spielen sie auch jetzt noch gerne in den Unis, meist auf Einladung des Spartakus, dessen Wahlkampf sie unterstützen. Mehr Spaß macht ihnen aber

Diskografie

LP „Vietnam“ Floh de Cologne & Dieter Süverkrüp, PLANE-Verlag Dortmund, Best.-Nr. S 33 101
LP „Fließbandbabys Beat-Show“ Floh de Cologne, OHR/Metronome, OMM 560000
LP „Profitgeier“ Floh de Cologne, OHR/Metronome, OMM 56010
LP „Lehrlinge zusammenhalten“ Floh de Cologne und andere, PLANE-Verlag Dortmund, Best.-Nr. 33501
Doppel-LP „Ohrenschmaus“ Floh de Cologne und andere, Stern-OHR/Metronome, OMM 2/56006
Single „St. Pauli, du mein Loch zur Welt/Bruno-Lied“ (Film-Songs) Floh de Cologne, OHR/Metronome, OS 57001
LP „WARUM ist die Banane krumm?“ Kinderplatte. Floh de Cologne und andere. Wagenbachs Quartplatte 7

und ein Buch:

„Floh de Cologne: Profitgeier und andere Vögel — Agitationstext, Lieder, Berichte“, als Quartheft im Wagenbach-Verlag.



schon ein Programm an einer PH, vor zukünftigen Volksschullehrern, damit die ihre Schüler klarer sehen lehren. Am liebsten treten sie jedoch vor jungen Arbeitern und Lehrlingen auf. Für die werden ihre Programme schließlich gemacht. Und wie wird so ein Programm gemacht? Dieter erzählt:

Wir durchforsten ständig Betriebszeitungen, Lehrlingszeitungen und sonstiges Material, das wir zugeschickt bekommen. Unser letztes Stück hat eine Stunde im Leben des Karl Arsch zum Inhalt, eine Stunde Streikposten stehen. Für diesen Stoff haben wir mit vielen Arbeitern gesprochen, haben ihre Streikerfahrungen ausgewertet. Zum Beispiel haben wir hier in Köln Interviews mit streikenden Arbeitern von Felten + Guillome gemacht. Die Texte werden dann in der Regie von einem allein geschrieben: von Gerd Wollschon. Wir redigieren sie dann gemeinsam, auch im Hinblick auf die Musik. Zwei bis drei Wochen vor einer Premiere gehen wir in Klausur, irgendwo in ein Tagungsheim, wo wir dann ungestört zehn bis zwölf Stunden am Tag proben können.

Die Premiere für Lucky Streik war am 10. Oktober 72 auf einer Großveranstaltung der Gewerkschaftsjugend in Essen. Wie immer gab es nach dieser ersten Aufführung noch ein paar kleinere Änderungen, die sich auch oft aus Diskussionen mit dem Publikum ergeben.

Diese Diskussionen finden, wenn es nach den Flöhen geht, jedoch nicht mehr nach jeder Veranstaltung im Saal statt. Sie haben schlechte Erfahrungen damit gemacht. Zu oft kamen da „Linkssektierer und zerdepperten alles“, wie Dieter erzählt. Die sechs Flöhe reden lieber noch im Foyer mit wirklich interessierten Zuhörern oder gehen mit ihnen in eine Kneipe oder ins SDAJ-Zentrum. Oft fragen dann Oberschüler: „Was macht ihr denn eigentlich mit Euerem vielen Geld?“ Dieter, der ein bißchen Geschäftsführer spielt, antwortet kurz: „Umgerechnet hat

KARL HAT MITTWOCH FERNGESEHEN

Damals, ja damals, da ging's uns noch gut, so gut, so herrlich gut
Heute, doch heute, da lauert die Brut,
die Brut, die rote Brut
In allen Löchern und Ritzen und

Spalten
Sie lauert im Gleichschritt in vielen
Gestalten

Das Fernsehen ist längst ihr
Sammelbecken
Im Rundfunk hockt sie in allen Ecken
Die Zeitungsverlage das Volk

unterjochen
Sie sind von den Funktionären
bestochen
Die Politik wird von Genossen diktiert
Damit im Lande der Terror regiert

Die Milch wird sauer, das Bier wird
schal
Im Fernsehen spricht der Löwenthal
Den Nazis werden die Augen feucht
Der Horror durch die Stuben kreucht
Die Milch wird sauer, das Bier wird

schal
Im Fernsehen spricht der Löwenthal
der Lö-lö-lö-lö-lö-lö-lö-lö-lö-wenthal
Die Frauen, die können nicht mehr
auf die Straße

Sie fallen im Dunkeln den Roten
zum Fraße
Den Kindern, den blonden, blauäugigen
kleinen
denen stiehlt man die Gedanken,
die geraden und reinen
Im Kindergarten regieren schon die
Roten

Die Kinder waschen sich nicht mehr
die Pfoten
Beschriften sich die Gesichter mit
roter Marmelade
statt wie früher mit tiefbrauner
Schokolade
Sie lutschen blutrote Bonbons und
lachen

zum Scheine, wenn einer mal guckt
was sie machen
Sie lassen mit drei Revolver sich
schenken
und üben — wofür das kann man sich
denken

Die Milch wird sauer...
Die Schüler beim Klingeln zum Angriff
sich sammeln

Sie tun nur nach außen als würden
sie gammeln

Die Lehrer kommen alle von
Kaderschmieden
die Hochschulfassaden sind zwar
geblieben
doch weiß ja ein Jeder, der nur etwas
denkt
wer dort in Wahrheit die Lehrkräfte
lenkt

Mit Terror, Gewalt und Argumenten
drillen die Roten ihre Studenten
Von vorne, von hinten, von unten,
von oben
wird so der Staat aus den Angeln
gehoben
Die Milch wird sauer...



Die Flöhe: „Wir haben fünf Jahre gebraucht, um rot zu werden. Es geht bestimmt auch schneller!“

jeder von uns monatlich soviel Geld wie etwa ein Facharbeiter: 1000 bis 1500 Mark. Wir können davon leben, aber nach bürgerlichen Maßstäben reicht das nicht. Schließlich haben viele von uns auch Familie, und Sozialbeiträge sind dabei auch noch nicht berücksichtigt. Reichtümer können und wollen wir also nicht erwerben.“ 50mal haben die Flöhe ihr „Lucky Streik“ bis Ende letzten Jahres gespielt. 200 Aufführungen gab es von den „Profitgeiern“, meist auf Einladung von der Gewerkschaftsjugend, von der SDAJ, von den Jusos oder dem MSB Spartakus. Die Flöhe selbst finden „Lucky Streik“ übrigens besser als die „Profitgeier“, stringenter, auch musikalisch, klarer in der Aussage, über die sie in der UZ schrieben: „Lucky Streik, das bedeutet ganz einfach, daß wir den Streik für eine gute Sache halten, für die beste Möglich-

keit der Arbeiter, sich gegen Ausbeutung und Willkür der Unternehmer zu wehren... Wir wollen die Jugendlichen über ihre Lage aufklären, ihnen die Augen öffnen. Eben am Beispiel des jungen Arbeiters, der da zum erstenmal auf Streikposten steht. Und wir wollen die Bereitschaft wecken, zu handeln, die Zukunft selber in die Hand zu nehmen und sie besser zu gestalten.“

Was nach Meinung von Floh de Cologne nur organisiert geschehen kann — in der Gewerkschaft und in der SDAJ beispielsweise. Und um diese Einsicht noch weiter verbreiten zu können, als das allein durch Tourneen möglich ist, sind die Flöhe dabei, einen Film über ihr neues Programm zu drehen — ein Doppelalbum mit dem Gesamtmitschnitt von Lucky Streik erscheint in diesen Wochen.

Wie reich...

Wie reich die Bundesrepublik ist, zeigt sich allein daran, daß wir erheblich mehr Reiche haben als die DDR.

Wie hoch die Bundesrepublik entwickelt ist, zeigt sich schon daran, daß auf jedes Kind im Vergleich zur DDR erheblich mehr Parkplätze entfallen.

Wieviel mehr Chancen die Arbeiter in der Bundesrepublik haben, zeigt sich schon daran, daß die Chancen, einen Arbeitsunfall zu machen, bei uns doppelt so hoch sind. Das Angebot an Berufskrankheiten wird sogar laufend erweitert.

Bei uns hat der Arbeiter eben das Recht, sich erheblich mehr bieten zu lassen.

In der DDR dagegen ist fast alles verboten:

die Deutsche Bank

Dr. Oetker

Gunther Sachs

Helmut Horten

Jacqueline Onassis

und vieles andere, was der Arbeiter so zum täglichen Leben braucht.

Es sind verboten folgende Sozialleistungen:

Preiserhöhungen

Mieterhöhungen

Krankenhausgebühren

Lehrermangel

Vermögensbildung in Arbeitgeberhand.

Außerdem sind in der DDR verboten:

Talsohlen

Aufschwünge nach Maß

Überhitzte Konjunktoren

Beruhigungen auf dem Arbeitsmarkt.

Entlassungen

Konjunkturzuschläge

Stilllegungsprämien

Dividendenerhöhungen

Inflationen

und aller andere, was sonst noch den Kapitalismus für den Arbeiter so attraktiv macht.

Das weiß doch jeder, daß die in der DDR mehr für die Bildung tun.

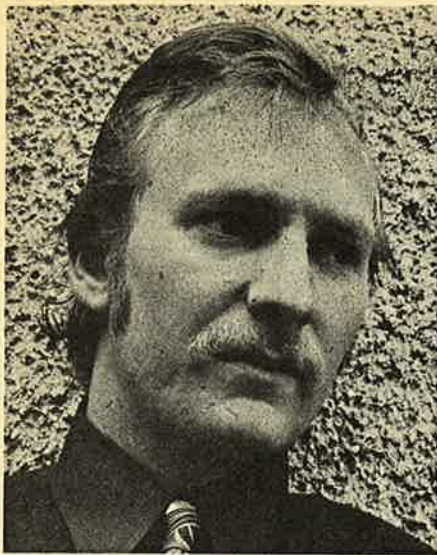
Das weiß doch jeder, daß die mehr für'n Sport tun.

Das weiß doch jeder, daß die mehr für die Gleichberechtigung tun.

Das weiß doch jeder, daß die mehr für die Sicherheit im Betrieb tun.

Das weiß doch jeder, daß die mehr für die Leute tun.

Aber für die Südfürchte, da tun sie nix!!



TV-Stück von Kroetz

Der bayrische Stückenschreiber und Kommunist Franz Xaver Kroetz übernimmt im Januar 1973 seine erste Fernsehregie. Er inszeniert mit Ruth Drexel und Hans Brenner für den Hessischen Rundfunk sein Stück „Ferien-Inklusive“, das den „Urlaub von der Stange“ eines kleinbürgerlichen Ehepaares in einem italienischen Massenbad schildert. Mit „Ferien-Inklusive“ hatte Kroetz Anfang 1972 beim Südwestfunk als Hörspielautor und -regisseur debütiert. Für das Schauspielhaus Frankfurt wird Kroetz ein Stück nach einem historisch-politischen Stoff schreiben. Die Uraufführung ist für die Saison 1973/74 vorgesehen.

Keine Heine-Universität

Erneut hat Mitte Januar der Konvent der Düsseldorfer Universität den Vorschlag, der Hochschule den Namen Hein-



rich Heines zu verleihen, abgelehnt. Kommentar der Zeitschrift „spontan“:

*Der Universitätskonvent
Zu Düsseldorf am Rheine
Beschloß, daß, wenn er sich benennt,
Auf keinen Fall nach Heine ...*

*Weil Heine a) als Demokrat
Und b) als Sozialist
Den Spießern auf die Zehen trat,
Was typisch jüdisch ist.*

*Auch war er niemals General,
Kein Bismarck und kein Fürstchen,
Drum bleibt er ohne Ehrenmal
Als Hering oder Würstchen ...*

*Der Name Heinrich Heines wär' —
Erkannte man bescheiden —
Für unsereins zu viel der Ehr'
Und tunlichst zu vermeiden ...*

*Der Universitätskonvent
Zu Düsseldorf am Rheine
Ist in der Tat kein Kompliment,
Auf keinen Fall für Heine ...*

Rainer Wolf

Kultur kurz

Schulbuchkritiken

Für jeden demokratischen Lehrer, Lehrerstudenten und Schüler unentbehrlich: Die neue Reihe „Schulbuchkritiken“ im Röderberg-Verlag. Als preiswerte Hefte sind in dem antifaschistischen Aufgaben verpflichteten Verlag bisher erschienen:

Heft 1: „Schulgeschichtsbücher. Zitiert — kritisiert — korrigiert.“ Hier ist besonders auf die auf knappem Raum gebotene Fülle von Fakten zu verweisen, die einen kleinen Überblick über die deutsche Geschichte von 1914 bis heute darstellt.

Heft 2: „Antikommunismus, Antisowjetismus, Revanchismus in Lehrbüchern der Bundesrepublik.“ In diesem Heft werden besonders viele Beispiele aus dem Bereiche neuer ideologischer Formen des Antisowjetismus geboten.

„Es ist zu wünschen, daß die Untersuchung weiteste Kreise der Lehrerschaft erreicht und darüber hinaus in die gesamte Öffentlichkeit hineinwirkt. Es ist zu wünschen, daß sie den Anlaß gibt, Erlasse, die dem Geist des Grundgesetzes ebenso wie den Länderverfassungen widersprechen, unverzüglich aufzuheben,“ schreibt Prof. Heinz-Joachim Heydorn im Vorwort von Heft 1.

Schulbücher auf dem Prüfstand

Antikommunismus, Antisowjetismus und Revanchismus in Lehrbüchern der Bundesrepublik



MATERIALIEN FÜR EINEN VERFASSUNGSGERECHTEN UNTERRICHT

RV RÖDERBERG-VERLAG FRANKFURT/MAIN

Künstler zum DGB

EIN MEDIENPOLITISCHES FORUM veranstaltet der DGB zusammen mit dem Berufsverband Bildender Künstler (BBK) in Karlsruhe. Der Karlsruher DGB-Vorsitzende Harald Schöpferle konstatierte eine Annäherung zwischen Künstlern und der Arbeitnehmerschaft. Er verwies darauf, daß die Deutsche Journalisten-Union und die Gewerkschaft Kunst ihren Platz innerhalb der Gewerkschaften haben. Somit sei das Gespräch mit den Kulturschaffenden begonnen. Es käme darauf an, dieses Gespräch nun mit den Menschen aus den Betrieben weiterzuführen. Von Seiten der Künstler unterstrich HAP Grieshaber, daß Solidarität die wichtigste Voraussetzung für gemeinsames Handeln sei. Der DGB könne den Künstlern mit seiner Erfahrung im Kampf gegen Not, bei der Abwehr von Unterdrückung behilflich sein.

Ungarn zur documenta?

Künstler aus Ungarn haben in einem Schreiben an den Kasseler Oberbürgermeister, Dr. Karl Brammer, der auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Documenta ist, ihre Mitarbeit bei der Vorbereitung der kommenden Documenta angeboten. Die ungarischen Künstler schlugen vor, Kulturschaffende aus den sozialistischen Staaten hinzuzuziehen, um den bisher fehlenden internationalen Charakter herzustellen. Dr. Brammer kündigte an, er werde mit der Gruppe der 20 Budapester Künstler in Kontakt bleiben.



Die weltbekannte italienische Gruppe „Il Contemporaneo“ (oben) wird neben vielen In- und ausländischen Künstlern im Rahmenprogramm des 2. Spartakus-Bundeskongresses auftreten. Auch die Münchner und die Hamburger Songgruppe (unten) werden spielen.



Aus dem Hochschul-Aktionsprogramm

Damit die Kulturschaffenden ihre gesellschaftliche Stellung und Verantwortung erkennen können und in den Stand versetzt werden, einen Beitrag für den gesellschaftlichen Fortschritt zu leisten, ist es notwendig, daß bereits in der Ausbildung ein gesellschaftswissenschaftliches Grundlagenwissen vermittelt wird.

Die gesamte Ausbildung muß auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden. Im Rahmen der integrierten Gesamthochschule muß die Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Fachrichtungen institutionalisiert werden.

Um der Realität der späteren beruflichen Tätigkeit Rechnung zu tragen, ist es notwendig, die künstlerische Ausbildung mit einer pädagogischen zu koppeln.

Statt reaktionärer, pseudowissenschaftlicher und antikommunistischer Elitetheorien müssen die humanistischen antifaschistisch-demokratischen Traditionen vermittelt werden. Der sozialistische Realismus muß Eingang in die Lehrpläne finden.

Da die Ausbildung in der Regel in ein direktes lohnabhängiges Arbeitsverhältnis mündet, ist es notwendig, daß ein Unterrichtsfach Arbeitsrecht/Bühnenrecht in die Lehrpläne einbezogen wird, um die Studierenden zu befähigen, ihre Rechte am künftigen Arbeitsplatz zu nutzen und den Kampf für eine Verbesserung der Lage zu führen. Dieses Unterrichtsfach muß in Zusammenarbeit mit den entsprechenden DGB-Gewerkschaften eingerichtet werden.

Diese Forderungen setzen voraus, daß sich die Studenten an den Hochschulen für Musik, darstellende Kunst und anderen entsprechenden Fachbereichen sich ihrer Interessen an einer fortschrittlichen Ausbildung bewußt werden und sich einordnen in die fortschrittliche und demokratische Studentenbewegung in der BRD.

Um die Kluft zu überwinden, die heute noch zwischen Künstlern und der Masse der arbeitenden Menschen klafft, um den Kampf für soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Demokratisierung organisiert führen zu können, ist es notwendig, daß sich die Kulturschaffenden in einer Gewerkschaft des DGB zusammenschließen.

Kollege Klatt

DIE LOKOMOTIVE KREUZBERG, das Westberliner Rockensemble mit Klassenkampf-Sound, bringt jetzt eine Platte der Rockstory „Kollege Klatt“ heraus. Es wird das Schicksal eines Arbeiters musikalisch dargestellt, der nach und nach erkennt, daß und wie er ausgebeutet wird. (Verlag Pläne, Dortmund, Ruhrallee 62.)

Neuer Brecht-Text

Der Suhrkamp-Verlag verlegt anlässlich des 75. Geburtstags von Bertolt Brecht am 10. Februar dessen „Arbeitsjournale“. Herausgeber dieser Tagebücher ist Werner Hecht, Brecht-Forscher aus Berlin/DDR. Hiermit werden zum ersten Male umfassende Teile aus Brechts Nachlaß veröffentlicht.

Lit-Tips

Klassenbuch

Auch Leute, die Bücher, an denen H. M. Enzensberger mitgewirkt hat, mit gewissen Vorbehalten in die Hand nehmen, kann man die Klassenbücher ruhigen Gewissens empfehlen: von ultralinken Tendenzen ist hier nicht viel zu spüren. Vielmehr handelt es sich um eine hervorragend zusammengestellte literarische Dokumentation der Klassenkämpfe in Deutschland seit 1750. Mit chronologisch geordneten, durchweg kurzen (maximal 10 Seiten langen) Texten wird ein Eindruck dieser Kämpfe vermittelt.

Die Texte sind Literatur im weitesten Sinne: Auszüge aus Romanen und Dramen, Gedichte und Lieder, Flugblätter, Reden, Zeitungsberichte, Gerichtsprotokolle, wissenschaftliche Analysen. Absicht der Herausgeber war es, „die Arbeits- und Lebensverhältnisse der unterdrückten Klassen in Deutschland zu zeigen, ihre Interessen, ihre Kämpfe, Siege und Niederlagen. Die Herausgeber haben dabei wo immer möglich Texte gewählt, in denen die Betroffenen selbst das Wort führen. Die Stimme der herrschenden Klassen ist in Zitaten zu hören, die den Stellenwert von Gegen-

beispielen haben.“ (Bd. 1, S. 10)

Dieses Konzept wird für über 200 Jahre deutscher Geschichte durchgehalten: vom Verfall des Feudalismus, dem Machtantritt des Bürgertums als gesellschaftlich herrschender Klasse über die Entstehung der Arbeiterbewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die Lage und Kämpfe der Arbeiter während der Entstehung des Imperialismus, dem Aufkommen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, den harten Klassenauseinandersetzungen vor, in und nach der Weimarer Republik bis zur Niederlage des Faschismus und der Entstehung zweier deutscher Staaten; am Ende werden gegenübergestellt „Die DDR als Alternative“ und „Arbeitsverhältnisse in der BRD“.

Klassenbuch. Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland.

Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger, Rainer Nitsche, Klaus Roehler, Winfried Schafhausen.

Klassenbuch 1: 1756–1850.

Klassenbuch 2: 1850–1919.

Klassenbuch 3: 1920–1971.

Luchterhand Verlag Darmstadt und Neuwied: Sammlung Luchterhand Bd. 79–81. Je 240 Seiten. Je 7,80 DM.

Die Väter

Willi Bredel (1901 bis 1964), einer der bekanntesten deutschen Arbeiterschriftsteller, war als Achtzehnjähriger 1919 Gründungsmitglied der KPD. Sein Leben wurde geprägt durch die Kämpfe der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, gegen den Faschismus, für den Aufbau einer neuen Ordnung in der SBZ und später der DDR. Bredel hat seine praktisch-politische Tätigkeit stets eng verbunden mit schriftstellerischen Arbeiten: Als Verfasser von Arbeiterkorrespondenzen, als Zeitungsredakteur, als Romanschriftsteller. Seine Trilogie „Verwandte und Bekannte“ („Die Väter“, geschrieben 1941, „Die Söhne“ 1949, „Die Enkel“ 1953) schildert am Beispiel einer Hamburger Arbeiterfamilie den Weg der deutschen Arbeiterbewegung von der Zeit der Sozialistengesetze bis zum Aufbau der DDR.

Der Band „Die Väter“ hat das Leben des Werftarbeiters Johann Hardekopf und seiner Familie zum Thema. Hardekopf ist ein aufrechter Sozialdemokrat, der einst den Weg zum Sozialismus fand, als er die Ermordung der Pariser Kommunarden mit-

erlebte. August Bebel ist seither sein großes Leitbild; Hardekopf selbst ist aktiv in der Partei tätig, träumt von einer neuen Gesellschaft ohne Krieg, Ausbeutung und Armut. Der Roman schildert anschaulich das Leben am Arbeitsplatz, in den Familien und in der Partei. Die Kämpfe gegen die Sozialistengesetze, die ersten großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie, die Werftarbeiterstreiks in Hamburg werden lebendig. Anschaulich wird aber auch, wie die wachsende Größe des Partei- und Gewerkschaftsapparates zu Interessengegensätzen unter den Arbeitern führt, wie die sicheren Funktionärsposten einen Teil der Arbeiterführer zu bestechen beginnen: Opportunismus und Revisionismus in der SPD nehmen an Einfluß zu. Als schließlich 1914 der erste Weltkrieg beginnt, verrät die SPD-Führung Traditionen und Interessen ihrer Mitglieder und stimmt im Reichstag den Kriegskrediten der deutschen Imperialisten zu. Hardekopf sieht mit Entsetzen, wie seine Träume und Ziele von den eigenen Parteigenossen aufgegeben werden.

Willi Bredel: Die Väter. Aufbau-Verlag Berlin (DDR) und Weimar. 431 Seiten. 2,95 DM.

Neue Kleinheit

Für Beobachter politischer Neurosen empfiehlt sich Kauf und Lektüre einer „Neuerscheinung“ auf dem vielfältig gestaffelten Traktätchen-Markt hiesiger „Maoisten“: „Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Neue Einheit)“ — so der vollständige „Partei“-Name — hat eine Schrift unter dem folgenden Titel herausgegeben und wirbt dafür mit einem Prospekt:

„Über die hinterlistige Falle, die die Roter-Morgen-Clique, ergänzt durch die Rote-Fahne-Clique, dem Marxismus-Leninismus in Deutschland stellt“.

Für den Laien: Einst bestand in Westberlin eine sogenannte KPD/ML, die irgendwann in mindestens drei Fraktionen von zusammen vielleicht 300 Mitgliedern zerfiel. Ihre jeweiligen „Zentralorgane“ heißen „Roter Morgen“, „Rote Fahne“ und „Neue Einheit“. Nun beharken sie sich im Stil des genannten Traktat-Titels. Daneben gibt es freilich noch weitere „Rote Fahnen“, „Zentralkomitees“, „Kommunistische Parteien Deutschlands“ usw. Sie alle haben nur gemeinsam, daß sie die jeweils einzigartigen ihrer Gattungen sein möchten und sich einer blümelanten Mao-Diktion deutscher Transkription bedienen.



Der MSB Spartakus Gruppe Uni Kiel hat einen Kalender 73 hergestellt, der uns Monat für Monat schöne Fiktionen an die Wand zaubert: materielle Bildungsmisere beseitigt, Rüstungshaushalt abgebaut, Stadtluft gesäubert usw. Das Dezemberblatt zeigt dann aber auch, daß diese Wunschbilder keine Fiktionen bleiben müssen. Wenn's interessiert, der wende sich an W. Müller, 23 Kiel-Schulensee, Gr. Fiderkamp 42 und kaufe sich für 2,50 DM den Kalender „In diesen Tagen...“ Wenn's nicht „in diesen Tagen“ schon zu spät ist. Das Wichtigste: 1,50 DM vom Verkaufspreis gehen auf das Vietnam-Spendenkonto des MSB Bundesvorstands.

Noch einmal: Student - wohin?

Es darf nicht verwundern, daß der Text auf der Titelseite der „roten blätter 8“ Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hat. Er stammt von einem Göttinger Plakat; dort lautet die ursprüngliche Fassung: „Student wohin? Mit uns oder gegen uns. Links oder rechts (... Bild ...) zusammen contra Großkapital (DKP Betriebsgruppen VW-Hannover VW-Wolfsburg VW-Kassel)“. Anlaß dieses Plakates war ein Studentenrats-Wahlkampf, in dem neben dem MSB SPARTAKUS nur linksradikale Gruppen auf der einen und offen reaktionäre auf der anderen Seite auftraten. Eine sog. „Liberales Mitte“ oder echte Sozialdemokraten gab es in diesem Wahlkampf unter den Kandidaten nicht. Die Frage „Links oder rechts“ stand im Raum; sie wurde durch das Plakat nicht neu aufgestellt, sondern nur aufgegriffen. Nach dem Bild als Denkpause folgte dann der eigentliche Kernsatz des Plakates, nämlich die anti-monopolistisch ausgerichtete Antwort auf die gestellte Frage. Sinn dieses Plakates war es, den unentschlossenen, sich selbst abstrakt als links verstehenden Studenten darauf hinzuweisen, daß seine Perspektive nur im konkreten, antimonopolistischen Bündnis mit der Partei der Arbeiterklasse liegen kann. — Es ist klar, daß dieser Text, abgedruckt auf der Titelseite der „roten blätter“, aus dem historischen Zusammenhang gerissen werden muß. Warum er aber so verändert wurde, daß seine Fragestellung, statt sie zu beantworten, nur noch einmal konkretisiert wurde, vermag ich auch nicht ganz einzusehen.

Hartwig Müller
Göttingen

„Theorie“ nicht vernachlässigen

Ich finde die letzte Nummer der roten blätter alles in allem sehr gut; sie ist lebendiger als die vorangegangenen Ausgaben. Aber das sollte doch nicht auf Kosten des Theorie-Teils geschehen; schon in der Nummer 8 war er nicht aktuell und gut genug. Der Artikel jetzt in der Nummer 9 zur „Kritik“ der SPD an den Thesen der DKP ist zwar nicht schlecht, aber doch wohl etwas dünnarmig. Was jetzt nötig wäre, ist zum Beispiel eine Arbeit über das Langzeitprogramm der SPD (und zwar in den roten blättern und nicht — oder nicht nur — in facit).

Matthias Wondel
Karlsruhe

Leserpost

Um der Diskussion um das Titelblatt der roten blätter Nr. 8 den Schlußpunkt zu setzen: rb-Leser Hannes Oldenburg aus Bochum hat sicher recht, wenn er zu seinem eingeschickten Foto schreibt: „Ich glaube, die Mißverständnisse klären sich auf. Bestimmt habt Ihr zu Eurer Titelfrage „Student wohin? ... links oder rechts?“ nur die Fotos verwechselt. Ich glaube, ich habe das Richtige gefunden.“



Auch für Nicht- Studenten

Mehr oder weniger aus Zufall habe ich heute Ihre Zeitschrift in die Hände bekommen. Schon nach dem Durchblättern kann ich sagen, daß sie eine Menge Informationen und Anregungen auch für mich als Lehrerin enthält. Wäre es nicht möglich, die „roten blätter“ auch über den Buchhandel zu vertreiben, so daß

meine Kollegen und andere an Bildungspolitik interessierte Nicht-Studenten nicht unbedingt auf ein Abonnement angewiesen sind?

Hannelore Ziegler, Hannover

Die Redaktion der roten blätter freut sich über Leserzuschriften, bittet aber, die Briefe möglichst kurz zu halten. Die Anschrift: MSB Spartakus, rote blätter, 53 Bonn 1, Postfach.

2. Bundeskongress des MSB SPARTAKUS

Für die Interessen der Studenten · Für das Bündnis mit der Arbeiterklasse · Für die Solidarität im antiimperialistischen Kampf

Macht den SPARTAKUS stark !



Unter der Festival-Losung:

Für antiimperialistische Solidarität Frieden und Freundschaft

Großveranstaltung des MSB SPARTAKUS im Rahmen des 2. Bundeskongresses in Hamburg mit zahlreichen in- und ausländischen Künstlern und Gästen

24. Februar 1973

12.00 Uhr Demonstration

13.00 Uhr Kundgebung

16.00 Uhr Beginn der Veranstaltung

in Halle 8 von Pflanzen und Blumen

20. Februar 1973, 19.30 Uhr Audimax: Vietnam-Solidaritätsveranstaltung